

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berolungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pfg. (zünftig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengröße und Schließelange zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Belegungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 6. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Der größte Panamist.

Aus Wien wird uns vom 4. Juni geschrieben:  
Endlich ist das Gelichter, das in Ungarn seit Jahr und Tag das Gesetz mit Füßen tritt, das Volk verhöhnt und seine Stellung nur mit brutaler Gewalt behauptet, von der verdienten Strafe ereilt worden: der Mann, der den Ministerpräsidenten Lufacz den „größten Panamisten von Europa“ genannt hat, ist von dem Budapest Straßengerichtshof, der aus beamteten Richtern besteht, wegen erbrachten Wahrheitsbeweises freigesprochen worden. Dem Gerichtsurteil kommt deshalb ein so entscheidendes Gewicht zu, weil es dieselbe Strafkammer ist, die den Wahrheitsbeweis zuerst gar nicht zugelassen hat — weil nämlich unter der Bezeichnung des Panama nur ein durch Bestechung erwirkter Mißbrauch der Amtsgewalt zu verstehen sei — und den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis verurteilte. Der Angeklagte ist der frühere Staatssekretär und gegenwärtige Abgeordnete der Kossuthpartei Jozsán Dész; er hatte zuerst den Lufacz in der Presse beschuldigt, einen Betrag von etwa vier bis fünf Millionen, der den Beamten des Finanzministeriums übergeben worden war, nicht abgeführt, vielmehr ihm der Wahlkasse der Regierungspartei überwiesen zu haben, wo er dann für Wahlbestechungen verwendet worden ist. Da die Beleidigungen durch die Presse in Ungarn vor die Geschworenen gehören, wollte Lufacz gar nicht klagen; erst als Dész die detaillierte Beschuldigung in einer Rede in das Schimpfwort umgewandelt hat, entschloß sich Lufacz zu der Klage, die vor den gelehrten Richtern erfolgreicher schien, und die er nicht mehr umgehen konnte, weil das ganze Land von der Beschuldigung jenes Panama widerhallte. Das erste Mal war ihm das Gericht günstig, und der Angeklagte, der Lufacz Ankläger war, wurde verurteilt. Die königliche Tafel hob das Urteil auf, ordnete den Wahrheitsbeweis an, und was nun in der Verhandlung der vorigen Woche bewiesen wurde, war so ungeheuerlich und so durchschlagend, daß das Gericht zu einer Freisprechung überreiten mußte. Und so ist es geschehen, daß ein Gerichtshof „im Namen des Königs“ gestern verkündet hat, der Ministerpräsident Ungarns, der erste Vertrauensmann des Königs, sei ein Gauner und Dieb! Eine derartige Brandmarkung wird ein aktiver Ministerpräsident wohl selten erlebt haben! Und sie hat ihre Wirkung sogleich gehabt: Herr von Lufacz, der noch Sonntag in Schönbrunn zur Audienz war und versichern ließ, Franz Josef habe ihn in „huldvollster Weise“ empfangen, hat noch gestern seine Demission einreichen müssen. Der Urteilspruch ist ein Stoß ins Herz der ungarischen Korruption.

Von allem Beiwert losgeschält und die kleinen, aber sehr bezeichnenden persönlichen Schmutzereien des Lufacz beiseite gelassen, ist von einer ungarischen Regierung folgendes bewiesen worden. Als die Khuen und Lufacz, der erste als Ministerpräsident, der zweite als Finanzminister, die „Mission“ erhielten, die antidualistische Wehrheit des Reichstages, die ihren Ausdruck in der Koalitionsregierung gefunden hatte, zu beseitigen, und eine Wehrheit zu begründen, die Wien widerspruchslos pariert, brauchten sie vor allem Geld, und weil sie den Schwindel im allergrößten Maßstab planten, natürlich viel Geld. Wie es nun zu schaffen? Die gewöhnliche Methode, wonach in Ungarn, und übrigens auch in Oesterreich, Bestechungsfonds zusammengebracht werden, besteht in dem Verkauf von Auszeichnungen und Adel; aber da in Ungarn nachgerade alle Bucherjuben schon „nobilitiert“ sein dürften, war auf diese Weise nicht viel zu holen. Man mußte also dicker zugreifen. Und das geschah in der Art, daß der Lufacz an die Ungarische Bank allerlei staatliche Lieferungen und Geschäfte mit der Bedingung verknüpfte, daß ihm die Bank für jeden der drei Verträge eine bestimmte Summe im Geheimen überweise, die nicht dem Staate, sondern der Regierung, eben zu Wahlbestechungszwecken, gehören sollte. Die Beträge, die jene Bank dem Lufacz derart „zugewendet“ hat, waren nicht weniger als 4,7 Millionen Kronen! Man wird doch vernünftigen Leuten nicht dazutun brauchen, daß es genau so ist, als ob die Millionen dem Staate direkt gestohlen worden wären; denn natürlich hat die Bank, obwohl man die Frechheit hatte, es so darzustellen, die Millionen nicht aus der eigenen Tasche genommen, und nicht aus eitel Patriotismus hergegeben. Vielmehr ist es selbstverständlich so, daß der Staat die Beträge um genau den Betrag überzahlt hat, den die Bank der Regierung „zur Disposition“ übergab; daß der Staat um den Betrag weniger bekam, den die Regierung erhielt! Daß das Schandgeschäft herausgekommen, ist nur einem Zufall zu danken. In der Regel ist es natürlich so, daß beide Teile, die ja beide Betrüger sind, alle Ursache zum Schweigen haben; und daß man von der parlamentarischen Kontrolle in einem Lande nichts erwarten kann, dessen parlamentarische Wehrheit das Produkt dieses schmutzigen Handels ist, ist selbstverständlich. Um das Schandgeschäft zu verbieten, wurde dem Generaldirektor jener Bank, jenem Herrn von Elek, der absolut nicht vor Gericht auslagern wollte, die Ermächtigung gegeben, derartige „Leistungen“ als „geheime Auslagen“ unverdächtig zu buchen. Um sich aber wieder vor ihm zu schützen, wurde bestimmt, daß er dabei von einem anderen Direktor kontrolliert werden soll. Nun meinte aber dieser, als der Elek mit solchen Tiefenbeträgen als „ge-

heimen Auslagen“ anrückte, der Elek lasse das Geld in die eigene Tasche fließen, und erhob gegen ihn diese Beschuldigung. Das wollte sich der Elek nicht gefallen lassen, und er bewies vor einem Ehrengericht, daß er nichts veruntreut, die Millionen vielmehr Lufacz übergeben habe. Es kennzeichnet die ungarische Moral, daß diese drei Ehrenrichter die Unschuld Eleks attestierten und von der Schweinerei des Lufacz schwiegen! Und daß der Lufacz vor ihnen die Geschichte als eine Selbstverständlichkeit zugestand, ist auch nicht übel! Er konnte es auch ohne Gefahr wagen, denn er wußte ja, daß in Ungarn eine Kränze der anderen kein Auge aussticht. Hat doch selbst Herr Dész die Anklage, zu der er sich schon ange-schickt hatte, wieder fallen gelassen, als Aussicht schien, seine Partei werde sich mit dem Lufacz verbünden! Nur dem Umstand, daß sich die politische Gegnerschaft seither immer mehr verschärft hat, ist es zu danken, daß dieses wunderbare Bild von der ungarischen Sittlichkeit vor der großen Öffentlichkeit enthüllt wurde. Aber nun man es gesehen, ist es einem, als blickte man in einen Abgrund von Schmutzerei und Gemeinheit hinein! Man hat ja nie gezweifelt, daß es in Ungarn und insbesondere in den ungarischen Wahlen wenig sauber zugeht, aber die Offenheit, mit der das Bestechen der Wähler im riesenhaftesten Ausmaße zur Grundlage des ungarischen Parlamentarismus gestaltet wird, die überrascht auch den, der die ungarische Korruption aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte!

Mit der ungarischen Regierung und dem ungarischen Parlamentarismus wird durch die Enthüllung dieses Panamas und durch den vernichtenden Richterspruch fast nicht weniger die Wiener Hofburg getroffen. Denn schon, daß dieser Lufacz ein Jahr gehalten wurde, ist kompromittierend genug. Und es besteht auch der dringende Verdacht, daß man in Wien von diesen unsauberen Machinationen vorweg genaue Kenntnis hatte, sie als zulässig erachtet hat, und auch bereit war, an ihrer Vertuschung skrupellos mitzuwirken. Ist doch wegen der Sache ein Minister aus der Regierung Lufacz ausgetreten (der Unterrichtsminister Graf Tisza), und also war die Krone über das Panama genau unterrichtet. Nach dem unsäglichen Skandal des verräterischen Generalstabschefs der Skandal des von einem Gerichte als Gauner gebrandmarkten Ministerpräsidenten: das sind fürchterliche Wunden, unter denen das sagenhafte Prestige der Großmacht gründlich flößen gehen wird. Und was die Empörung des ungarischen Volkes gegen Wien wendet muß und wenden wird, ist die unergiebige Tatsache, daß man diesem Klügel von Abenteurern und Hochstaplern die Wahlreform ausgeliefert hat, daß man, weil sie für den Moloch die Bewilligungen prompt zustande brachten, ihnen das geheiligte Recht des Volkes preisgab, welches man in den feierlichsten Zusagen beidworen hatte! Und nun haben wir die Entstehung jenes berühmten „Willens der Nation“ genau kennen gelernt, auf den sich die schamlosen Oligarchen manausgesetzt berufen, haben auch die moralische Beschaffenheit der Wähler kennen gelernt, die man in Massen kauft, und denen zu Liebe das allgemeine Wahlrecht aufgeopfert wurde! Das Wien, das sich mit dem Junkertum gegen das Volk verbündet hat, wird die Folgen seines schändlichen Wortbruches und seiner moralischen Mitschuld an diesem ungeheuren Skandal noch zu spüren bekommen!

Und wenn Wien erst dem teuflischen Rate folgen würde, den Zwiegeiern des Lufacz, den verrückten Tisza, mit der Regierung zu betrauen, so zeigen ihr die heutigen wilden Szenen im Reichstage, wohin diese kurzfristige Politik letzten Endes führen muß. Erhebt sich doch in Ungarn alles, was die moderne Entwicklung repräsentiert, gegen die Oligarchenherrschaft, und wenn Wien nicht bald einlenkt, wird der Sturm, der den Junkerübermut niederwerfen wird, auch über die Großmacht hinweggehen.

### Demission des Kabinetts Lufacz.

Wien, 5. Juni. Der Kaiser hat heute vormittags den ungarischen Ministerpräsidenten Lufacz in Audienz empfangen und die von ihm unterbreitete Demission angenommen. Lufacz wurde mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte betraut. Es ist wieder fraglich geworden, ob Graf Stefan Tisza schon jetzt zum Ministerpräsidenten ernannt werden wird, vielmehr wahrscheinlich, daß der Sonderminister Baron Hazai ein Übergangskabinetts bilden wird.

### Der Wehrbeitrag in der Budgetkommission.

Vor Beginn der Donnerstagssitzung, der 100. Sitzung der Budgetkommission, fand eine zweistündige vertrauliche Besprechung zwischen den Fraktionsdelegierten und der Regierung statt zur Verständigung über strittige Fragen. Dann wurde zunächst die am Mittwoch vertagte Debatte über die Besteuerung der Aktiengesellschaften zu Ende geführt, die einen ausschließlich steuerrechtlichen Charakter hatte. Der Regierungsentwurf wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen angenommen. Darauf wurde die Debatte über § 1 wieder aufgenommen, der die Sätze und Staffeln des Wehrbeitrages enthält. Graf Westarp berichtete über die vertraulichen Besprechungen, die zu einer Einigung nicht geführt haben. Es lagen mehrere Vorschläge vor. Ein Vorschlag A sieht eine Steuer von 0,2 Proz.

bei Vermögen bis 50 000 M. vor, die bis auf 1,4 Proz., bei Vermögen von 5 Millionen und mehr steigt, jedoch nicht über 1,25 Proz. des Gesamtvermögens. Dieser Vorschlag soll schätzungsweise 820 Millionen vom Vermögen und 80 Millionen vom Einkommen bringen. Ein Vorschlag des Grafen Westarp soll 800 Millionen bringen, ein Vorschlag Gothein 700 bzw. 765 Millionen, ein Vorschlag Roland-Lücke, der eine Durchstaffelung vorsieht, 940 Millionen. Die Mehrheit der Fraktionsdelegierten hat, wie Graf Westarp weiter berichtete, davon Abstand genommen, eine Reichseinkommen-Veranlagung zu schaffen; es genüge der Veranlagungsmodus in den Einzelstaaten, zumal es sich nur um eine einmalige Abgabe handele. Die Regierung hat die finanzielle Wirkung des Antrages Westarp berechnet. Das Ergebnis würde sein: Ertrag aus dem Vermögen 850 Millionen, aus der Besteuerung der Aktiengesellschaften 40 Millionen und aus dem Einkommen 80 Millionen; zusammen 970 Millionen. Ein Antrag Gothein fordert bei 3 Millionen Vermögen eine Abgabe von 1,3 Prozent, bei 5 Millionen 1,4 Prozent und bei noch größerem Vermögen 1,5 Prozent. Die Forderung im Antrag Westarp, daß über 1,25 Prozent des Gesamtvermögens nicht erhoben werden soll, beantragten die Volksparteier zu streichen, weil die großen Vermögen stärker zum Wehrbeitrag herangezogen werden müssen. Die Sozialdemokraten beantragten eine noch stärkere Heranziehung speziell der Millionenvermögen. Von 5—10 Millionen soll danach 1,5 Proz. und dann von je weiteren 10 Millionen ein Zehntel Prozent mehr erhoben werden. Nach unten hin sollte dafür eine Ermäßigung eintreten. Vermögen bis 30 000 M., also auch Einkommen bis 3000 M. müßten von der Abgabe befreit werden.

Schatzsekretär Kühn wendete sich gegen diesen Vorschlag, der ihm besonders bedenklich erscheine wegen der Höhe der Abgabe, die von dem ganz großen Vermögen erhoben werden soll. Der Schatzsekretär erklärte, er sei momentan nicht in der Lage, sagen zu können, ob die Regierung dem sozialdemokratischen Vorschlage werde zustimmen können. Steuergesetze solle man nicht gegen einzelne Personen machen. Genosse David bezeugte die Argumentation des Schatzsekretärs als eine sehr merkwürdige. Vor den schwerreichen Leuten halt zu machen, ist völlig ungerechtfertigt. Je größer das Vermögen, desto stärker wird der Wehrbeitrag von den sonst für den Luxus zu verwendenden Ausgaben befreiten. Will die Regierung ein Unannehmliches gegen die sozialdemokratische Forderung aussprechen, so mag sie das nur tun; das Volk würde dann die Haltung der Regierung nicht verstehen können. — Abg. Schiffer bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, der von großen Vermögen Abgaben in einer Höhe erheben will, die dann selbst ein Vermögen darstellen. So zu verfahren, bedeutete aber die Vermögenskonfiskation, und dagegen müsse energig Front gemacht werden. — Genosse Wurm antwortete dem Abg. Schiffer, jede Steuer bedeute eine Art Vermögenskonfiskation. Wenn die Regierung wirklich der Erhaltung des Friedens dienen, wie immer behauptet wird, so haben die schwerreichen Leute einen besonderen Vorteil von dieser angeblichen Friedensversicherung und müssen dementsprechend auch zahlen. — Schatzsekretär Kühn betonte, das Maß des Interesses, das jemand an der Erhaltung des Friedens hat, darf niemals für die steuerliche Veranlagung und Belastung maßgebend sein. Die Arbeiter haben auch ein großes Interesse am Frieden, sie werden aber nicht zum Wehrbeitrag herangezogen. — Diesen Darlegungen des Schatzsekretärs gegenüber machten unsere Genossen auf den folgenden Tag zur Begründung des Wehrbeitrages im Entwurf aufmerksam: „An der Erhaltung des Friedens, dem die Verstärkung der Wehrmacht des Reiches dienen soll, sind die großen Erwerbsgesellschaften besonders interessiert.“ Mit der heutigen Erklärung des Schatzsekretärs siehe dieser Satz in großem Widerspruch.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, dagegen wurden die höheren Sätze bei den großen Vermögen nach dem vorkparteilichen Antrag angenommen. Angenommen wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Personen mit einem Vermögen bis 50 000 M., deren Jahreseinkommen 3000 M. nicht übersteigt, vom Wehrbeitrag befreit sind. Im übrigen wurde dem Antrage des Grafen Westarp zugestimmt. Die weiteren Abstimmungen wurden auf Freitag vertagt.

### Keine Finanzministerkonferenz.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Nach einer in der vorigen Woche verbreiteten Pressenmeldung sollten die Finanzminister Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Hessens in Berlin eintreffen, um an den Besprechungen über eine Verständigung in der Deckungsfrage teilzunehmen. Diese Mitteilung ist ebenso wie eine frühere gleiche Nachricht völlig unzutreffend. Besprechungen der Finanzminister der Bundesregierungen in Berlin sind nach der gegenwärtigen Sachlage nicht erfolgt und auch nicht vorgesehen. Ob später der Gang der Verhandlungen zu einer solchen Besprechung führen wird, läßt sich naturgemäß heute noch nicht sagen. Das wiederholte Gerücht von neuen Finanzministerkonferenzen mag darauf zurückzuführen sein, daß die Bundesregierungen wie bei allen größeren Vorlagen so auch bei der Deckungsvorlage Vertreter nach Berlin entsandt haben, um über die Beratungen fortlaufend unterrichtet zu sein und an etwa notwendig werdenden Besprechungen zum Zwecke der Berichterstattung teilzunehmen.

### Die Fürsten wollen zahlen — aber nur einmal!

Die „Tägliche Rundschau“ hört, daß trotz des Widerspruches der Regierung gegen die Aufnahme des Wehrbeitrages der Bundesfürsten in das Gesetz doch Aussicht dafür vorhanden ist, daß die Bundesfürsten sich mit dieser Aufnahme ihres Beitrages in das Gesetz einverstanden erklären werden. Dagegen sei eine ent-



Schiedens Ablehnung zu erwarten, falls der Budgetausschuss es unternehmen sollte, die bei dieser Gelegenheit festgesetzte Verpflichtung der Bundesfürsten durch Bestimmungen in einer anderen Vorlage zu einer dauernden Steuerpflicht zu machen.

Dah die Wehr- und Verteidigungsvorlagen am Ende an der verfassungsgemäßen Steuerpflicht der Fürsten scheiterten, darauf konnte man es sehr ruhig ankommen lassen.

## Der österreichische Kriegsminister über den Fall Redl.

Wien, 5. Juni. Im Abgeordnetenhaus beantwortete der Landesverteidigungsminister Hr. v. Georgi bei Beginn der heutigen Sitzung die Interpellation betreffend den Spionagefall Redl. Der Minister führte aus, er möchte am liebsten einen undurchdringlichen Schleier über die Angelegenheit breiten. Die große Aufregung der Öffentlichkeit über den verabscheuungswürdigen Landesverrat Redls müsse um so begreiflicher erscheinen, je näher dem einzelnen das Ansehen und die Ehre der Armee ständen. Redl habe sich selbst gerichtet, doch sei sein Tod keine Sühne für die Ungehörlichkeit seiner Schuld. Auf Grund der bisherigen Ergebnisse der militärgerichtlichen Untersuchung gab sodann der Minister eine ausführliche Darstellung des Sachverhaltes, wobei er die Behauptung widerlegte, daß die Militärbehörden die Angelegenheit hätten vertuschen wollen. Der Minister stellte weiter fest, daß Redl mit der vorgeschlagenen Selbstmord zu verüben, nach Wien gekommen sei. Er habe seinem langjährigen Freunde, dem Generaladvokaten Pollak, diese Absicht mitgeteilt mit der Begründung, daß er sich gegen Moral und Standesehre vergangen habe. Die Militärkommission sei um 12 Uhr 30 Minuten nachts in dem Absteigequartier Redls eingetroffen, wo Redl, mit den Vorbereitungen zum Selbstmord beschäftigt, seine Schuld eingestanden habe. Er habe zugegeben, daß er, jedoch erst in jüngster Zeit, veranlaßt durch eine unheilvolle Leidenschaft, Spionage getrieben habe. Auf das entschiedenste habe er verneint, daß er Mitschuldige habe. Nachdem ihn die Kommission verlassen, habe Redl dann Selbstmord verübt. Die Durchsuhung in der Prager Wohnung Redls habe den Beweis geliefert, daß Redl mehrere auf die Mobilisierung der Wehrmacht sich beziehende Instruktionen allgemeinen Inhalts an Agenten fremder Staaten verkauft habe. (Zwischenrufe: Staaten!) Landesverteidigungsminister Hr. v. Georgi fuhr fort: Die ersten Spuren von Redls Verbrechen gehen auf den März 1912 zurück. So schwer diese Tatsache auch wiegt, so kann doch festgestellt werden, daß konkrete Kriegsvorbereitungen aus letzter Zeit nicht verraten werden konnten, weil sie Redl überhaupt nicht zugänglich waren. Der Minister wiederholte die Feststellung, daß Beweise dafür vorliegen, daß Redls Landesverrat erst im März 1912 begonnen habe. Bisher seien keine Mitschuldigen festgestellt worden; dem verhafteten Leutnant, der zu Redl in homosexuellen Beziehungen gestanden habe, sei bisher keine Spionage nachgewiesen worden. Die Gerüchte, daß höhere Offiziere und eine Dame kompromittiert wären, seien falsch. Redls Verbindung mit dem russischen Konsul in Prag sei durch nichts erwiesen. Auch bestehe kein Zusammenhang mit dem Falle Jandric und anderen Spionagefällen der letzten Zeit.

Die Gerüchte, daß Redl Geheimnisse der deutschen Armee verraten habe, seien falsch, ebenso die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß er zu Verhandlungen mit dem preussischen Generalstab entsendet worden sei. Die glorreiche Armee sei hart getroffen, aber die Schmach eines einzelnen könne nicht der Allgemeinheit zur Last fallen. Der Minister erklärte, er sei überzeugt, daß der Armee wegen dieses Unglücksfalles das ihr so kostbare Vertrauen der Bevölkerung und die Hochachtung der fremden Armeen nicht geschmälert werden könne; das erstere werde sie stets zu rechtfertigen und zu verdienen trachten; die letztere, wenn es gelte, vom Gegner zu erzwingen wissen. Er versicherte schließlich, daß die Militärverwaltung die aufgefundenen Spuren mit aller Fähigkeit verfolgen und, wo nur der geringste Verdacht sich rege, mit drakonischer Strenge eingreifen und jeden Schädling wie mit glühendem Eisen beseitigen werde. Ein Antrag des tschechischen Sozialisten Kamec, die Debatte über die Interpellation zu eröffnen, wurde abgelehnt.

## Politische Uebersicht.

### Wech!

Aus Arnswalde-Friedeberg wird uns geschrieben: Der Reichstagsabgeordnete des Kreises Arnswalde-Friedeberg, Herr Wilhelm Bruhn hat doch entschieden Wech. Erst der „Wahrheits“-Prozess, dann verläßt ihn sein ständiger Verteidiger Rechtsanwalt Bredered, und nun sein Wahlmännchen!

Rechtsanwalt Bredered, der die Weidigungsprozesse Bruhns führte, aber in zahllosen derartigen Klagenfällen den Gegnern vorlag, die Kosten zu übernehmen und ihm außerdem ein Honorar von 50 M. zu zahlen, mußte wegen Unterschlagung, weil er Wein und Wein nicht auseinanderhalten konnte, flüchten.

Jetzt Friedrich Weihenborn als Wörder. „Fensterputzer“, „Arbeiter“. Als solchen bezeichnete er sich, wenn er in Wahlversammlungen des Kreises Arnswalde-Friedeberg auftrat. Von Herrn Wilhelm Bruhn wurde Weihenborn nach dem Kreise mitgebracht, um für ihn die Wahl machen zu helfen. In einer Reihe von Versammlungen trat Weihenborn als Referent auf, zum Teil in Vertretung des Herrn Wilhelm Bruhn. In zahllosen Versammlungen war Weihenborn Diskussionsredner, um die Wähler für Bruhn einzufangen.

Weihenborn stellte sich den Wählern als „Arbeiter“ vor. Er sprach davon, daß die Arbeiter unmöglich einem Sozialdemokraten die Stimme geben könnten, denn die Sozialdemokratie wolle die Ehe zerstören, die Religion abschaffen usw. Das sagte derselbe Mann, der in einem Teufelsverhältnis à la Schack lebte, derselbe, der sich auch nicht scheute, sich von einem Mädchen, obwohl er verheiratet war, ernähren zu lassen!

Auch der nationalliberale Kandidat bekam Proben vaterländischer Gesinnung des Wahlmannes des Herrn Bruhn in Gestalt von Steinen nachgeschickt, die seinem Wagen galten. Als die Nationalliberalen von einer Versammlung aus dem Bruche heimkehrten, wurden sie von einem Steinhagel überschüttet. Ein regelrechter Mordanschlag, der wahrscheinlich von Herrn Friedrich Weihenborn, der sich mit geistlichen Waffen nicht helfen konnte, inszeniert war.

Erst Bredered, dann Weihenborn!

Wie sagte doch Bismarck: Ein anständiger Mensch schreibt (arbeitet) nicht für mich.

Bedauerlich ist mir, daß es immer noch Parteien gibt, die berartige Elemente wie Weihenborn beschäftigen und die dann, wenn ein anständiger Arbeiter mit einem solchen Herrn nichts zu tun haben will, von Terrorismus reden!

### Einberufung des Landtags.

Die beiden Häuser des preussischen Landtags, das Haus der Abgeordneten und das Herrenhaus, sind zum 12. d. Mts. zu einer Session einberufen. Diese wird voraussichtlich nur einige Tage dauern. Die Einberufung war erforderlich, weil der verfloßene Landtag aufgelöst ist.

### Wozu das „Vaterland“ Soldaten braucht.

Am vergangenen Sonntag fand in Erfurt ein von den Regimentern der Garnison Erfurt, dem Erfurter Reiterverein (einer Privatvereinigung), veranstaltetes Reiterfest statt. Aus dem Bericht eines bürgerlichen, sehr rüstungsbegeisterten Mannes ist nun zu entnehmen, daß Soldaten den innerhalb der Kavallerieschule belegenen Festplatz zu einem „herrlichen Wilde“ hergerichtet hatten, die zweitausend Personen fassenden Tribünen wurden von den Soldaten der Regimenter erbaut, auch ein Fürstentempel für hohe und höchste Herrschaften wurde errichtet. Ferner haben ganze Gruppen von Soldaten und Unteroffizieren bei dem Feste aktiv mitgewirkt als Turner an Geräten und auf Pferden, es wurden Pyramiden gebaut und ein „Indianerleben im Urwalde“ vorgeführt. Von Unteroffizieren des Erfurter Artillerieregiments wurde eine Quadrille mit Gesäßen geföhren; die in hoher Vollendung ausgeführten schwierigen Evolutionen auf kleinstem Raum in flottesten Gangarten riefen starken Beifall hervor, heißt es in dem Bericht. Weiter wurde noch ein Raudoberball mit zwei Maschinengewehren (von der Erfurter Maschinengewehrabteilung) vorgeführt.

Man bedachte, welche Aufkumme von Zeit die Bauten und die Vorbereitungen und Übungen zu dem Reiterfeste (es fand außerdem am Sonnabend vorher eine Generalprobe und am Dienstag eine Wiederholung des Reiterfestes statt) den Soldaten und Vorgesetzten gekostet hat. Dem Verfasser nach Verfürgung der Dienstzeit sei die Militärverwaltung den hartnäckigsten Widerstand entgegen; aber zu einem Vergügen für zahlungsfähige Herrschaften können massenhaft Soldaten ihrem alleinigen Zweck, der kriegsmäßigen Ausbildung, tages, vielleicht wochenlang entzogen werden. Das schadet anscheinend nichts.

### Den „Leichtsinrigen Hehern“ ins Stammbuch.

Der deutsche Arzt Dr. v. Dettingen, der als Chefchirurg des serbischen Roten Kreuzes den Balkankrieg mitgemacht hat, äußert sich in einem Zeitungsartikel über den Krieg. Er schreibt u. a.: „Es hat zu jeder Zeit Verherrlicher des Krieges gegeben, und zwar nicht nur unter denen, die in Kriegszeit in Trüben zu fischen gedenken, sondern auch Dichter und Denker haben sich begeistert über die segensreichen Wirkungen des Krieges ausgesprochen. Mag man darüber richten und streiten, sicher ist, daß das entgegliche Wesen des Krieges, das Grauen und die Schrecklichkeit nur in jenem haften bleiben, der die Kriegskleiden des Kampfes kennen lernen, sie beobachten mußte. Weder der Kulturfortschritt der Nationen noch die vervollkommnete Technik der Waffen haben an der Grausamkeit des Krieges irgendwas geändert. Im Gegenteil! Wenn in früheren Jahrhunderten „die Bestie im Menschen“ noch die Genugtuung hatte, „Aug in Auge mit dem Feinde zu ringen, ihn — sei es mit Kolben oder Zähnen — zu vernichten, so kommt das heutzutage nur noch selten vor. Der Soldat ist vielfach nur „Kanonenfutter“. . . .“ Dann schildert Dr. Dettingen die furchtbaren Leiden des modernen Krieges, und wie ungenügend die sanitären Einrichtungen im Krieges sind. Er schließt: „Den leichtsinrigen Hehern — es sind meist solche, die selbst nicht ins Feuer kommen —, ihnen sei auch einmal das Kriegselend des Kämpfers vor Augen geführt!“

Die leichtsinrigen Kriegsheher werden sich trotzdem nicht abhalten lassen, ihr schmutziges Handwerk in unverantwortlicher Weise fortzusetzen.

### Die politische Geburtsanzeige.

Der Kasseler Oberbürgermeister Dr. Scholz gab in unserem Kasseler Parteiblatt die Geburt seines Kindes bekannt. Gegenüber den Anpöbelungen bürgerlicher Blätter betonte das „Volksblatt“, daß der Oberbürgermeister, der königl. preussischer Hauptmann der Reserve sei, eine staatsverhaltende Tat begangen habe, weil er durch die Geburtsanzeige im „Volksblatt“ der sozialdemokratisch gesinnten größeren Hälfte der Einwohner Kassels eine Mahnung zur Nachfolge auf dem Wege zur Bekämpfung des Geburtenrückganges habe erteilen wollen. Hierüber ist die „Kreuz-Zeitung“ ganz aus dem Häuschen geraten; das Junferblatt schreibt:

„Der Vorfall hat außer der persönlichen eine politische Seite. Der Kasseler Oberbürgermeister ist für den Posten des Oberbürgermeisters der königl. Residenzstadt Charlottenburg anzufragen und würde als solcher einen der hervorragendsten Posten der Selbstverwaltung von Groß-Berlin einnehmen. Nach dem Befehnis des „Kasseler Volksblattes“ kann nunmehr kein Zweifel darüber sein, daß der Herr Oberbürgermeister ausdrücklich eine tiefe Verbeugung vor der sozialdemokratischen Partei gemacht hat, indem er dem Parteiblatt noch das Geld zuküferte, obwohl er es nicht nötig hat. Wenn ein abhängiger Geschäftsmann mit großer Arbeiterkundschaft außer in bürgerlichen Blättern auch in sozialdemokratischen Zeitungen inseriert, dann kann er sich immer noch mit einem Schein von Recht darauf berufen, er wäre dazu aus Erwerbsinteresse leider genötigt. Wenn aber ein unabhängiger Privatmann und noch dazu der Chef einer städtischen Verwaltung, der die Obrigkeit darstellt, zugleich ein königlich preussischer Hauptmann d. R., ganz offen und ungeniert die sozialdemokratische Parteikasse füllt, dann ist dies ein tief bedauerlicher Vorgang, der in der Öffentlichkeit besprochen werden muß. Er führt dazu, daß in der öffentlichen Meinung die Grenzlinie zwischen bürgerlich und sozialdemokratisch vollends verwischt wird, und wenn ein solcher Oberbürgermeister als das Haupt einer königlichen Residenzstadt gewählt und befähigt wird, dann kann sich breiten Gerüchten die Ueberzeugung aufdrängen, daß auch die Regierung nichts dagegen einzusetzen hat, wenn Persönlichkeiten in solcher Stellung ihre Sympathie mit der Umsturzpartei öffentlich bezeugen.“

Mag also der Mann noch so tüchtig sein, nach der Ansicht der preussischen Junfer ist er nicht geeignet, den Posten eines Oberbürgermeisters zu bekleiden, nur weil er in einer sozialdemokratischen Zeitung inserierte. Dagegen würde sicher ein minderbegabter preussischer Junfer den Posten bekleiden dürfen, sofern er nur eine tüchtige Attade gegen die Sozialdemokratie reitet.

### Das Elend der Veteranen.

Bei dem Jubiläumstrummel erinnerte man sich in Köslin der notleidenden Veteranen. Der Magistrat wollte ihnen am 15. Juni und weiter an jedem Jahreswechsel eine Spende von 20 M. zukommen lassen. Die Stadtverordneten meinten jedoch, daß die dauernde Unterstützung der Veteranen Sache des Reiches sei, gewährten deshalb nur eine einmalige 20 Mark-Spende und beschloffen, von den Veteranen

mit Einkommen bis zu 1200 M. keine Steuern zu erheben. In der Begründung dieser Vorschläge wurde nun durch den Magistrat das Veteranenelend so beleuchtet: „Es sind in Köslin 208 Kriegsteilnehmer aus den Jahren 1864, 1866 und 1870/71, von denen 165 weniger als 1200 M. Einkommen haben. Die meisten haben neben einer geringen Unfall-, Invaliden-, Alters- oder Veteranenrente überhaupt kein Einkommen, müssen sich von ihren Kindern ernähren lassen und sind körperlich und geistig so hinfällig, daß sie als Arbeitskraft gar nicht mehr in Frage kommen. Nur sehr wenigen ist es vergönnt, einen sorgenfreien Lebensabend zu genießen.“

Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen, sagte einst Wilhelm II. Ob nicht an seinem Regierungsjubiläum die hungernden Veteranen sich dazu einen besonderen Verdienst machen werden?

### Eine Leistung.

Wie die „Rein-Weiß-Bez.“ schon jetzt aus einem demnächst im „Deutschen Herold“ erscheinenden Artikel des Herrn Skelale v. Stradonitz mitteln kann, hat der Kaiser in 25 Jahren 28 Orden und Ehrenzeichen gestiftet. Einige dieser Orden sind besondere Auszeichnungen, die nur für ihn und seine Frau bestimmt sind. Andere sind Zwischenstufen schon bestehender Orden, die zur „Entlastung“ der alten Orden eingerichtet wurden. Neben einer großen Reihe von Orden stehen dann noch eine große Anzahl von „Ehrenzeichen“, die auf kaiserlicher Anordnung im Verlaufe des letzten Vierteljahrhunderts geprägt wurden. Die 25jährige Regierungzeit des Kaisers wird also wenigstens für die Ordensforscher reiche Ausbeute bieten.

### Der „verfassungstreue“ mecklenburgische Landtag.

Der mecklenburgische Landtag nahm am Mittwoch eine Resolution an, in der gegen die Drohung des Ministers mit der Ostrojierung als einem Bruch der Verfassung Verwahrung eingelegt wird. Hierfür stimmten auch die Bürgermeister. — Die „Verwahrung“ soll ein Mißtrauensvotum sein gegen die Minister, ein Mißtrauensvotum, das aus „Verfassungstreue“ diejenigen Landtagsabgeordneten dem Minister austreten, die seit Jahren krankhaft verdingern, daß in Mecklenburg überhaupt verfassungsgemäße Zustände einkehren. Das ist in der Tat ein guter Witz. Man kann gewiß spärlicher Gegner einer eigenmächtigen Handlung durch die Regierung sein, so lange aber eine Elitäre rechtliche Zustände überhaupt unmöglich macht, muß schon im Notfall mit Gewalt einmal Recht geschaffen werden. Ob die nun von unten oder von oben kommt, ist letzten Endes gleichgültig. — Der Landtag debattierte dann über ein lästiges Wahlgesetz und lebte geschlossen die direkte Wahl ab. Nur ein nationalliberaler „Landstand“ stimmte für direkte Wahl.

### Agrarische Handwerkerfreundschaft.

Ein Kapitel von der agrarischen Handwerkerfreundschaft kam auf dem niederschlesischen Sattler- und Tapezierer-Verbandstag in Zauer zur Verhandlung. Mit Rücksicht auf die erhöhten Rohproduktpreise verlangten die Meister von ihren Kunden eine Erhöhung des jährlichen Abonnementspreises für die Instandhaltung von Pferdegeschirren um 2 M. pro Geschirr und Pferd. Bei allen Kunden fanden die Sattler Entgegenkommen. Nur die Agrarier besugten ihre Handwerkerfreundschaft in besonderer Weise. Im Kreise Vorkum grübelten sie einen Ring und verpflichteten sich, die erhöhten Preise nicht zu zahlen. Im Kreise Grünberg wurde der Wunsch der Sattler um Erhöhung der Preise mit der Wagnahme der Arbeit und Einstellung eigener Gutsattler beantwortet. Eine große agrarische Leuchte aus dem Kreise Schneidnitz schrieb, daß die Sattlermeister die Rentabilität der Güter überschätzen, während die Landwirte mit ihren Produkten im mer billiger würden. Wenn die Sattler auf ihrer Forderung bestehen blieben, würden die Rittergutsbesitzer sich genötigt sehen, zur Selbsthilfe zu schreiten, indem sie in den landwirtschaftlichen Fachzeitschriften zum Wohlfort der Sattler auffordern würden!

Vor den Wahlen triefen die Agrarier bekanntlich nur so von Handwerkerfreundschaft. Wie es damit aber in Wirklichkeit aussieht, zeigt diese Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse aufs neue. Leider sind die Handwerker immer noch nicht eines Besseren zu belehren. Bei den Wahlmännernwahlen stimmten sie namentlich in den ländlichen Kreisen für ihre eigenen Bedrücker. Dem nicht zu taten ist, dem ist auch nicht zu helfen!

### Preussische Kulturarbeit in Nordschleswig.

Ein beliebtes Kampfmittel gegen die Dänen ist die Verdrängung ihrer Muttersprache aus Kirche und Schule. Dieses Mittel hat man am letzten Freitag in der Gemeinde Warms in dem Kreise Apenrade zur Anwendung gebracht. In der dortigen Schule bestehen noch wöchentlich zwei Unterrichtsstunden in der dänischen Sprache. Die Kinder können nach freiem Ermessen daran teilnehmen oder nicht; natürlicherweise lassen die dänischen Eltern ihre schulpflichtigen Kinder an diesem Unterricht in der Muttersprache teilnehmen. Damit wird es nun aber bald wieder vorbei sein, denn in einer Sitzung des Gemeinderats wurde die gänzlichliche Ausschaltung des dänischen Unterrichts beschlossen. Diese Vergewaltigung des selbstverständlichen Rechtes der dänischen Gemeindeglieder hat wahrscheinlich den Landrat und den Kreis Schulinspektor als indirekte Urheber, denn beide waren in einer Sitzung anwesend, um durch Beeinflussung des weisen Rates die Exekution zu beschleunigen. Die dänischen Bewohner empfinden den Beschluß als einen unerhörten Gewalttätigkeit. Die Haltung des Kreis Schulinspektors erscheint unbegreiflich. Er sieht einen Teil der Bewohner rigoros von sich und unterstützt die Willkürlichkeit der preussischen Zwangspolitik in einer Weise, die allgemeine Gerurteilung findet.

### Hat die Interpellation bereits gewirkt?

Genosse Dr. Liebknecht hat im Reichstag den Reichskanzler befragt, was er zum Schutze des schlesischen Bergmanns Jakubik aus Myslowitz zu tun gedenke, der in dem russischen Grenzort Rieszla von den russischen Behörden verhaftet und wegen der für den obereschlesischen Bergarbeiterstreik betriebenen Agitation angeblich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit nach Sibirien verbannt worden ist. Jetzt meldet die „Rattowitzer Zeitung“, daß Jakubik nicht nach Sibirien verschickt, sondern im Gefängnis Bendzin untergebracht sei, und als lästiger Ausländer nach Deutschland abgeschoben werden soll.

Damit kann die Sache natürlich nicht erledigt sein. Deutschland hat die Pflicht, eine Sühne für die brutale Mißhandlung eines deutschen Bürgers zu fordern!

### Frankreich.

#### Die antimilitaristische Propaganda.

Paris, 5. Juni. Heute vormittag überraschte die Polizei zwei Personen, welche antimilitaristische Broschüren über die Bauern einer Kasernen waren, in denen die Soldaten zu Manifestationen gegen das dritte Dienstjahr aufgefordert wurden. Die beiden wurden verhaftet.



## Italien.

### Korrupte Parlamentarier.

Rom, 5. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer gab der Präsident bekannt, daß die Abgeordneten Abignente, Tommaso, Rosa und Riccardo Ruzzato wegen des Beschlusses der Kammer in der Angelegenheit des Justizpalastes ihre Mandate niedergelegt haben.

## England.

### Neue Schiffe.

London, 5. Juni. Unterhaus. Der Unionist Lee stellte die Anfrage, welche Schritte die britische Regierung zu unternehmen beabsichtigt hinsichtlich der drei Schlachtschiffe, die die Kanadische Regierung für die Reichsflotte zu stellen beabsichtigt, die sie aber infolge unvorhergesehener Umstände nicht zu stellen in der Lage sei.

Der Erste Lord der Admiralität, Churchill, antwortete, daß die durch die Ablehnung der Kanadischen Flottenvorlage geschaffene Situation ein sofortiges Handeln verlange, um die Flotte und um den Kräfteüberschuß der Flotte, der für den Schutz des britischen Reiches in der ganzen Welt erforderlich sei, auch im Herbst und Winter 1915 und im Frühjahr 1916 auf ihrer Höhe zu erhalten. Unter diesen Umständen habe die Regierung beschlossen, den Bau von drei Kontraktsschiffen (Schiffen, die auf Privatwerften gebaut werden) innerhalb des Programms dieses Jahres zu beschleunigen, und es seien bereits von der Admiralität Anweisungen ergangen, die sicherstellen werden, daß mit ihrem Bau zu einem möglichst frühen Termin begonnen werde, anstatt im März nächsten Jahres.

## Rußland.

### Ein Rotzfrei aus der zarischen Bastille.

Das sozialrevolutionäre Organ „Snamja Truda“ veröffentlicht folgende Einzelheiten aus dem Leben der politischen Gefangenen in der berüchtigten Schlüsselburger Festung: Von den Teilnehmern des vorjährigen Protestes in diesem Kerker, die mit 30—44 Tagen Karzer bestraft wurden, sind bis zum März dieses Jahres gestorben: Stodumow, Toroschwil, Saposhnikow, Kuzajew, Luno und andere, deren Namen vorläufig unbekannt sind. Zahlreiche andere Gefangene sind an der Schwindsucht erkrankt; bekannt sind vorläufig 24 solcher Fälle. In den Karzern finden folgende Szenen statt: Der Gefangene Kuzajew wird mißhandelt; auf die Forderung der anderen Gefangenen setzt der Chef Agasow ein Protokoll auf, das er dem Wächter zum Untersuchen überreicht; dieser unterschreibt, ohne den Inhalt kennen zu lernen, und erst später stellt sich heraus, daß der Sachverhalt im Protokoll vollkommen gefälscht ist. Der Gefangene Vozit ist im Karzer erkrankt und kann beim Appell nicht aufstehen; darauf zerrt man ihn in Anwesenheit des Direktorsgehilfen Kubis in die Höhe und schleudert ihn auf den Fußboden; mit blutigem Kopfe, an allen Gliedern wund, bleibt der Gefangene im Karzer liegen. Der Gefangene Jost, der sich beim Appell im Karzer nicht erhob, wird gleichfalls auf den Fußboden geschleudert und von dem Oberaufseher Abelberg mit Füßen getreten. — Diese Beispiele geben nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Leben der politischen Gefangenen in dieser Marterhöhle des Zarenismus. Hunger, Krankheiten, Mißhandlungen, Noheiten ohne Ende — das ist das Schicksal der endlosen Zahl der politischen Gefangenen, die in den russischen Kerkeren dahinsiechen.

Zur Illustration der oben gekennzeichneten Zustände seien nachstehend einige Daten aus dem Bericht der Budgetkommission zum Gefängnisetat angeführt: Am 1. Januar 1913 belief sich die tägliche Durchschnittszahl der Gefangenen in allen Gefängnissen auf 190 000, für die nur ca. 140 000 Plätze vorhanden sind. Die erschreckenden Gesundheitszustände in den Kerkeren werden natürlich von amtlicher Seite verschleiert. Dennoch sieht sich auch die Regierung zu dem Geständnis gezwungen, daß die Zahl der Lungenschwindsichtigen von 1646 im Jahre 1910 auf 2390 im Jahre 1912 gestiegen ist. Diese Zahlen beziehen sich allerdings nur auf die Lungenerkrankten, die in den Gefängnis-Hospitälern behandelt werden. Die übergroße Mehrheit der Tuberkulosen scheidet ohne jede Behandlung in den gemeinschaftlichen Zellen und in den Karzern dahin.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

In Schwienochlowitz tagte am Sonntag eine Konferenz für den Wahlkreis Deutsches-Land. Anwesend waren aus Königsbrunn 6, Weulben 4, Müllersdorf 2 und aus Schwienochlowitz, Bismarckhütte, Hohenlunde, Rippe, Michowitz je ein Delegierter. Die Kreisverwaltung war durch 7 Mitglieder vertreten. Der Geschäftsbericht wies nach, daß in der Berichtszeit 114 600 Flugblätter und 30 000 Volksblätter verteilt wurden. Die Mitgliederzahl hat sich durch den großen Wechsel im Arbeitsverhältnis und Schikanen nur um 37 erhöht, trotz 517 Neuaufnahmen. In der Hauptsache trägt die große Arbeitslosigkeit in der Montanindustrie die Schuld an dem geringen Fortschritt der Mitgliederzahl. Gegenwärtig zählt der Kreis 859 Mitglieder. Der Kassenerbericht balanziert bei einem Bestande von 7170 M. in Einnahme und Ausgabe mit 4245,15 M. Bei der Beratung über die zukünftige Gestaltung der Agitation wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß das Bestehen der P. V. S. neben der deutschen Gesamtpartei der Agitation hinderlich sei, für die Gewerkschaft sogar eine direkte Gefahr bedeute. Der Wunsch nach einer Einheitspartei verdrängte sich zu folgenden, einstimmig angenommenen Antrag, der dem deutschen Parteitag in Jena vorgelegt werden soll: „Der diesjährige Parteitag in Jena wolle beschließen: Der vom Parteitag in Mannheim (1906) gutgeheißene Einigungsantrag mit der P. V. S. wird aufgehoben. Sonderorganisationen innerhalb der Partei sind unzulässig. In sogenannten gemischtsprachigen Gegenden ist die Agitation nach dem Sprachbedürfnis einzurichten und diesem möglichst Rechnung zu tragen.“

Zum Delegierten nach Jena wurde Ödöring-Deutsches gewählt.

### Eine Konferenz der deutschen Arbeiterorganisationen Belgiens.

Brüssel, 2. Juni. (Fig. Ver.) In Belgien wurden in den letzten Jahren in einigen Städten deutsche Arbeiterorganisationen — dem Wesen nach Bildungsvereine — gegründet, die sich zur Aufgabe machen, die noch Belgien verschlagene deutschen Arbeiter der sozialistischen Bewegung zu erhalten, indem sie sie der deutschen Organisation zuführen, aber auch auf die Pflicht verweisen, den belgischen Gewerkschaften beizutreten.

Der Brüsseler Deutsche Arbeiterverein, die alle Stammorganisation — in deren Geschichte auch der Name Karl Marx eine Rolle spielt — der schon mehrfach mit den deutschen Arbeiterorganisationen Belgiens Fühlung genommen, hat Bezüglich der Initiative ergriffen durch eine reguläre Verbindung und einverständliches Arbeiten die Zweck der deutschen Organisationen Belgiens zu fördern und die schwächeren unter ihnen durch gemeinsame Aktionen zu unterstützen. Diesem Bestreben galt die erste deutsche Konferenz der deutschen Arbeitervereine Belgiens, die am Sonntag zur Beratung in Brüssel-Paris auf dem Wege zum Sommerlager stattfand, die am Sonntag der Vorstand des Brüsseler

Arbeitervereins — darunter drei weibliche Funktionäre — dann die Vertreter des Antwerpener, Lütticher und Genter Arbeitervereins.

Genosse Fischer, das älteste Mitglied des Brüsseler Vereins, gab einen Überblick über die Brüsseler Verhältnisse und erinnerte an die Zeit, da der Brüsseler Verein eine ganz kleine Vereinigung war, in der sich die deutschen Arbeiter zufällig zusammenfanden. Seit jetzt zehn Jahren kann man von einer richtigen regulären Vereinsaktivität reden. Heute zählt der Brüsseler Verein 200 Mitglieder. Er hat eine reichhaltige, besonders sozialwissenschaftlich bediegene Bibliothek, geordnete Zusammenkünfte mit wissenschaftlichen, politischen und literarischen Vorträgen und ist in mancherlei Betracht eine Heimstätte für die einwandernden deutschen Arbeiter. Der Verein hat auch feinerzeit das Besetzungszimmer errichtet, das nun gemeinsam mit der belgischen Partei verwaltet wird. Durch dieses wie die vom Verein betriebene Kolportage haben die deutschen Arbeiter alle Möglichkeiten, die sozialistische Bewegung zu verfolgen und sich mit allem Vertrauen zu machen, was ihnen für ihre Ausbildung not tut.

Es erfolgten dann die Berichte der Provinzdelegierten, an die sich eine Diskussion über Vorschläge für gemeinsame Maßnahmen bezüglich der Agitation, des Unterrichtswezens, des Uebertritts in die belgischen Gewerkschaften, des Vorrats- und Bibliothekswezens, der Kolportage usw. angeschlossen. — Der von den Brüsseler deutschen Genossen gegründete Antwerpener Verein steht gut und konnte sogar zur Gründung einer Zweigstelle in einem Vorort schreiten. Die dortige Bibliothek wird auch von den deutschen Seeleuten benutzt. Der Genter Verein ist nach der Ausstellungseröffnung infolge der Abreise deutscher Arbeiter zurückgegangen, wie dem überhaupt die Fluktuation in den deutschen Organisationen außerordentlich groß ist und die Vereinsarbeit überall sehr erschwert. Die Konferenz befaßte sich besonders auch mit den Verhältnissen der deutschen Arbeiter in der Provinz Lüttich, die dort in ziemlich geringer Anzahl — an 2—3000 meist als bereits eingelehrte Bergarbeiter — leben. Auch bei diesem Punkt wurden verschiedene Anregungen und Vorschläge für die künftige Bearbeitung diskutiert und die Einleitung einer entsprechenden Verbindung mit der belgischen Partei beschlossen. — Schließlich erklärten sich die Delegierten mit dem Vorschlag der Brüsseler, für die Schaffung einer Zentralkasse in Brüssel für die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine Belgiens, einverstanden. Der Vorsitzende Oberloos schloß die Konferenz um 1/2 Uhr mit dem Hinweis, daß gute Vorarbeit für die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterorganisationen Belgiens gemacht wurde.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

### Prozesse.

Genosse Wittwoch, der verantwortliche Redakteur des Königsberger Parteiblattes, hatte einen Strafbefehl, der noch nicht rechtskräftig geworden war, abgedruckt und dadurch den § 17 des Preßgesetzes verletzt. Die Königsberger Strafkammer verurteilte ihn zu der hohen Strafe von 100 Mark. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als 200 Mark beantragt.

Die „Volkszeitung“ in Mainz hatte von dem katholischen Pfarrer Michel in Wiesbaden behauptet, er habe die Pfennigbeiträge für einen Kirchenbau, die seine Getreuen freiwillig in die Marktribüne der Sammelkassette eingeschrieben hatten, so wie sie gezehnet waren, einlösigen lassen. Da sich herausstellte, daß diese Notiz auf einer unrichtigen Information beruhte, erklärte Redakteur Genosse Runt vor dem Schöffengericht, daß er zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung bereit sei. Doch davon wollte der Herr Seeliger nichts wissen; er verlangte unter allen Umständen Bestrafung, da Runt ein Feind der Kirche sei und zum Austritt aus jeder Religionsgemeinschaft auffordert. Der Wille des frommen Herrn geschah; Genosse Runt wurde zu fünfzig Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Zahl der Prozesse gegen sozialdemokratische Zeitungen im Monat Mai belief sich auf 12. Es wurde erkannt um 2 Monate, 6 Wochen Gefängnis und zinst 1200 M. Geldstrafe. Einmal erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Im Mai 1912 wurden 14 Prozesse mit 4 Wochen Gefängnis und 1800 M. Geldstrafe gezahlt, wobei 4 Freisprechungen.

## Aus Industrie und Handel.

Versicherungsfusionen. In den letzten Monaten ist eine ganze Anzahl von Zusammenschlüssen im Privatversicherungsgewerbe erfolgt, und es stehen anscheinend neue Fusionen bevor. So ist kürzlich die Düsseldorf-Vericherungs-A. G. an die „Albion“-Versicherungs-A. G. übergegangen, ferner ist ein Zustandsvertrag zwischen der Deutschen Lebensversicherungsbank Arminia in München und der Vereinsversicherungsbank für Deutschland in Düsseldorf geschlossen worden. Ferner soll die Deutsche Reform-Versicherungsbank-A. G. in Berlin auf die „Freia“-Bremen-Berliner Versicherungs-A. G. übergehen. Für die vielen Fusionen im Versicherungsgewerbe sind in der Öffentlichkeit alle möglichen Gründe bekannt gegeben worden. Vornehmlich aber hat man die Zusammenfassungen auf die wachsende Konkurrenz im Versicherungsgewerbe zurückgeführt. Es ist richtig, daß der Wettbewerb im Versicherungsgewerbe vielfach scharfe und unerquickliche Formen angenommen hat, doch wird aus Fachkreisen bemerkt, daß zum erheblichen Teil die Zusammenfassungen darauf zurückzuführen seien, daß die fusionierten Gesellschaften nicht prosperieren konnten. Und zwar leiden sie an einer mangelhaften Kalkulation, die in zu niedrigen Prämien und in verhältnismäßig zu hohen Kosten zum Ausdruck komme. Ferner hätten die bestehenden größeren Versicherungsgesellschaften die Tendenz, sich möglichst zu Versicherungstrusts auszuwachsen, das heißt, alle Zweige des Versicherungsgewerbes zu bearbeiten. Daher komme es, daß z. B. Gesellschaften, die mit der Unfallversicherung begonnen haben, sich nach und nach Lebensversicherungs- und Feuerversicherungsunternehmen angliederten, in der Hoffnung, dadurch aus dem gesamten Versicherungsmarkt eine hervorragende Stellung zu erlangen.

Verbandsfragen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die am Donnerstag stattgefunden hat, wurde der Balzdrachverband unter Aufnahme des Eisenwerkes Kraft um ein Jahr verlängert.

In letzter Stunde wurde auch nach langwierigen Verhandlungen die Adrenkonvention, aber zunächst bloß auf weitere 14 Tage, verlängert, nachdem die Schwierigkeiten, die sich anfänglich den Syndikatsabstimmungen entgegenstellten, beseitigt worden waren und damit der Boden für weitere Verhandlungen geebnet war. Eine Kommission, der auch die Mannesmann-Röhrenwerke angehören, wird morgen die Grundlage der Syndizierung weiter beraten. Bis zur nächsten Konventionssitzung dürfen nur Spezifikationen, nicht aber Abchlüsse zu den heutigen Konventionspreisen hereingelassen werden.

Ueber den Saatensand in Preußen Anfang Juni schreibt die „Nat. Korr.“: Von der Winterrug hat sich der Winterweizen den Bitterungsunbilden gegenüber am widerstandsfähigsten erwiesen; auch scheint er von Schädlingen wenig heimgegriffen zu werden. Allgemeine Klage wird aber in den Berichten aus den von der Winterrug unglücklich beeinflussten Gegenden über den Winterroggen geführt; er hat zum Teil kurzen Haalm und leidet auch sehr unter Schädlingen. Dagegen werden die Ernteaussichten beim Roggen in den von hinreichender Befruchtung betroffenen Randteilen als durchaus zufriedenstellend bezeichnet. Das, was er im Osten gegen den Vormonat verloren hat, wird durch seine Zunahme im Westen wieder ausgeglichen. Die Wintergerste und die Oelfrüchte, Wintererbsen und Mösen, haben sehr unter Schädlingen zu leiden. Letztere haben außerdem den Bitterungsunbilden vielfach nicht widerstehen können und sind nur ganz vereinzelt günstig beurteilt worden. Ueber das Aufkaufen der Sommererbsen lauten die Berichte sehr verschieden, im großen und ganzen aber hinsichtlich der Getreideerträge, mit Ausnahme des Sommerroggens, doch noch zufriedenstellend, nicht jedoch auch hinsichtlich der Hülsenfrüchte, da letztere wie der Roggen unter der Trockenheit und

der Kälte sowie den Insektenfraß erheblich gelitten haben. Ueber die Hackfrüchte ist noch nicht viel zu sagen. Die Kartoffeln sind zum großen Teil noch nicht aufgegangen, auch die Zuckerrüben und Futterrüben haben in manchen Bezugsbezirken Frostschaden erlitten. Die Bitterungsunbilden in den östlichen Gebieten haben hier auch den Haas in seiner Entwicklung sehr beeinträchtigt.

## Letzte Nachrichten.

### Stürmische Debatte über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 5. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer schloß Thalamas seine Kritik an der dreijährigen Dienstzeit fort. Er empfahl eine größere Ruharmachung der Reserven wegen der schwachen Geburtsziffer in Frankreich und drückte die Ansicht aus, daß drei Jahre Kasernen nicht einen Mann mehr und nicht eine Stunde Gewinn für die Mobilisierung ergeben würden. Thalamas schloß vor, das Alter für die Aushebung herabzusetzen, die Jahresklasse in zwei Abteilungen einzubereiten, die Dienstzeit für die bestimmten Waffen zu verlängern und die 17- und 23tägigen Übungen der Reservisten der Dedungstruppen zusammenzufassen zu lassen. Thalamas warnte schließlich vor der Marokkoeffektion und vor dem Schalten der Reichskasse, welche wieder in den Gängen des Kriegsministeriums herumspuliert. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teile der Rechten.)

Das frühere Mitglied des Kabinetts Briand, André Desobry, suchte hierauf Chaumonts zu widerlegen, und sagte, er glaube an die Möglichkeit eines plötzlichen Angriffs durch Deutschland. Der Redner wies darauf hin, daß Frankreich in den letzten dreißig Jahren zwei Milliarden weniger für Kriegsausgaben ausgegeben habe als Deutschland. Frankreich träume übrigens von keinem Angriff, es sei friedlich, obgleich es Schlag-Lothringen nicht vergessen habe. Der Redner entwickelte darauf ausführlich die These, daß die finanziellen Hilfskräfte Frankreichs viel weniger schnell erschöpft werden würden, als die Deutschlands, und daß die Mobilisierung Russlands langsam von hinten gehen würde, im Interesse Deutschlands würde also ein plötzlicher, rascher Krieg liegen. (Die Kammer folgte den Darlegungen Lesébres mit lebhaftem Interesse.) Der Redner gab dann der Meinung Ausdruck, daß es strategisch vorteilhafter sei, gegen den Feind zu gehen, als das Grenzland einem Einfall preiszugeben, das 16 Proz. der französischen Bevölkerung, 30 Proz. der Reichtümer Frankreichs und ein Drittel seines Gebietes umfasse. (Beifall auf der Rechten.)

Lesébres sprach sodann von der Notwendigkeit eines sicheren Grenzschutzes und erklärte, daß diejenigen, die angreifen wollten, auch wissen müßten, daß dieses ein gefährliches Unterfangen sei, und daß sie selbst, wenn sie den Sieg davontrügen, außerordentlich erschöpft sein würden. Der Redner erinnerte an den Zeitraum vor 1870, wo alles sich durch trügerische Zubericht habe einschläpfen lassen.

Der Sozialist Guesde protestierte lebhaft dagegen, daß Napoleon III. allein für den Krieg von 1870 verantwortlich sein solle. Lesébres antwortete: Wir bedauern tieflich, daß er statgefunden hat, trotz der Opposition, die sich auch in Deutschland gezeigt hat. (Beifall fast überall.)

Die äußerste Linke protestierte lärmend, weil der Redner erklärte, die Republikaner selbst seien für den Krieg von 1870 verantwortlich. Der Tumult war groß. Präsident Deschanel erteilte mehrere Ordnungsrufe. Das Zentrum und die Linke spendeten mehrere Beifall. Der Sozialist Chesquiere drohte dem Redner mit der Faust.

Lesébres schloß mit folgenden Worten: Wenn wir, die Bestiegen, oder die Söhne der Bestiegen morgen in denselben Jertum zurückfallen würden, so würden wir verdienen, gemaht zu werden. (Der Rest des Saales verlor sich in dem donnernden Beifall, der auf der rechten wie auf der linken Seite erklang.)

Der Sozialist Solli unterbrach die Ausführungen Lesébres durch den Zwischenruf: Sie sind ein komödiantischer Patriot. (Heftige Erregung fast überall im Hause.) Solli wurde wegen dieses Zwischenrufes zur Ordnung gerufen und dieses wurde im Protokoll vermerkt.

Tissier bekämpfte die Argumente Lesébres und betonte namentlich, daß die Niederlage von 1870 nicht dem damaligen Parlament zugeschrieben sei, sondern gewissen Offizieren und der kaiserlichen Politik. Er bekämpfte ferner die isolierten Expeditionen und protestierte gegen die Truppenentsendungen nach Marokko.

Kriegsminister Etienne sagte: Wenn wir nicht in Marokko wären, wer, so frage ich Sie, würde dann dort sein?

Tissier bekräftigte, die Massen des Volkes in Deutschland und in Frankreich wünschten sehnlichst den Frieden, und stellte fest, daß die Regierungen beider Länder, um die Abkündigung zu erlangen, die sie wünschten, dieselben Gründe vorbrächten.

Sodann vertagte die Kammer die Weiterberatung auf Montag.

### Begegnung deutscher Beamten verurteilt.

Strasbourg i. G., 5. Juni. (B. L. V.) Heute vormittag verhandelte die hiesige Strafkammer über die Offizialklage gegen den verantwortlichen Redakteur Karl Luz vom „Journal d'Alsace-Lorraine“ wegen verleumdender Beleidigung der in Elsass-Lothringen eingewanderten deutschen Beamten. Der Strafantrag war vom Staatssekretär Freiherrn Horn v. Wulach gestellt worden. Ihm hatten sich zwei altheimische Beamte angeschlossen. Der Angeklagte hatte in einem Artikel vom 23. Januar d. J. die deutschen Beamten als Parasiten bezeichnet. Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in deutscher und französischer Sprache in vier Zeitungen. Die Platten sind zu vernichten. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß es dem Angeklagten darum zu tun war, die altheimischen Beamten zu beleidigen. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

### Unwetter in Kurhessen.

Kassel, 5. Juni. (B. G.) Das gestrige und heutige Unwetter hat Kurhessen und die benachbarten Gebiete in ungewöhnlichem Maße betroffen. An vielen Orten sind die Felder verschlammt und verwüstet, und die Ernte ist zum großen Teil vernichtet. Zahlreiche Gebiete sind durch Blitze verbrannt oder schwer beschädigt. Bei Korbach an der Fulda stürzte die Brücke ein, die hier über die Gube führt. Besonders empfindlich ist der Schaden, der im Werratal und in der Nähe von Heeringen angerichtet worden ist. In der Nähe von Burgahausen wurden vier Schulkinder durch das Hochwasser ergriffen und fortgerissen. Alle vier sind ertrunken. Im Dorfe Schwedda, das 1 1/2 Meter unter Wasser steht, wurde das Automobil eines Arztes mit drei Insassen von den Wassermassen in die Höhe gehoben und fortgerissen. Die Automobilisten mußten 1 1/2 Stunden in den Fluten aushalten, bis sie endlich mit vieler Mühe in Sicherheit gebracht werden konnten.

### Grubenunglück auf der „Guten Hoffnungshütte“.

Oberhausen, 5. Juni. (B. G.) Auf der „Guten-Hoffnungshütte“ in Bottrop ist plötzlich das Seil eines Förderkorbes, in dem sich vier Bergleute befanden, die zur Schicht fahren wollten, der Rost stürzte mit den Leuten in die Tiefe, wobei drei von ihnen sehr schwer und einer leicht verletzt wurde. Einer von ihnen ist bereits seinen Verletzungen erlegen.







Gewerkschaftliches.

Ein Schwurzeuge der Scharfmacher.

Ein sensationeller Prozeß, der mit Rücksicht auf die jetzige Verhärterung der Arbeitswilligen und ihrer Treiber von hoher Bedeutung ist, begann am Mittwoch vor der Halle'schen Strafkammer. Angeklagt ist der Maurermeister William Pfeiffer, der in unzähligen Streikprozessen anlässlich der letzten Bauhandwerkerstreiks gegen eine große Anzahl Maurer und Bauarbeiter als Schwurkräftiger Zeuge auftrat und dadurch viele Familienväter unglücklich machte. Die Anklage lautet zunächst auf Verleitung zum Meineide, Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen, Betrug, Urkundenfälschung usw.

Mit Pfeiffer sind auch dessen Frau und Tochter in die Untersuchung gezogen und noch neun weitere Personen unter Anklage gestellt worden. Zu der Verhandlung sind zunächst vier Tage in Aussicht genommen, und nachdem wird sich Pfeiffer noch vor dem Schwurgericht wegen Meineides zu verantworten haben.

Pfeiffer hat im Schwören eine solche Sicherheit und Fertigkeit erlangt, daß er sich u. a. von einem Flugmaschinenbauer Wandasch eine Forderung von 20000 M. zugeschworen und andere zum Mitschwur verleitet haben soll. Das auf betrügerische Weise erworbene Geld soll der Arbeitswilligenfreund und -Agent in Ancepen mit Damenbedienung verprakt haben.

Pfeiffer benimmt sich in der Verhandlung wie alle Ehrenmänner gleichen Schlages. Er heult und erklart, reuevoll vor seine Richter zu treten, um mildere Umstände zu erlangen. Als im Gefängnis der Herr Pastor zu ihm gekommen sei und gesagt habe, Pfeiffer tun Sie Ruhe, da habe er sofort die Wahrheit gesagt. Dabei schwindelte Pfeiffer aber im Verlaufe der Verhandlung ungeniert weiter. Bei dem Falle der Ausplünderung des Wandasch rückte der Arbeitswilligenfreund mit nicht weniger als neun gefälschten eidesstattlichen Versicherungen im Gericht an. Auch Frau und Tochter soll er zu Eidesverletzungen verleitet haben. Es wurde dem Pf. vorgehalten, daß er gelegentlich in einer Aneipe gesagt habe: „Es ist doch gut, wenn man Freunde hat, die sich zur Verfügung stellen, wenn man Eide braucht.“ Seine Komplizen und Eideshelfer soll Pfeiffer als „Klub-Kanone“ bezeichnet haben.

Die von Pfeiffer Verführten bedauern schwer, sich mit diesem gemeingefährlichen Mann eingelassen zu haben. Der wohlhabende Zeuge Wandasch hatte, bevor er sich mit Pfeiffer einließ, 100 000 M. geerbt; jetzt besitzt er nur noch 11 000 M.

Pfeiffer, ein sog. schlachter Mann aus der Werkstätte, avancierte zunächst durch seine Dienste als Arbeitswilliger, dann wurde er Postler, Arbeitswilligenagent, permanenter Schwurzeuge gegen Streikende, und schließlich machte er schnelle Karriere als Maurermeister. Den Meisterkollegen Pfeiffers liegt der Prozeß schwer in den Gliedern, und auf unsere Zustände verhält er sich ein eigentümliches Licht werfen. Denn wo William Pfeiffer, der sich jetzt seit fünf Monaten wegen Meineids in Haft befindet, gegen Streikende als Belastungszeuge auftrat, da wurden alle Entlastungszeugen in den Hintergrund gedrängt. Pfeiffer war gewissermaßen der Rocher de bronze der Anklagen. Ja es war damals so weit, daß die Verteidiger in Streikprozessen auf Vernehmung von wahrheitsliebenden Entlastungszeugen verzichteten, weil man befürchtete, Pfeiffers Gegenzeugen könnten in Haft genommen werden.

Seine Aussagen aber dienen den Scharfmachern mit als geringgeheenes Material zur Anebelung der Arbeiterbewegung.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung im Malergewerbe.

Die Arbeitgeber des Malergewerbes von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend, weigern sich, die Schiedssprüche der Herren Unparteiischen zur Schaffung des Reichstarifvertrages durchzuführen. Eine Versammlung der Gehilfenschaft nahm lehythm hierzu Stellung und beschloß, weiterhin im Kampfe zu beharren, um den Lohn- und Arbeitsbedingungen des Reichstarifvertrages Geltung zu verschaffen. Gegenwärtig stehen noch im Kampfe zirka 1200 Arbeiter. Die Arbeitgeber sind nunmehr krampfhaft bemüht, Arbeitswillige heranzuziehen. Hierzu benutzen dieselben auch die „Berliner Morgenpost“. Eine Annonce versucht, 2000 Malergehilfen zur Arbeit von Berlin nach den Elbstädten zu veranlassen. Die Kollegenschaft von Berlin wird deshalb ersucht, den Werbungen der Hamburger Malermeister nicht Folge zu leisten. Zutug nach Hamburg ist unbedingt fernzuhalten!

Öffentliche oder geheime Abstimmung?

Unter den Mitgliedern der Zählstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist kürzlich eine Urabstimmung über die Frage vorgenommen worden, ob der Wochenbeitrag einschließlich des örtlichen Zuschlages auf der bisherigen Höhe von 1,25 M. erhalten bleiben, oder ob er auf 1,15 M. ermäßigt werden soll. Die Abstimmung erfolgte in verschiedenen Lokalen mittels Stimmzetteln, auf welchen sich ein Vordruck für Namen und Buchnummer des Abstimmenden befand. Durch diesen Vordruck fühlte sich ein Mitglied in seinem Gewissen bedrängt, er schüttelte sein Herz in der „Volks-Zeitung“ aus. Diese fühlte sich in der Rolle des Schützers der bedrängten Unschuld und machte aus der Geschichte eine große Staatsaktion. Insbesondere suchte das Blatt einen Gegensatz zwischen dem Verhalten der Sozialdemokratie, die sonst stets für geheime Abstimmung eintritt, und dem Holzarbeiterverband zu konstruieren, der die öffentliche Abstimmung praktiziert. Demgegenüber sei zunächst darauf hingewiesen, daß der Vergleich hinf. Wichtig ist, daß es nicht nur sozialdemokratischer Grundlag ist, sondern daß auch in jedem demokratischen Gemeinwesen alle Wahlen geheim sein müssen. Zwischen einer Wahl und einer Abstimmung besteht aber doch ein gewisser Unterschied. Es sei nur an die Praxis in den Parlamenten erinnert; dort finden die Wahlen, z. B. der Präsidenten, geheim statt, während in manchen wichtigen Fällen namentlich abgestimmt wird. Doch das nur nebenbei. Im vorliegenden Falle hätte die bewegliche Frage über die Gewissensbedrängnis bei der Angabe des Namens auf dem Stimmzettel einen Sinn, wenn der einzelne aus seiner Abstimmung einen Nachteil zu erwarten gehabt hätte. Man braucht aber nur das Ergebnis der Abstimmung zu betrachten — 5790 stimmten für die Beibehaltung, 5882 für die Ermäßigung des Beitrages — um zu erkennen, daß sich die Anhänger der beiden Ansichten so ziemlich die Waage hielten. Bei solchen Stimmverhältnissen einen Nachteil von seiner Abstimmung zu erwarten, zeugt doch von einer übertriebenen Kengstlichkeit. Uebrigens sind solche Urabstimmungen doch nur eine Ausnahme; in der Regel werden die Abstimmungen in den Versammlungen durch Handaufheben vorgenommen, ohne daß sich jemand durch diese öffentliche Abstimmung in seinem Gewissen bedrängt fühlt.

Aus dem Bericht, den der „Vorwärts“ in der Mittwochnummer über die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter gebracht hat, schließt nun die „Volks-Zeitung“, daß ihre Kritik geübt hat. Sie druckt den „Vorwärts“-Bericht ab und zieht aus ihm das Ergebnis, daß der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes der allein

Schuldige sei, der die „geheime Wahl“ seit elf Jahren illusorisch gemacht hat. Diese Auffassung gründet sich auf eine von Glode abgegebene Erklärung, wonach das Schema der Stimmzettel vom Hauptvorstand vorgeschrieben sei. Diese Wendung, die durch die Kürze des Berichtes bedingt war, kann allerdings zu Mißverständnissen Veranlassung geben. Glode hat zum Ausdruck gebracht, daß die Zählstelle Berlin schon seit längerer Zeit bei Urabstimmungen die gleichen Stimmzettelschema verwende, wie es bei Urabstimmungen im Gesamtverband in Gebrauch sei.

Bei den Urabstimmungen im Gesamtverbande war es allerdings seither Brauch, und dieser Brauch wird auch künftig beibehalten werden müssen, daß der Abstimmende Namen und Buchnummer auf dem Stimmzettel schreibt, denn der Hauptvorstand, der die Abstimmung leitet, muß die Möglichkeit haben, sich dagegen zu schützen, daß sich Unberechtigte an der Abstimmung beteiligen. Bei einer nur für den Ort gültigen Abstimmung läßt sich diese Kontrolle in anderer Weise ausüben. Sie geschähe seither schon in der Art, daß nur der zur Abstimmung zugelassen wird, der sich durch sein Mitgliedsbuch ausweisen kann. Die Unterschrift auf dem Stimmzettel ist entbehrlich; der Vordruck ist gemacht worden, weil bisher dieses Schema bei Abstimmungen benutzt wurde. Es hätte auch des Rotstreichs in der „Volks-Zeitung“ nicht bedurft; eine Anregung in der Generalversammlung hätte völlig genügt, um den ansüßigen Vordruck zu beseitigen, der sich nur deshalb so lange erhalten konnte, weil ihn bisher niemand als Mißstand empfunden hat.

Berichtigung. In dem Bericht über die Versammlung der Holzleger und Heler in der letzten Nummer des „Vorwärts“ ist ein Druckfehler enthalten. Siering hat nicht gesagt, daß Wiesenthal zu gleicher Zeit eine Versammlung von 8 Personen abhalte, sondern er sprach von 28 Personen.

Deutsches Reich.

In den Linde-Hofmann-Werken in Breslau legten am Mittwochvormittag 250 Schmieide und Schlosser die Arbeit nieder. In den letzten Wochen haben sich die Arbeitsverhältnisse dort verschlechtert, daß die Arbeiter es nicht mehr aushalten konnten. Ein Entgegenkommen auf die Wünsche der Arbeiter lehnte die Direktion rundweg ab. Alle Ausständigen gehören dem Metallarbeiterverband an.

Heimarbeiter und Heimarbeiterlohnbewegung in der Lederhandschuhindustrie.

Von den nicht viel über 3000 mit dem Zuschneiden in der Lederhandschuhindustrie beschäftigten männlichen Personen werden 850 bis 400 als Heimarbeiter beschäftigt. Diese Zahl erscheint zwar gering, sie beträgt aber immerhin zirka 12 Prozent der überhaupt beschäftigten Gehilfen und sie wird für einzelne Betriebe, die neben den Fabrikarbeitern einen größeren Prozentsatz Heimarbeiter beschäftigen, ein Hemmnis, für erstere Lohn-erhöhungen zu erzielen. Ein Beispiel dafür ist die Handschuhmacherlohnbewegung bei der Firma W. u. G. Händel in Grimma. Dort kam es wegen einer äußerst bescheidenen Lohnforderung zum Streik, der aber verloren ging, da sich die bestreifte Firma durch Vergebung von Heimarbeit helfen konnte.

Von den Handschuhfabrikanten wird Heimarbeit vergeben, um an den Arbeitslöhnen, an den sonstigen Produktionskosten, wie Miete, Licht, Heizung, Einrichtung der Betriebsräume, deren Instandhaltung und Reinigung als auch an den Versicherungsbeiträgen Ersparnisse zu erzielen. Aber trotz dieser Benachteiligung gegenüber den in den Fabriken beschäftigten Gehilfen nehmen nicht wenige Handschuhmacher gerne Heimarbeit an, sobald sie am Fabrikationsorte ihres Aufenthalts im Verufe eine Beschäftigung aus irgendeinem Grunde nicht erhalten können, nicht abreisen wollen, oder überhaupt der Heimarbeit wegen der vermeintlichen größeren „Bequemlichkeit“ den Vorzug geben.

Das Zuschneiden der Lederhandschuhe verursacht eine nicht unerhebliche Entwidlung feinen Staubes. Lungenerkrankungen, Schwindel und die unter den Handschuhmachern am häufigsten vorkommenden Krankheiten. Von dem Heimarbeiter werden diese Nachteile nicht beachtet; er ist infolge geringerer Entlohnung genötigt,

Kleines feuilleton.

Gegen die Tartüffs des Patriotismus. Auf einem Bankett, das Sonntag in Paris zur Erinnerung an Emile Zola veranstaltet wurde und dem mehr als 300 Fremde und Verehrer des verstorbenen Dichters beiwohnten, hielt Anatole France eine bemerkenswerte Rede, in der er auf die gegenwärtige politische Lage in Frankreich ansprach. „Wir sind hier versammelt“, sagte er, „um den fünfsten Jahrestag des Einzuges Emile Zolas ins Pantheon zu feiern, und unsere Guldigung gilt nicht bloß dem großen Schriftsteller, der sein Leben dem Kampf gegen das triumphierende Verbrechen widmete, sondern auch seiner Lebensgefährtin, die an Herz ihm gleichsam, dieser bewundernswürdigen Frau, die in den Tagen der Prüfung weibliche Annuit mit männlichem Mut vereinte. Meine Aufgabe wäre mit dieser doppelten Guldigung erfüllt, wenn ich nicht auch diejenigen begrüßen wollte, welche sich hier in treuem Gedenken an Zola zusammengefunden haben, und dadurch den Beweis erbringen, daß sie nichts von dem, was sie in vergangenen Tagen getan, bereuen. Es genügt jedoch nicht, wie viele glauben mögen, ein für allemal gerecht zu sein; man muß sich das Gerechtigkeit vielmehr zur Lebensregel machen. Man kann allerdings die Gerechtigkeit nicht als Beruf ausüben; dem Irrtum unterworfen, wie alle Menschen, würden wir nicht wagen, uns als Beispiel für gerechtes Empfinden anzuführen. Die Möglichkeit eines Irrtums würde jedoch weit seltener sein, wenn wir die beiden Hauptursachen menschlicher Irrtümer, den Egoismus und die Furcht, genauer erkennen würden. Die Feinde der Gerechtigkeit und der Wahrheit ändern sich so wenig, daß sie immer leicht erkennbar sind. Wie sie während der „Affäre“ waren, so sind sie auch heute noch: sie sind die Förderer von Zwietracht und Haß, die Panikregierer und die Unheilsstifter, die Leute, welche bei allen Herausforderungen und Agitationen und Attentaten an Werke sind, die Tartüffs des Patriotismus, die allzeit bereit sind, uns mit einem geweihten Messer zu ermorden. Bürger! Begeistert und angeregt durch die großen Beispiele, deren wir heute gedenken, sollt Ihr Front machen gegen die Mächenschaften der Feinde der Gerechtigkeit und der Wahrheit, des Friedens und der Freiheit, des Völkerrichts und des Staatsvermögens und der sittlichen Werte der gesamten Menschheit. Wendet euch, wenn es das Staatswohl und den Schug der Zivilisation gilt, nicht an die Regierungen der Gewalttätigkeit und der Reaktion, nicht an die Geschäftspatrioten, sondern an alle physischen, wissenschaftlichen und moralischen Kräfte unserer großen und edelmütigen Demokratie, an unser starkes Proletariat; dann wird man sehen, auf welcher Seite die festesten Säulen des nationalen Geistes und des Bodens, der uns so am Herzen liegt, stehen!“ Diese zündenden Worte des berühmten Dichters haben natürlich in nationalistischen Kreisen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Theater.

Kammerspiele des Deutschen Theaters: Kaiserliche Hoheit! Lustspiel von J. A. Simons-Rees. Wahmann, dessen ironisch seine Charakterisierungslust in den französischen Komödien „Freund Teddy“ und „Die Eroberung von Berg-op-Joom“ wesentlich zu dem lang anhaltenden Erfolg in den Kammerspielen verhalf, hat auch in diesem holländischen Lustspiel eine Rolle, die seiner Art vortrefflich liegt. Das mag ein Grund gewesen sein, das Lustspiel „Kaiserliche Hoheit“ anzunehmen. Man rechnete wohl, der

Darsteller könne der Schwanfigur des All-falungsvollen Kindischen Dichtermannes, der sich sogar auf seine Ähnlichkeit mit einem russischen Großfürsten etwas einbildet, soviel belustigende Komik einzuverleiben, daß den Hemmungen, die in dem Stück sind, die Kraft ausgehen würde. Wahmann tat auch das möglichste. Sein braungelochter, sich im Rhythmus sanfter Pfaffen selbst herausfordernd Dolf van Erlelenz, mit dem gepflegten Volbart und den roten Kinderbäckchen war ein ebenso natürlich wie humoristisch durchgeführter Typ, der auch in den verrücktesten Situationen, was die schauvielderliche Mimik anlangt, noch ein Gepräge der Echtheit bewahrte. Aber halten ließ sich das Stück trotz alledem nicht. Zwischen Komödienintentionen und Schwankeinsfällen pendelte es unsicher hin und her und des temperamentvollen Glanz entbehrt es in einem Falle so sehr wie im andern. Es fehlt die Frigilität im Ausspielen der allenden Trümpe.

Van Erlelenz, der journalistische und reinende Snob, ist sehr zufrieden, daß er, der Doppeltgänger einer kaiserlich russischen Hoheit, in einem Welthotel ein paar Tage leidhaft an Stelle jener figurieren darf. Der Hotelier, für den die gelegentlichen Besuche des Petersburger Wundertieres eine äußerst lukrative Beklame sind, bräugt dem Voeten gar nicht lange zuzureden, die Rolle des Angeführten vor dem Chorus der erwartungsvollen Gäste zu übernehmen. Ein blaublich erhabener Obersteller gibt ihm Unterricht in den Gepflogenheiten des Originals, im Stiefelstreichchen und russischen Fluchen. Aber noblesse oblige! Harte Kämpfe hat der sitzame Dichter, der sich mit Lieb- und Leidenshosen bisher immer nur beim Reimen beschäftigte, in seiner Färlsenqualität mit sentimentalen Niffes und zudringlichen Nimmis zu bestehen. Alles Mögliche legt seiner Seelenruhe zu: Spiegel, Scheinattentate, der möglich auftauchende Großfürst. Schließlich erscheint als Retterin die mißtrauisch gewordene Gattin, die ihn nach einem kleinen Kofetteriegeplänkel in Gnaden wieder aufnimmt. Neben Wahmanns Erlelenz trat in der fritten Darstellung vor allem der allige aristokratische Obersteller Biensfeldis sehr marant hervor.

Humor und Satire.

Neß' immer Treu' und Redlichkeit...

(Revidierte Fassung.)

Beträge Gott und alle Welt, von Steupeln umschwert, nimm, was dir in die Hände fällt, wenn es dem Feind gehört. Verleit' auch and're zum Betrug, Verrat und Meineid schwör'n, so kommst du bald mit Zug und Lug dahin zu hohen Ehr'n. Kein Mittel sei dir zu gemein, du edler Offizier, nur muß dem Feind es schädlich sein, dann ist es sicher dir. Ja, der heißt Fierde der Arme, der tüchtig stehlen kann; er kommt geschwinde in die Höß' und ist ein Ehrenmann. Drum steht, Spion und Offizier, dem Feinde, was ihr könnt! Dem Vaterlande dient ja ihr, das stolz sich christlich nennt.

Franz.

Notizen.

— Albert Köster hat, wie nun bestätigt wird, den Ruf nach Berlin an Erich Schmidt's Stelle abgelehnt. Abgelehnt hat ihn, wie aus der Begründung der Ablehnung in der „Voss. Zig.“ zu ersehen ist, wesentlich auch die Befürchtung, durch allzugroße Repräsentationspflichten in der wissenschaftlichen Arbeit behindert zu werden.

Bei solchem Standpunkt paßt er freilich nicht unter die hohenzollernschen Leibgasten. Im Hintergrunde einer Kandidatur des Gogers Bernhard Seuffert taucht jetzt wieder Gustav Koethe als Anwärter für den vakanten Posten auf. Der würde sich freilich besser den Pflichten, die Köster nicht passen, zu fügen wissen. Er ist gut vorgeschult.

— Theaterchronik. Die Direktion Reinhard und Bernauer wird ihr drittes Theater, das Komödienhaus, am 15. September d. J. mit der Premiere von Raoul Auernheimers Lustspiel „Das Paar nach der Mode“ eröffnen.

— Kunstchronik. Im Plakatwettbewerb für die Große Kunstausstellung in Karlsruhe 1915 fielen die drei ersten Preise an die Berliner Maler Schlier, Meyerhuser und Blotke. — Prof. Langhammer wurde zum Präsidenten der nächstjährigen Großen Berliner Kunstausstellung gewählt.

— Das Noachim-Denkmal in der Akademischen Hochschule für Kunst in Charlottenburg wurde gestern enthüllt. Adolf Gudebrand hat es geschaffen.

— Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Die Ortsgruppe Berlin veranstaltet am Sonntag, den 8. Juni, einen geologischen Ausflug durch den Grunewald. Treffpunkt früh 8 Uhr am Bahnhof Steglitz, Rückkehr gegen 2 Uhr.

— Das Tonkünstlerfest in Jena, das 48. des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, hat begonnen. Die bisher ausgeführten Werke jüngerer Komponisten — Karl Ehrenberg, Oskar Iller, Desire Thomassin — haben keine Heberroskungen über das technische Können hinaus gebracht. Frederik Delius fiel mit einem Werk gegen frühere Tondichtungen ab.

— Dichter und Verleger. Bei C. G. Vöner in Leipzig wird demnächst folgender Brief verkauft, den Gottfried August Bürger seinem Verleger schrieb: „Du, Vöner, ist neues Manuskript. Du willst mich aber nur taranzen, denn das neuliche ist gewiß noch nicht alle... Gänge dich nur immer auf, Krompeter! Dann gehe ich zu einem anderen Verleger... Wenn ich mich aber aufhänge, so fresse ich die andere Halbscheid vom Mißl. auf... Komm mit einer braven Tache von Geld zurück, Taufensassa! Bring's nicht durch! Spiele mir ja kein l'hombre, als mit deinem lieben, dich zwiebelnden Autor.“

— Wiener Theaterzensur. Die Neue Wiener Bühne wollte das Stück „Schauspiel“ von Oskar Kofsky zum erstenmal aufführen. Es wurde aber von der Zensur verboten.

— Ein neuer Höhenrekord. Die französischen Aero-nauten Biernaim, Senouques und Jacques Schneider haben mit ihrem Freiballon „Jeare“ in senkrechtem Aufstieg die Höhenmarke der 10 Kilometer überschritten und mit einer Leistung von genau 10,081 Meter den bisherigen französischen Höhenrekord gebrochen.



bis länger als sein Fabrikkollege zu arbeiten; die Möglichkeit, die Arbeitszeit beliebig auf zwölf und noch mehr Stunden ausdehnen, auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten zu können, betrachtet er als einen Vorteil. So also ist es um die angebliche Bequemlichkeit des Handschuhmachers-Heimarbeiteres bestellt.

Gegenwärtig ist die Handschuhindustrie Deutschlands sehr gut beschäftigt, sie leidet an einem Mangel an Arbeitskräften, dem manche Handschuhfabrikanten unter geschickter Ausnutzung des einmal vorhandenen Vorrates zur Annahme von Heimarbeit dadurch zu begegnen suchen, daß sie solche durch Inserate anbieten und außerhalb des eigentlichen Fabrikationsortes sogenannten Schnittfilialen — eine Art Zwischenmeisterbetriebe — errichten lassen.

Nach und nach dümmert aber bei dieser Heimarbeiterkategorie die Erkenntnis, daß ihre Arbeitsmethode nur die Methode besonderer Ausbeutung darstellt, daher ist es dem Verband der Lederarbeiter bereits im Herbst vorigen Jahres gelungen, von einer Firma in Jwoikau, die über ganz Deutschland verstreut eine größere Anzahl Handschuhmacher als Heimarbeiter beschäftigt, trotz der ungünstigen Umstände, die sich in solchen Fällen einer Lohnbewegung in den Weg stellen, eine Erhöhung der Stücklöhne durchzusetzen. Dieselbe Firma, es ist die Handschuhfabrik von Louis Gräber in Jwoikau, hat nenerdings ihren Heimarbeitern das Angebot gemacht, eine Nebenarbeit in Wegfall und dafür 12 Pf. per Duzend Handschuhe in Abzug zu bringen. Die Firma bezeichnet diesen Vorschlag als ein ihren Heimarbeitern gemachtes vorteilhaftes Entgegenkommen, während in Wirklichkeit diese Nebenarbeit den Handschuhmachern gar nicht zukommt, und sie in keiner Fabrik zu machen verlangt wird. Die Gräberischen Heimarbeiter haben, indem sie seit Jahren diese mühsame Nebenarbeit ohne Entgelt verrichteten, der Firma bei jedem Duzend ein Geschenk von mindestens 12 Pf. gemacht; sie sind sich jetzt aber einig geworden und haben die Leitung des Lederarbeiterverbandes beauftragt, dahin zu wirken, daß diese Nebenarbeit ohne jeden Abzug in Wegfall kommt. Eine diesbezügliche Forderung ist der Firma Gräber bereits unterbreitet und ihr gleichzeitig die eventuelle Arbeitsverweigerung angekündigt worden.

Da die Konjunktur in der Handschuhindustrie eine günstige ist, wird der Ausweg dieser Lohnbewegung den Beweis liefern, daß wenn sich die Heimarbeiter organisieren, auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgebessert werden können. Als Radikalmittel aber käme in dieser Hinsicht allerdings in Betracht der Verzicht auf die Annahme jeder Heimarbeit. Eine Notwendigkeit für sie liegt nicht vor, sie besteht lediglich zum Nachteil der Arbeiter und könnte ohne solchen für die Handschuhindustrie vollständig beseitigt werden.

**Achtung, Leitergerüstbauer!** Am 14. März d. J. wurde in Köln, nachdem ein 14tägiger Streik vorausgegangen war, mit den Unternehmern im Leitergerüstbau ein Tarifvertrag abgeschlossen, wobei die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Regelung unterzogen wurden. Aber bald darauf mußte man die Erfahrung machen, daß die Unternehmer sich herzlich wenig um die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen bekümmerten und die alten Missetaten wieder einzuführen versuchten. In einer Sitzung mit der Verbandsleitung und der Kommission der Arbeiter gaben auf energische Vorstellung die Unternehmer die Erklärung ab, nunmehr den Tarifvertrag einzuhalten.

Jetzt haben sie wiederum ein anderes Mittel gefunden, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Man versucht planmäßig die alten, eingearbeiteten, organisierten Arbeiter von der Arbeit auszuschließen und dafür neue einzustellen. Besonders hat man es auf die Leitung der Sektion der Gerüstbauer abgesehen. Bei einer Firma wurden Leute eingestellt zu einem Stundenlohn von 88, 42 und 45 Pf., obwohl für Anfänger ein Stundenlohn von 45 Pf. im Tarif vorgesehen ist. Der betreffende Unternehmer erklärte, daß diese Arbeiter als Lagerarbeiter in Frage kämen; sie wurden aber als Gerüstbauer mit beschäftigt. In den letzten Tagen wurde bei einem Unternehmer nun plötzlich der Sektionsleiter entlassen, angeblich weil er vor längerer Zeit einmal ein paar Tage von der Arbeit weggeblieben sei. Der Entlassene war nachweislich krank und das wußte auch der Unternehmer. Alle Bemühungen der Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes am Orte, den Unternehmer zu veranlassen, diese Entlassung zurückzunehmen, waren erfolglos, so daß die Kollegen des Entlassenen sich solidarisch erklärten und die Arbeit einstellten.

Die Gerüstbauer in Köln sind zu 100 Proz. organisiert und sind der seiftesten Ueberzeugung, daß mit dieser Entlassung der erste Schritt zur Bekämpfung der Organisation gemacht worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Abwehrbewegung auch noch weitere Kreise zieht, da die Unternehmer sich vor kurzem auch zusammengeschlossen haben. Auch ist es ja selbstverständlich, daß die Kollegen der anderen Betriebe jegliche Streikarbeit verweigern werden.

Da aber auch sonst noch eine Reihe Gerüstbauer ohne Arbeit sind, resp. nicht eingestellt werden, ersuchen wir, unter allen Umständen den Bezug von Gerüstbauern von Köln fernzubehalten.

Deutscher Transportarbeiterverband: Die Ortsverwaltung Köln.

## Kotzdes Feldzug gegen den Jugendschriftenausschuß.

Der frühere Lehrer Wilhelm Koyde aus Rathenow und der Verleger Jos. Holz aus Mainz führen seit einiger Zeit einen erbitterten Kampf gegen den Hamburger und Berliner Jugendschriftenausschuß. In einer im Oktober vorigen Jahres von den beiden veröffentlichten Broschüre, die den Titel führt: „Der vaterländische Gedanke in der Jugendliteratur, eine Streit- und Wehrschrift.“ bezichtigen sie die Jugendschriftenausschüsse der vaterländischen Bestimmung und sozialdemokratischen Tendenz. Und warum? Weil der Hamburger und der Berliner Jugendschriftenausschuß das bei Holz in Mainz erschienene Buch: „Die Geschichte des Stadtkomponisten Kostmann“, das Wilhelm Koyde zum Verfasser hat, in ihren Verzeichnissen nicht in Empfehlung gebracht haben sollen! In der Hauptfrage richten sich die Angriffe gegen den Vorsitzenden des Hamburger Jugendschriftenausschusses, den Lehrer Hans Brundhorst, gegen den anerkannten Sachverständigen in der amtlichen Jugendschriftenkommission der Hamburger Oberschulbehörde, den Lehrer Hermann Koster, wie auch gegen den Berliner Lehrer Herrn Häbner. In der „Streit- und Wehrschrift“ führt Koyde z. B. aus, daß es sich hier nicht um die Jugendbegeisterung zur sozialdemokratischen Partei handelt, diese ist bei Lehrern natürlich unmöglich. Aber es ist soweit gekommen, daß Gottfried Möhl, der Vorsitzende des deutschen Lehrervereins sich auf dem letzten deutschen Lehrertage in Berlin entschieden gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen innerhalb einer bestimmten Gruppe der Lehrerschaft wenden mußte. An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn sich nun auch die Hamburger und ihre Freunde in Berlin und anderwärts nicht offen zur Sozialdemokratie bekennen, so bedarf es nur einer Untersuchung ihrer literarischen Tätigkeit, um die ganz sozialdemokratischen Gedankenkreise, die sie zur Geltung zu bringen suchen, zu erkennen.“ Und um den hier aufgestellten Satz beweisen zu können, werden nun längst widerlegte Auslassungen von Holz a. in dem geistigen Führer der Hamburger, nach einmal entziffert aufgeführt; Quate aus der „Pädagogischen Reform“ gebracht und last not least eine Stelle Hermann Koster aus einem pädagogischen Jahresbericht veröffentlicht, in dem er die erfolgreiche Tätigkeit des Arbeiterbildungsausschusses in Berlin auf dem Gebiete zur Bekämpfung der Schundliteratur wie folgt anerkennt:

„Man muß dem ersten Streben, mit dem der Ausschuß unter Führung von Heinrich Schulz für die Verbreitung guter Lektüre eintritt, hohe Anerkennung zollen, wenn man auch einigen Vorkäufen gegenüber einen weniger energiegelassen Standpunkt wünschte. Um nun aber auch dies Nitat als Beweis für seine Verbannung, daß die Führer des Hamburger Jugendschriftenausschusses sozialdemokratischen Tendenzen huldigen, verwerten zu können, kommt Koyde im Anschluß daran zu folgender sonderbaren Bemerkung:

„Also, man muß dem ersten Streben unter der Führung von Heinrich Schulz hohe Anerkennung zollen, wenn man auch . . . usw. Heinrich Schulz ist nun ein ehemaliger Bremer Lehrer. Da erkennen wir schon die Zusammenhänge.“

Das ist also ein Beweis dafür, daß die Ausschüsse sozialdemokratischen Tendenzen huldigen!

Und ähnlich fadenförmig sind die anderen von Koyde angeführten „Beweise“. Den in der Streitchrift enthaltenen Unwahrheiten und Entstellungen ist der Hamburger Jugendschriftenausschuß ganz energisch zu Leibe gegangen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hans Brundhorst, hat eine Entgegnung veröffentlicht, in der jede von Koyde aufgestellte Behauptung glatt widerlegt resp. richtig gestellt wird. So wird u. a. darauf hingewiesen, daß der Hamburger Jugendschriftenausschuß von den Händen der Mainzer Holz- und Jugendbücher, die er hat prüfen können vier angenommen hat. Und unter diesen befand sich auch „Die Geschichte des Stadtkomponisten Kostmann“ von Koyde. Das Interessanteste ist, daß selbst die Lehrer für die Annahme des Buches gestimmt haben, die Koyde so maßlos angegriffen hat, nämlich Brundhorst und Koster.

Hans Brundhorst sagt dann auch seine Ansicht über die Prüfungsausschüsse dahin zusammen, daß er sagt, ihre Aufgabe ist, für die Jugend gute Bücher auszuwählen, nicht aber die, für oder gegen die konservative, nationalliberale, freimännliche oder sozialdemokratische Partei Stellung zu nehmen. Das befolgen die politischen Parteien gegenseitig. Die Prüfungsausschüsse haben nicht politische, sondern literarische Aufgaben zu lösen.

Wie noch in Erinnerung sein dürfte, hat sich nicht nur die Tagespresse mit den Koyde'schen Anschuldigungen recht lebhaft befaßt, sondern auch das Preussische Abgeordnetenhause. Der Dürerbund selbst hat sich verpflichtet gefühlt, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es hieß:

„Die Behauptung, daß die Hamburger Herren heimliche sozialdemokratische Propaganda trieben, halten sie nach ihren eingehenden Informationen für so von Grund aus falsch, daß ihnen diese Behauptung, wo Böswilligkeit nicht in Frage kommt, nur durch den Mangel an Einblick oder durch eine starke Voreingenommenheit erklärlich scheint. Es ist nicht ihre Sache, zu unteruchen, welche Gründe diese Voreingenommenheit bei den Herren Koyde und Holz haben kann. Im Interesse der Mehrheit aber müßten sie betonen, daß die Angaben von Koyde irrtümlich und irreführend sind.“

Und wenn es in der Erklärung heißt: Es ist nicht ihre Sache, zu untersuchen, welche Gründe diese Voreingenommenheit bei Koyde und Holz haben kann, so würden das wohl die Gründe sein, die unser Genosse Giza anlässlich der Debatte im Preussischen Abgeordnetenhause angeführt hat. Er führte im Parlament aus, daß der Verlag Holz sich an den Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei gewandt und geradezu flehenliche Briefe an seinen Vorsitzenden (Heinrich Schulz) geschrieben hat. Weil das Geschäft mit der sozialdemokratischen Partei aber nicht zu machen war, geht man nun auf einmal gegen die Lehrer vor.“

Unser Orberorgan in Hamburg, das „Echo“, hat sich, wo es galt die literarischen Interessen der Jugend zu wahren, auf die Seite der von Koyde angegriffenen Lehrer gestellt. In mehreren Artikeln hat es das Treiben von Koyde und seinen Freunden gehärend niedriger gefaßt. Die Folge allerdings war, daß Koyde sich beleidigt gefühlt hat und gegen den Redakteur Ernst Röpke vom „Echo“ den Weg der Privatklage beschritt.

Am Dienstag fand vor dem Schöffengericht Hamburg in dieser Sache Termin an.

Nach längerer Verhandlung schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

„Nachdem im Laufe der Verhandlung Herr Koyde versichert hat, daß die Auslegung, als habe er mit seinen Schriften gegen die sogenannte Hamburger Bewegung in der Jugendschriftenfrage eine Denunzierung seiner Gegner in ihrer amtlichen Stellung bezweckt, irrig ist, erklärt Herr Röpke, daß er die in den instrumentierten Artikeln erhobenen Vorwürfe der Denunziation nicht aufrecht erhalte. Im übrigen erklärt Herr Röpke, soweit die Artikel sonst beleidigende Äußerungen enthalten, bedauere ich dies und erkläre, daß mir die Absicht der Beleidigung ferngelegen hat. Insbesondere nehme ich auch den, dem Privatkläger gemachten Vorwurf „gewerbdemütiger Verunglimpfung seiner Gegner“ mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Der Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

## 13. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren. Frankfurt a. M., 4. Juni. Vierter Verhandlungstag.

Die getrige Abendigung zog sich bis nach Mitternacht hin. Es wurden in ihr die Tarif bei verflorenen und kommenden Lohnlämpfen besprochen.

In der heutigen öffentlichen Sitzung nahm die Generalversammlung drei Referate entgegen. Zunächst sprach Verbandsvorsitzender K. Mann aus Hamburg über

„Unsere Lohnbewegungen und Streiks“.

Er gab ein Bild der Lohnlämpfen und ihrer Erfolge in der verflorenen Geschäftsperiode. Wir haben im Vorbericht bereits darüber berichtet. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß neben der Beseitigung des Kost- und Logiswuchses beim Arbeitgeber im Bäcker- und Konditoreiengewerbe auch die Erringung des wöchentlichen Ruhetages ganz erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Nach einer Erhebung des Verbandes vom Jahreslohn 1912 waren von 44222 erfahrenen Widergefallen nur noch 26188 oder 59,1 Proz. in Kost und Logis beim Arbeitgeber. Von 6510 Konditoren im Kleingewerbe hatten 4826 oder 74,2 Proz. noch Kost und Logis beim Arbeitgeber, während für 1684 oder 25,8 Proz. das System beseitigt war. Für 16308 Bäcker und Konditoren ist in der Geschäftsperiode der wöchentliche Ruhetage, also die sechsstündige Arbeitswoche errungen worden. Daß die Arbeitgeber in immer höherem Maße die Organisation anerkennen und respektieren müssen, das geht am besten aus dem Stand der abgeschlossenen Tarifverträge hervor. Am Schlusse des Jahres 1912 waren 222 Tarifverträge für 7920 Betriebe mit 20628 Beteiligten von den Arbeitgebern mit dem Verband abgeschlossen. K. Mann betonte, die Vorbereitungen zu den Lohnlämpfen müßten noch bedeutend besser und energiegeladener betrieben werden. Werde der Verband trotz aller Friedensliebe in den Kampf getrieben, dann müsse er aber auch so gerüstet dastehen, daß der Kampf unter Umständen nicht bloß wochen-, sondern monatelang geführt werden könne.

In das Referat schloß sich keine Diskussion. Der Verbandstag erneuerte einmütig eine schon auf dem letzten Verbandstag gefasste lange Resolution, in der die Forderungen des Verbandes niedergelegt sind.

Das Thema:

„Der Terrorismus der Arbeitgeber“

behandelte hierauf Gouletter Heyshald-Berlin. Das unwahrscheinliche Geschrei der Schatzmacher und ihrer feilen Vorkämpfer über den Terrorismus der Arbeiter und deren Organisationen sei in der Neuzeit bei allen, denen die Arbeiterorganisation unbenommen wäre, zu einer wahren Epidemie ausgeartet. Dabei sollten die Unternehmerorganisationen erst vor der eigenen Türe den recht hoch liegenden Schamfleck wegschleifen. Die Arbeitgeber unseres Berufes sind bei Ausübung und Anwendung von Terror und Zwangsmitteln gegen andere durchaus nicht zimperlich und widerlich, im Gegenteil, vielfach sind sie in der Wahl ihrer Mittel sehr skrupellos, sowohl gegen die Arbeiter als auch gegen ihre eigenen Unternehmerkollegen. So sogar gegen die nicht Dider parierenden Lieferanten. Geradezu im großen Maß gegen die Arbeiter im gesamten Berufe mit schwarzen Listen, mit Wahregelung in offener und verdeckter Form, sogar durch Proklamation in ihren Zeitungen, durch Sperzung der Arbeitsnachweise für Organisierte,

durch den Gebrauch der Innungslegitimation als Stiefbrief, durch Gewalt, Antreue und Moribund vorgegangen, also in jeder nur denkbaren Weise. Gegen die eigenen Unternehmerkollegen operieren die Unternehmerorganisationen und deren Führer mit Materialknotent, mit Beschimpfung, mit Verurteilung, mit Innungs- und Konventionsstrafen, die gegen die Gesetze verstoßen, und anderem mehr. Eine Reihe Eingeklägte anzuführen, beweist der Redner die Richtigkeit dieser Sätze. Die von den Widerzwingungen in letzter Zeit gegen die eigenen Innungscollegen betriebenen Innungsstrafen bezeichnete Heyshald als die gefährlichste, aber auch bequemste Art von Terror. Diese Innungsstrafen könnten weber vor den bürgerlichen Gesetzen, noch vor der bürgerlichen Moral bestehen. Alle höchstinstanzlichen Urteile bestätigten, daß Konventionsstrafen, die im wirtschaftlichen Kampfe verhängt wurden, dem Geiste der Gewerbeordnung und den guten Sitten widersprechen. Zum Schlusse betonte Heyshald, für die Organisation gebe es nur einen Weg, um den Terror der Unternehmer zu beseitigen. Aufklärung und Schulung der Berufsangehörigen, Schaffung harter und in sich finanziell und moralisch gestützter und unangreifbarer Organisationseinrichtungen, das sind die Mittel, die hinterlistig und Riebertsch mit Leichtigkeit zu überwinden, die der Freiheit eine Waffe haben und die einst den Gegner zwingen werden, auch der Arbeiterschaft in unserem Berufe Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit in der Ausübung ihres Arbeitsrechtes auszugeben. (Lebhafter Beifall.)

Der Verbandstag stimmte einmütig einer im Sinne dieser Ausführungen gehaltenen, vom Referenten vorgelegten Resolution zu, in der alle Mitglieder und Beihilfen aufgefordert werden, jeden Fall von Terrorismus öffentlich an den Pranger zu stellen, aber unbeschadet dessen das Schweregewicht auf die eigene Kraft und Werbestraft zu legen und deshalb mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie dahin zu wirken, daß die Organisation gestärkt und ausgebaut wird, um sie zu einem festen Schutzwall gegen jede Art von Unternehmerterrorismus zu gestalten.

Ueber die

„Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer“

verbreitete sich Redakteur Weidner aus Hamburg in einem großzügigen Referat, in dem er die Praktiken der Unternehmer, um die Arbeiter an ihre Betriebe zu fesseln, ausführlich beleuchtete. Der Kernpunkt seiner Ausführungen ist in einer von ihm vorgelegten Resolution niedergelegt, in der gesagt wird: In Anbetracht der durch eine Erhebung wiederum bestätigten Tatsache, daß den „Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer“ in den Großbetrieben unseres Organisationsgebietes ebensowenig eine sozialpolitische Bedeutung zukommt wie ähnlichen Einrichtungen in anderen Industrien; in weiterer Ermägung, daß sie von den Unternehmern nur geschaffen werden, um die Arbeiterschaft an die Betriebe zu fesseln, in entwürdigender Weise durch Almosen willfährig zu erhalten und sie von einer kraftvollen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abzuwenden, verpflichtet die 13. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands die Mitglieder der Organisation, nach Möglichkeit auf Zuwendungen aus solchen Einrichtungen — als der Ehre und den wirklichen Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufend — zu verzichten und ohne direkten Zwang sich nicht an Unterstützungsvereinen, Verbänden, Alters-, Sparcassen und dergl., soweit sie von den Unternehmern für ihre Betriebe errichtet wurden oder errichtet werden, zu beteiligen. Wenn dagegen die Arbeiterschaft eines Betriebes, durch den Druck des Unternehmers gezwungen, sich einer Beteiligung an den „Wohlfahrts-Einrichtungen“ nicht entziehen kann, so haben die Mitglieder der Organisation mit allen Kräften dafür einzutreten, daß solche Kassen oder Unterstützungsvereine usw. einer Verwaltungskörperschaft unterstellt werden, auf deren Zusammensetzung die Arbeiterschaft selbst durch die Wahlen nach freiem Ermessen einen bestimmenden Einfluß hat, damit der Willkür der Betriebsleitung in der Verwaltung der „Wohlfahrts“ Schwänken gezogen werden können. Die Funktionen der Organisation haben die besondere Verpflichtung, sich über das Wesen und die Wirksamkeit aller „Wohlfahrts-Einrichtungen“ in den Betrieben ihres Bezirkes fortlaufend und eingehend zu unterrichten, das gewonnene Material zu sammeln und es zur Aufklärung der Kollegen zu verwenden, event. dem Hauptvorstande zur Verfügung zu halten.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Verbandstag betrat sich dann.

## Soziales.

Wie die „Große Berliner Straßenbahn“ sich bereichert.

Jeder, der bei der „Großen Berliner“ als Erfahrfahrer oder Schaffner eintritt, ist verpflichtet, eine Kaution von 100 M. zu hinterlegen. Die Gesellschaft läßt von dem Stellungsuchenden ein zwei Druckseiten umfassendes Schriftstück unterzeichnen, in dem unter anderem der Gesellschaft das Recht eingeräumt wird, von der Kaution bis zu 75 M. zu fügen, wenn der Beschäftigte außer der Ausbildungszeit nicht mindestens 12 Monate in Diensten der Gesellschaft verbleibt. Dieser Betrag soll zur Deckung des während der Ausbildungszeit gezahlten Lohnes und der dem Erfahrfahrer oder Schaffner gezahlten Lehrgeluge dienen. Während der Ausbildungszeit zahlt die Gesellschaft 2 M. bis 250 M., bei Dienstleistung als selbständiger Schaffner 3,20 M., bei Dienstleistung als selbständiger Fahrer 3,70 M. für jeden Tag, an dem Dienst geleistet wird. Mit diesen Lohnsätzen von 12 M. bis 22,70 M. pro Woche werden die Leute abgepeißt und riskieren dabei, ihre sauer erparten oder zusammengepumpten Groschen, die sie als Kaution gestellt haben, zu verlieren.

In einem Proseß, der vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte schwebte — leider ist für die Lohnlämpfen der Straßenbahn das Schöffengericht nicht zuständig — ist festgestellt, daß die Straßenbahngesellschaft einen Fahrer einige Tage vor Ablauf der 12 Monate entlassen hat, weil der Betroffene etwa vier Wochen vorher eine Weiche überfahren hat — nach der Deutung der Gesellschaft um einen Meter, nach der Darstellung des Fahrers bei schlüssigerem Weiter trotz Benutzung des Sandstreusens um zehn Zentimeter — und einem Kontrollleur, der ihm Vorhaltungen machte, in der Erregung erkrankt hat, er solle es besser machen. Das Ueberfahren der Weiche, insbesondere bei schlüssigerem Weiter, passiert auch allen, erfahrenen Fahrern.

Daß ein Mann, der 12 Monate hindurch bei einem Lohn von 3,20 M. bis 3,70 M. pro Tag für die millionenreiche Firma Profit geschunden hat, in der Erwartung, Anstellung zu finden, dann von dieser Firma einige Tage vor Ablauf der Probezeit entlassen wird und die Firma noch die Spargroschen des Betroffenen einbehält, ist auch eine Wüte unserer gottgegebenen Ordnung. Diese Tatsache kennzeichnet aber auch die Arbeiterfreundlichkeit des Berliner Verkehrsverhältnisses beherrschenden Instituts. Aus Mitteln der Allgemeinheit und ihrer vorhandenen Angehörten wirtschaftet die Gesellschaft einen Millionengewinn heraus. Auch vom Geschäftspunkt der Angehörteninteressen muß mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß das Verkehrsmonopol der Gesellschaft in häßliche Verwüstung übergeht.

Auffallenberweise hat das Gericht die Klage auf Herausgabe der 75 M. abgewiesen. Weder der Hinweis auf die verspätete Geltendmachung des Entlassungsgrundes, — falls man einen solchen für vorliegend erachten wollte — noch die Darlegung, daß eine ungerechtfertigte Bereicherung der Gesellschaft vorliege und daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße, haben den Richter bezwungen, einen für den Arbeiter günstigen Standpunkt einzunehmen. Der Richter erklärte, daß bei den strengen Vorschriften des Reichsstatutbuches die größten Anforderungen an die Zuverlässigkeit des Personals der Gesellschaft zu stellen sind, daß deswegen bei der Beurteilung des schuldhaften Verhaltens dem subjektiven Ermessen der Gesellschaft ein weiter Spielraum zugebilligt werden müsse; bei dem vorangehenden Verwaltungsapparat sei ein Zeitraum von 4 Wochen, von der Vernehmung bis zur Entlassung gerechnet, nicht zu lang. Ein Verzicht auf den Entlassungsgrund liege also nicht vor.



Das Urteil ist unhaltbar. Die Kautionsvereinbarung verfährt gegen die guten Sitten und gegen den in § 123 O.D. zum Schutz der Arbeiter ausgesprochenen Grundsatz über Gleichheit der Kautionsfristen für beide Teile. Uebrigens liegt keiner der Entlassungsgründe des § 123 der Gewerbeordnung vor.

### Das Reichsgericht gegen die „Produktion“.

Nach Einführung der Konsumvereinssteuer in Hamburg, Juni 1911, kaufte, wie unsere Leser wissen, der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ für den gesamten Kleinverkauf seines Betriebes eine selbständige Handelsgesellschaft, die vom Konsumverein ihre Waren bezieht und an jedermann, natürlich auch an die Mitglieder des Konsumvereins, „Produktion“, alle Waren verkauft. Obwohl so der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ einen Kleinverkauf im Sinne des hamburgischen Steuergesetzes vom 30. Juni 1911 nicht mehr befreit, wurde er doch auf Grund des eben genannten Gesetzes zur Konsumvereinssteuer veranlagt.

Gegen die Veranlagung erhob die „Produktion“ Klage beim hamburgischen Landgericht. Am 15. Februar 1912 wurde sie jedoch mit dieser Klage abgewiesen. Die dagegen eingelegte Berufung wurde am 15. November 1912 vom Hanseatischen Oberlandesgericht verworfen. Jetzt hat das Reichsgericht, wie wir dem „Hamburger Echo“ entnehmen, an das von der „Produktion“ Revision eingelegt war, gegen die „Produktion“ unter Zurückweisung der Revision entschieden. Im wesentlichen hat das Reichsgericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß das Oberlandesgericht den Begriff „Konsumverein“ richtig ausgelegt habe, daß eine Verletzung des hamburgischen Steuergesetzes vom 30. Juni 1911 durch das Oberlandesgericht, wenn das überhaupt vorläge, aber nach § 549 der Zivilprozessordnung gegen Revision beim Reichsgericht nicht angefochten werden könne.

### Wie der preussische Staat Kulturaufgaben erfüllt.

In Königsberg i. Pr. ist seit Jahren die Erweiterung der staatlichen Kunst- und Gewerkschule dringend notwendig. Obwohl der Staat allein den Ausbau dieser Schule vorzunehmen hat — sie ist eine staatliche Anstalt und der Staat hat außerdem für das höhere Schulwesen zu sorgen — rührt er keinen Finger, sondern erwartet, daß die mit Lasten überbürdete Kommune ihm diese Pflicht abnimmt. Und er weiß, die Gemeinde seinen Wünschen gefügig zu machen. In Königsberg bestehen nämlich Handelshochschulkurse, deren Umwandlung in eine vollberechtigte Handelshochschule überaus erforderlich ist. Denn dann könnten die Studierenden ihre volle Ausbildung bis zum Abgange unter Abiegung der bis jetzt nicht möglichen Diplomprüfung an der Königsberger Handelshochschule beenden. Jetzt müssen sie an einer auswärtigen Schule ihre Studien beenden, damit sie das Diplomeamen machen können. Der Minister für Handel und Gewerbe hat sich bisher geweigert, seine Zustimmung zu dieser Umwandlung zu geben. Er ist aber nicht abgeneigt, dann die Genehmigung zu erteilen, wenn die Stadt für den Staat den Ausbau der Kunst- und Gewerkschule vornimmt. Und da Königsberg im Interesse von Gewerbe und Handel gezwungen ist, für die Erweiterung beider Anstalten einzutreten, so muß sie in den jauerer Apfel beißen und wiederum große Opfer auf sich nehmen, die eigentlich der Staat aufbringen soll. Der Ausbau der Kunst- und Gewerkschule kostet der Gemeinde nebst Vergabe des Gebäudes die Summe von 420 000 Mark. Wendet sie dieses Geld für den Staat auf, dann erteilt der Minister für Handel und Gewerbe die Genehmigung zur Umwandlung der Handelshochschulkurse in eine Handelshochschule. Gibt die Stadt die halbe Million Mark für diese staatlichen Zwecke nicht, so unterbleibt der Ausbau der Kunst- und Gewerkschule und der Handelshochschulkurse. Und dabei schwimmt der Staat im Golde — aber für die dringendsten Kulturaufgaben hat er nichts übrig, die wohl er unter Anwendung unfairen Mittel den überbürdeten Kommunen aufzuhalsen.

### Wieder Herr Büdcher.

Mehr wie und lieb war, haben wir uns im Laufe der Zeit mit dem Maurer- und Zimmermeister Büdcher in Eberswalde befaßt müssen. Wir müssen es heute lieber wieder tun.

Der dem Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister angehörende Innungsbezirksverband Brandenburgischer Baugewerksmeister läßt seine Einladungen für den ordentlichen Bezirksstag zu Potsdam am 9. und 10. Juni 1913 ergehen. In der Tagesordnung finden wir zu unserem Erstaunen unter Punkt 5 folgendes verzeichnet: „Bericht über die Tätigkeit der Nordöstlichen Baugewerks-Verufsgenossenschaft. Referent Herr Maurer- und Zimmermeister D. Büdcher-Eberswalde.“

Soll Herr Büdcher selbst über seine gewinnbringende Tätigkeit in der Verufsgenossenschaft recht eingehend und aufklärend sprechen? Wünscht der Innungsbezirksverband aus authentischer Quelle zu hören, wie gewinnbringend die Tätigkeit des Herrn Büdcher für ihn selbst gewesen ist?

## Gerichts-Zeitung.

### Eine in sich haltlose Klage.

Am 28. Februar sollte in der Löwenbrauerei eine für Jugendliche bestimmte unpolitische Versammlung abgehalten werden. Zur Besprechung stand das Thema: „Die Wahren und die falschen Freunde der Arbeiterjugend“. Der Polizeipräsident zog aus dem angegebenen Thema den Schluß, daß die Versammlung eine politische sei. Deshalb wurde ein Polizeileutnant zur Überwachung der Versammlung beordert und ihm der Auftrag erteilt, die Teilnahme von jugendlichen Personen an der Versammlung zu verhindern.

Nachdem der Einberufer Habersaat die Versammlung eröffnet hatte, forderte ihn der Polizeileutnant auf, die jugendlichen Personen zu entfernen. In der Ueberzeugung, daß dies Verlangen ungesetzlich sei, weigerte sich Habersaat, der Aufforderung des Polizeileutnants nachzukommen. Eine zweite Aufforderung des Beamten hatte keinen anderen Erfolg. Der Polizeileutnant erklärte nun die Versammlung als aufgelöst auf Grund des Allgemeinen Landrechts. — Eine Beschwerde, die Habersaat wegen dieses Vorganges an den Polizeipräsidenten richtete, wurde dem Sinne nach dahin beantwortet: Die Auflösung der Versammlung sei keine Auflösung im Sinne des Vereinsgesetzes, sondern sie sei anzusehen als die Behinderung einer strafbaren Handlung, nämlich der Teilnahme jugendlicher Personen an einer politischen Versammlung.

Habersaat, der sich nach der Auflösung, die eigentlich keine Auflösung war, nicht sogleich aus dem Saale entfernte, sondern die Anwesenden aufforderte, dazubleiben, erhielt eine Strafverfügung, welche ihm eine Übertretung des § 18 Abs. 4 des Vereinsgesetzes zur Last legt. — Dieser Paragraph bedroht den mit Strafe, der sich nach erfolgter Auflösung einer Versammlung nicht sofort aus dem Saale entfernt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling, welches sich gestern auf Anrufung Habersaats mit der Angelegenheit beschäftigte, vertrat der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, den Standpunkt: Die Versammlung war keine politische, die Auflösung war deshalb unberechtigt. Aber ganz abgesehen davon, hat sich der Angeklagte nicht strafbar gemacht, selbst wenn die polizeiliche Ansicht über den Charakter der Versammlung zutreffend wäre. Das Vereinsgesetz sieht alle die Gründe an, aus denen eine Versammlung aufgelöst werden darf und dann folgt im § 18 Abs. 4 die Strafanordnung gegen den, welcher sich aus einer aufgelösten Versammlung nicht sofort entfernt. Die Strafbestimmung im § 18 Abs. 4 kann sich demnach nur auf

solche Fälle beziehen, wo die Auflösung aus einem der im Vereinsgesetz angegebenen Gründe erfolgt ist. Im vorliegenden Falle ist die Versammlung aber nicht aus vereinigungsgesetzlichen Gründen, sondern unter ausdrücklicher Berufung auf das Allgemeine Landrecht aufgelöst worden. Für solchen Fall steht das Gesetz keine Strafe vor, also muß der Angeklagte freigesprochen werden. Der Verteidiger beantragte außer der Freisprechung die Uebernahme der Verteidigungskosten durch die Staatskasse.

Das Gericht erkannte aus den vom Verteidiger angeführten Gründen auf Freisprechung. Es lehnte aber den Antrag, die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuerlegen, ab mit der Begründung, der Angeklagte habe im Vorverfahren jede Auslage verweigert, er habe also nichts getan, um den Sachverhalt aufzuklären. Es sei deshalb nicht ohne Verschulden des Angeklagten zur gerichtlichen Entscheidung gekommen.

Wunderliche Begründung! Der Angeklagte ist beschuldigt, eine strafbare Handlung begangen zu haben. Solche liegt nicht vor, weil der Tatbestand, den die Klage schildert, keine strafbare Handlung darstellt. Das hat die Klagebehörde und das Gericht übersehen. Trotzdem lehnt das Gericht die Uebernahme der Verteidigungskosten ab, weil der Angeklagte unterlassen hat, die Staatsanwaltschaft und das Gericht zu belehren.

Hoffentlich legt der Angeklagte wegen Nichtaufklärung der Verteidigungskosten für die überflüssige Klage Berufung ein.

### Eine Zentrumsflühe wegen Unterschlagung von Arbeitergeldern verurteilt.

Der Hauptlehrer und Organist Kulbajki aus Groß-Ramiau (Kreis Allenstein) hatte sich vor der Strafkammer in Allenstein wegen Unterschlagung von 6840 Mark zu verantworten. Obwohl er ein Einkommen von 4200 M. hatte, betrug seine Schuldenlast 15 800 M. Er war Kassierer der Ortskasse des katholischen Arbeitervereins St. Andreas in Groß-Ramiau. Diese Kasse hat Kulbajki betrogen. Außerdem hat er eine Reihe Arbeiter direkt um ihre Spargroschen gebracht; die Arbeiter brachten ihm ihre Ersparnisse, damit er sie an die Sparkasse abführe. In elf Fällen hat er sie aber nicht abgeliefert, sondern für sich verbraucht.

Diese famose Staatsflühe war schon einmal vor Gericht, aber die Verhandlung wurde vertagt, weil der Versuch unternommen wurde, den Angeklagten als geistesgestört hinzustellen. Er wurde auf sechs Wochen nach einer Irrenanstalt zur Beobachtung gebracht, doch bereits nach drei Wochen schied ihn die Anstalt wieder juristisch, weil er eben nicht geisteskrank war. In der letzten Hauptverhandlung erklärte der Angeklagte, daß er ein Trinker geworden sei, in der Kasse will er Ohnmachtsanfälle bekommen haben. Und den geistigen Defekt, den er zu besorgen glaubte, versuchte er damit zu begründen, daß er gefand, vom siebenten Lebensjahr bis zum Eintritt in die Präparandenanstalt sich sexueller Verfehlungen schuldig gemacht zu haben. Von den Zeugen wurde befunden, daß der Angeklagte wiederholt betrunken gewesen sei. Spuren eines geistigen Defekts wären an ihm nicht bemerkt worden. Die ärztlichen Sachverständigen erklärten, daß der § 51 des Strafgesetzbuchs nicht in Anwendung kommen könnte. Dagegen sei der Angeklagte ein vorgefertigter Alkoholik und sittlich nicht ganz einwandfrei. Nach seinem Vorleben liege geistige Minderwertigkeit vor. Die Strafkammer kam zur Beurteilung des Angeklagten und erkannte auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Drei Monate wurden ihm von der Untersuchungshaft angerechnet.

### Geisteskrank oder Verbrecher?

Zu einem Kampf zwischen Gerichtsdienern und einem gefährlichen Verbrecher kam es am Schluß einer Sitzung der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde der Händler und Krimi Franz Karow vorgeführt, der sich wegen einer Reihe schwerer Sittlichkeitsverbrechen und wegen Zuhälterei zu verantworten hatte.

Der in Verbrecherkreisen unter dem Spitznamen „Krimifranz“ bekannte und wegen seiner Gewalttätigkeit gefürchtete Angeklagte hielt sich mehrere „Bräute“ zu gleicher Zeit, die ihm in jeder Nacht ihren Verdienst ablieferten mußten. Er selbst bezogene sich häufig als „Menschelbesitzer“, da er mehrere Bräute „laufen“ ließ. Mit dem erlangten Schandlohn spielte der gefährliche Mensch den noblen Kavaller. Nebenbei betätigte er sich auch als ein sehr gefährlicher „Kinderfreund“, indem er sich an mehreren Schulmädchen in der schwersten Weise verging.

Das Gericht legte ihm für seine vielfachen Schandtaten eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und neun Monaten auf.

Kaum hatte der Vorsitzende das Urteil verkündet, als der Angeklagte veruchte, mit einem mächtigen Sage über die Schranken der Anklagebank hinweg auf das Gericht loszuführen. Zwischen den Gerichtsdienern Krieger und Martini und dem wie wahnwinnig um sich schlagenden Verbrecher kam es zu einem furchtbaren Handgemenge, bei welchem den Beamten die Uniform in Stücke gerissen wurde und sie auch mehrere blutende Verletzungen davontrugen. Der Lobende wurde schließlich überwältigt und, nachdem man ihn gefesselt hatte, in das Gefängnis zurücktransportiert.

## Aus aller Welt.

### Anwetter im Reiche.

Die abnorme Temperatur hat in verschiedenen Teilen des Reiches zu schweren Gewitterbildungen geführt. Vor allem im Rheinlande haben wolkendurchdringende Gewitterregen, verbunden mit Wirbelstürmen, schweren Schaden verursacht, und zu umfangreichen Verkehrsstörungen geführt. Ueber das Anwetter liegen folgende Meldungen vor:

Koblenz, 5. Juni. Ein Wolkbruch, der gestern Abend zwischen Koblenz und Rhens niederging, hat die zwischen diesen beiden Orten gelegenen Waldtäler vollständig verwüstet. Die Bahngleise und die Landstraße sind zwei Meter hoch mit Geröll bedeckt. Pioniere und Infanterie sind mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Abends um 11 Uhr konnte der erste Zug wieder von Koblenz über Niederlahnstein nach Frankfurt und auf der Strecke Koblenz-Trier abgefahren werden, dagegen kann der Betrieb auf der Strecke Koblenz-Boppard vor morgen nicht eröffnet werden, und auch die Strecke Koblenz-Bayern ist noch nicht betriebsfrei.

In Rhens mußten gestern mehrere Leute durch die Feuerwehrt aus den obersten Stockwerken der Häuser gerettet werden. Viel Vieh ist ertrunken. Ob auch Menschenleben vernichtet worden sind, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Auf der Königsbacher Brauerei stehen Flaschenbierwagen bis zur Decke in den Erdmassen. Bei dem Orte Kärlich wurde heute morgen ein 70jähriger Mann tot aufgefunden, der anscheinend ertrunken und durch die Wassermassen auf Feld geschwemmt worden ist.

Entingen, 5. Juni. Gestern nachmittag suchte ein stürmischer Gewittersturm den Schwarzwald und sein Vorland heim. Auf dem hiesigen Bahnhof fand sämtliche Dächer ab-

gedeckt. Vier umgestürzte Leere Personenzüge fielen eine 24 Meter hohe Böschung hinunter. Von einem Güterzuge auf der Strecke Entingen-Engingen wurden fünf Wagen vom Sturm aus dem Gleise gehoben und über den Bahndamm geschleudert. Auch auf der Redorbahn hat der Sturm übel gehaust. Am schlimmsten auf dem Bahnhof in Wahlen, wo gleichfalls alle 5 dem Erdboden gleichgemacht wurde. Außerdem fiel überall schwerer Hagel nieder, der namentlich das Dorf Entingen heimsuchte. Verletzungen von Personen werden von verschiedenen Seiten gemeldet. Bisher bestand sich ein schwerer Fall darunter.

Gießen, 5. Juni. Die gestern hier niedergegangenen schweren Gewitter mit Wirbelsturm haben großen Schaden angerichtet, namentlich auf dem zur Regimentshundertjahrfeier errichteten Festplatz. Die Eingangshalle zur Festhalle, eine große Wirtschaftshalle und viele Schaubuden gingen in Trümmer. Militär ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. — Im Pfaffenwalde sind viel Bäume gelichtet, auch sonst sind zahlreiche Bäume entwurzelt worden.

Bremerhaven, 5. Juni. Gegen 8 Uhr früh ging hier ein heftiges Gewitter verbunden mit einem wolkendurchdringenden Regen nieder. Die Strohen standen etwa einen bis zwei Meter unter Wasser. Ueber 200 Häuser sind überflutet und abgebrochen. Verschiedene Warenhäuser in der Bürgermeister-Smidt-Straße sind durch Ueberflutung heimgesucht worden und haben schweren Schaden erlitten. Der Gesamtschaden wird auf ungefähr 100 000 M. geschätzt.

### Schweres Grubenunglück.

Durch einen Seilbruch hat sich am Mittwoch auf dem Schacht Jakob I der Gute Hoffnungshütte bei Oberhausen ein schweres Unglück zugezogen. Aus bisher nicht festgestellter Ursache riß das Seil eines Förderfahrs, der Rüssel fauste in die Tiefe und verletzten vier Mann schwer und einen Mann leichter. Einer der Schwerverletzten ist seinen Verletzungen bereits erlegen.

### Galante Jugend.

Daß die nationale Jungdeutschlandbewegung die Jungen nicht, wie vielfach behauptet wird, zu rauen Kriegshelden erzieht, geht aus einer Nummer der „Deutschen Jugendwehr“ hervor, die der Bund der Deutschen Jugendwehren in diesen Tagen an die Jünglingsvereine versendet, um in deren Reihen für seine Ziele und für seine Zeitschrift zu werden. In dieser Nummer findet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Wie unterhalte ich mich in Gesellschaft?“ Darin heißt es:

Hat man eine Dame zu unterhalten, so unterlasse man ja nicht hier und da eine kleine Lebenswürdigkeit über ihre Aeußeres auszusprechen, das haben die Frauen alle gern, wenn man es geschickt zu sagen weiß. Eine Dame wird selbst, falls man sie aus Versehen auf den Fuß getreten hat, nicht allzu böse sein, wenn man sich aus der unangenehmen Lage zu ziehen verucht durch eine Entschuldigung, wie etwa: „Frau! Ich habe aber auch einen so kleinen, niedlichen Fuß, daß ich ihn gar nicht zu sehen vermochte.“

Die nationale Jugendbewegung will eben die Jugend ganz erfaßen und ihr auch den Ertrag für einen Tanz- und Anstandstaus bieten.

### Menschenfresser.

Der Oberichter der Goldküste, Sir Brandford Griffith, ist soeben in Plymouth eingetroffen, nachdem er in Sierra Leone die Gerichtsverhandlung gegen eine geheime Gesellschaft geleitet hatte, die furchtbaren Schrecken unter den Bewohnern hervorgerufen. Diese „Leoparden-Gesellschaft“ bestand unter dem Stamm der Mendes; Menschenopferung und Menschenfresserei bildeten den Hauptzweck der fanatischen Sekte. Männer und Frauen und Kinder verschwanden auf geheimnisvolle Weise und die „Menschen-Leoparden“ hausten so furchtbar, daß das allgemeine Entsetzen immer mehr zunahm. Die Regierung beauftragte daher den Oberichter, die mächtige Gesellschaft und ihre furchtbaren Gebräude auszurotten, und der Erfolg seiner Untersuchung war, daß zunächst 100 Leute verhaftet und unter Anklage gestellt wurden. 40 wurden dann laut Richterspruch gehängt und eine große Zahl der übrigen inf deportiert worden. Man hofft so, diesem graufigen Treiben endgültig ein Ende gemacht zu haben. Die entsetzlichen Einzelheiten, die bei der Verhandlung ans Licht kamen, werden in einem offiziellen Bericht bekannt gemacht werden.

### Kleine Notizen.

Ward und Selbstmord. Die 26 Jahre alte Gerberbesitzerin Frieda Dorn, die sich seit einigen Monaten von ihrem Mann getrennt in dem bayerischen Grenzort Roggenau aufhielt, ist von dem 44jährigen Hiegelarbeiter Heinrich Schwabinger, ihrem Liebhaber, aus Eifersucht durch Stiche in die Brust und Zertrümmerung der Schädeldecke ermordet worden; der Täter hat sich erhängt.

Schwerer Bootsunfall. Auf der infolge der starken Regenfälle Hochwasser führenden Werra fenterie am Donnerstag früh ein Kahn, in dem sich der Gesimrt Hoppe aus der Ziegelei, einem Ausflugsort bei Hann.-Münden, und der Arbeiter Schelp aus Lohbach befanden. Beide sind ertrunken.

Zum Zwischenfall in Epsom. Frau Davison, die bei dem Rennen in Epsom gelegentlich ihres Angriffs auf ein Rennpferd des Königs verunglückte, ist nicht getötet worden, wie unsere geistige Meldung irrthümlicherweise sagte, sondern nur schwer verletzt. Sie hat gestern Vormittag das Bewußtsein wiedererlangt. Der bei derselben Gelegenheit zu Schaden gekommene Jockeys Jones ist so weit wiederhergestellt, daß er heute nachmittag nach Newmarket abfahren kann.

Wardversuch eines Gendarmereivachmeisters. In Reitloig drang der Gendarmereivachmeister Reim in die Wohnung einer Rentiere ein und versuchte, die Frau zu ermorden, verlor sie jedoch nur leicht. Er flüchtete darauf und erschoss sich selbst.

Zum Grubenunglück bei Oberroßbach. Die Leichen der beiden in der Grube von Oberroßbach verunglückten Bergleute sind gestern vormittag geborgen worden. Die Grube wurde geschlossen. Es ist ungewiss, daß die Grube infolge des anfangs Februar eingedrungenen Wassers sich entwickelt haben.

Tödlicher Fliegerunfall. Als der Flieger Bernard und seine Passagierin, Fräulein Amice, mit einem Doppeldecker bei Buc in der Nähe von Versailles niederzusteigen wollten, überstürzte sich das Flugzeug und zerbrach auf dem Erdboden. Bernard und Fräulein Amice wurden getötet.

Großfeuer in einer Kaserne. Ein heftiges Feuer kam Donnerstag früh im Hauptquartier der Territorialarmee in Liverpool zum Ausbruch und zerstörte das Dachgeschloß vollständig. Man glaubt, daß das Feuer von Anhängern eines Frauenstimmrechts angelegt worden ist.

Schwerer Straßenbahnunfall. Gestern Abend fand in Breslau in der Gartenstraße gegenüber dem Hauptbahnhof zwei Straßenbahnwagen zusammengestoßen. Dabei wurden zehn Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Die Wagen sind sehr schwer beschädigt worden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ in Jochen das 36. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die politische Situation in Frankreich. Von Albert Thomas (Paris). — Zehn und Steuern. Von Gustav Adolph. — Chinas Erdölfrage. Von Dr. Rothstein (London). — Die Karlsruher Zeitung im Baugewerbe. Von Dr. Müller. — Zur Rohstoffversorgung der Baumwollindustrie. Von Dr. Müller.



# Topflörin

mit Brut vermischt radikal Rademachers Goldgeist, ges. gesch. Nr. 75 196. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befördert Haarwuchs, verhärt, Zuzug von Parasiten. - Wichtig für Schulkinder. Tausende v. Anerkennungen. Pl. a 020 u. 100 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen!

## Goldgeist!

### Der gesündeste Kakao

ist derjenige, der nicht die stopfende Eigenschaft gewöhnlichen Kakao besitzt, möglichst theobrominarm ist und durch seine Zusammensetzung mehr als nur Kakao, nämlich auch direkte Blut- und Nerven-elemente liefert,

Dr. med. Rud. Weil's

### Nährsalz-Bananen-Kakao

ist in diesem Sinne eine Spezialität meiner Firma und mit minderwertiger Marktware nicht zu vergleichen. Derselbe ist ein physiologisches Lebensgetränk von besonderer Güte nach Nährwert, Bekömmlichkeit u. Geschmack, das Beste für Erwachsene, das Gesündeste für Kinder.

1/2-Pfd.-Paket 50 Pf., 1/2-Pfd.-Paket 1.00 M., 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9.00 M.

Zu haben in den Verkaufsstellen der **Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend**, in den Niederlagen der Kaffeerösterei „Mocca“, in Apotheken, Drogerien und vom alleinigen Fabrikanten: **D. MADER, Berlin S, Prinzenstr. 86.**

Verlangen Sie aber ausdrücklich Dr. Rud. Weil's. Wo in der Nähe nicht zu haben, liefern direkt an Verbraucher, in Groß-Berlin frei Haus, nach auswärts 6 Pakete 6 M. franko.

## Warnung!

Wieder sind ganz minderwertige Nachahmungen meines „Kapitän-Kautabak“, ähnlich verpackt, angeboten worden; man lasse sich nicht täuschen. - Jedes Stück des „Kapitän-Tabak“ muß verpackt „Kapitän-Kautabak“ und mit Aufdruck „Kapitän-Kautabak, gesch.“ versehen sein. Nur durch seinen hochfeinen Geschmack ist der „Kapitän-Tabak“ so allgemein beliebt.

Niederlagen (Priemdosfen daselbst gratis) gibt gern an: **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.**



## Engelhardt Special Hell

Flasche 10 Pf. Überall käuflich!

## Ein Qualitätsbräu

### Steuerfreie viereinhalbprozentige Prioritäts-Anleihe von 1913 der Wladikawkas Eisenbahn-Gesellschaft mit absoluter Garantie der Kaiserlich Russischen Regierung.

Auf Grund des im Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preussischen Staatsanzeiger veröffentlichten Prospektes sind **Mk. 38,580,500.—** 4 1/2 % steuerfreie, von der Russischen Regierung garantierte Prioritäts-Anleihe der Wladikawkas Eisenbahn-Gesellschaft vom Jahre 1913 — Rückzahlung auf Grund von Gesamtkündigung oder verlinkter Verlosung bis zum 1. Februar 1923 n. St. ausgeschlossen — zum Handel und zur Notierung an der hiesigen Börse zugelassen worden. Die Notierung an der Börse in Frankfurt a. M. wird beantragt werden.

Die Subskription findet statt **Dienstag, den 10. Juni 1913** in Berlin bei dem Bankhause **Mendelssohn & Co., S. Bleichröder,** der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berliner Handels-Gesellschaft,** in Frankfurt a. M. **Direction der Disconto-Gesellschaft,** sowie in Amsterdam bei dem Bankhause **Hope & Co., Lippmann, Rosen, Thal & Co.** welche diese Häuser veröffentlichen werden während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden, und zwar in Berlin und Frankfurt a. M. zu nachfolgenden Bedingungen:

Berlin, im Juni 1913. Mendelssohn & Co. S. Bleichröder. Direction der Disconto-Gesellschaft. Berliner Handels-Gesellschaft.

- Der Subskriptionspreis beträgt **92,75 %**, vom Nominalbetrage in Mark, zuzüglich 4 1/2 % Stückzinsen vom 1. Februar 1913 bis zum Tage der Abnahme. Den Stempel der Zuteilungsschlußnote trägt der Zeichner zur Hälfte.
- Die Subskription erfolgt auf Grund des zu diesem Prospekt gehörigen Anmeldeformulars, welches von den vorgenannten Stellen bezogen werden kann. Jeder Subskriptionsstelle ist die Befugnis vorbehalten, die Subskription auch schon vor Ablauf der festgesetzten Frist zu schließen und nach ihrem Ermessen den Betrag jeder einzelnen Zuteilung zu bestimmen. Die Zuteilung erfolgt sobald wie möglich nach Schluß der Subskription.
- Bei der Subskription ist eine Kautions von 5% des gezeichneten Nominalbetrages in bar oder in solchen Effekten zu hinterlegen, die die Subskriptionsstelle als zulässig erachtet wird.
- Die Abnahme der zuteilten Beträge kann gegen Zahlung des Preises vom 10. Juni d. J. an geschehen; sie muß spätestens am 19. Juli d. J. erfolgen. Zugeleitete Beträge bis 5000 Mark sind am 19. Juni d. J. abzunehmen. Bei vollständiger Abnahme wird die hinterlegte Kautions verrechnet oder zurückgegeben. Anmeldungen auf bestimmte Abschnitte können nur soweit berücksichtigt werden, als dies nach dem Ermessen der Subskriptionsstelle mit den Interessen der anderen Zeichner verträglich ist.
- An den deutschen Plätzen können nur die von den Berliner Häusern ausgestellten Interimsscheine in Original-Obliigationen umgetauscht werden.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik** kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung. **H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35** kein Laden Tel.: A. III, 5157

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35 Bevor Sie Ihre diesjährige Dampferpartie unternehmen, besichtigen Sie erst **Voigts Krampenburg** und Sie werden finden, daß es der schönste und passendste Ausflugsort ist. **R. Voigt, Post Schmöckwitz, Fernsprecher: Köpenick 227.**

**Schmöckwitz, Wald-Idyll** hält sich den wertigen Vereinen, Gesellschaften und Schulen bei Ausflügen bestens empfohlen. Tel.: Zenthen 31. Inh.: **Ernst Noack.**

Ziehung bereits 18. Juni 1913.

**Lose Westfälische Automobil- u. Pferde-Lotterie**

50 Pfg. **50000** 1. Hauptgewinn: 1 Automobil w. Mk. **10000** 2. Hauptgewinn: 1 Zweifachler w. Mk. **5000**

General-Debit **Gust. Pfordte** Essen-Ruhr and alle durch Plakate kennl. Verkaufsstellen.

**TERRACINA**  
Genossenschaft zur Ausführung von Edelputzfassaden  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Bilanz vom 31. Dezember 1912.

Aktiva	Passiva
Ein Projektionskonto . . . . . 204,80	Ver Willkürberufungen . . . 450,00
Gewinnkonto . . . . . 2542,35	Darlehenskonto . . . . . 5375,00
nach 15 Proz. Abschreib. . . . .	Rotlaufkonto . . . . . 20,00
Stationenunterlegungs-konto . . . . . 1470,00	Roth zu zahlende Un-kosten . . . . . 252,50
Debitorenkonto . . . . . 3032,79	Schuldnerkonto . . . . . 232,20
Ressourcenkonto . . . . . 725,48	Gewinn . . . . . 1618,12
<b>Summa 7970,42</b>	<b>Summa 7970,42</b>

Wichtiges: Mitgliederbewegung.  
Am 18. August 1912 waren vorhanden . . . 9 Mitglieder  
und am 1. Januar 1913 . . . . . 9  
Ausgetreten . . . . . 1  
Eingetreten . . . . . 1  
Neu 9 Mitglieder  
Die Gesamtsumme betrug am 18. August 1912 . . . 450,00 Mk.  
und am 1. Januar 1913 . . . . . 450,00  
Dieselbe hat sich nicht verändert.  
Für den Vorstand: **Fritz Rockmann, Max Friedrich.**  
Für den Aufsichtsrat: **Gustav Birnbaum.**

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Petershagen** OR. v. M. 6.— an **Nieschalke & Nitsche** BERLIN, Neue Königstr. 15. Papr.-Amt: Königst. 6376.

**In Freien Stunden** Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

**Die Sommerhitze** ist gefährlich für die Säuglinge. Daher sollte jede Mutter lesen: **Das erste Lebensjahr** Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von **Dr. med. R. Silberstein.** (Heft 2 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.) — Preis 20 Pfennig. — Zu beziehen durch **Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69,** sowie durch alle Vorwärts-Ausgabe-stellen. 215/12\*

Jeder **Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann** der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vortheilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma **Kohnen & Jöring, Berlin 40. Arbeitskleidung - Berufskleidung.** Größtes Spezialgeschäft dieser Art. Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66. Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Für Wäsche und Hausputz unentbehrlich! **Henkel's Bleich-Soda** Seit 38 Jahren im Gebrauch und bestbewährt! Henkel & Co. Düsseldorf.

**Schuhhaus Neptun** Neu eröffnet! Einheits-Preis: Für Damen- u. Herren-Stiefel in schwarz, braun und Lackleder. **Berg-Stiefel und Promenaden-Schuhe.** Jedes Paar ohne Ausnahme **50** Jedes Paar **Jedes Paar ohne Ausnahme**

Oranien-Straße 29 — Ecke Adalbert-Straße (Hochbahn Kottbuser Tor) — Oranien-Straße 29

Filialen in den größten Städten Deutschlands.



# Heute Flugblattverbreitung in Groß-Berlin.

## Partei-Angelegenheiten.

**Die Kreisgeneralversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg** findet am Sonntag, den 8. Juni, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, statt.

### Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung und Beratung der Anträge.
4. Sonstige eingegangene Anträge.

Zur Teilnahme verpflichtet sind alle gewählten Delegierten. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ist auch den Mitgliedern der Zutritt zu den Verhandlungen gestattet. Der Vorstand.

### Niederbarnim.

Die Flugblattverbreitung findet für unseren Wahlkreis nicht heute, am 6. Juni, sondern am Freitag, den 13. Juni, statt. Der Kreisvorstand.

### Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

In allen örtlichen Wahlvereinen des Kreises, mit Ausnahme von Diensdorf, Halbe, Reischendorf, Krausnick, Langevahl, Marzgrafriede, Roggen, Neu-Zittau, Petersdorf, Rauhen und Spundorf, findet heute Freitag Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Zahlreiche Beteiligung aller Parteimitglieder ist dringend geboten. Der Zentralvorstand.

**Steglitz.** Heute Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus. — Am Mittwoch, den 11. Juni, finden wieder Abteilungsversammlungen statt, in denen ein Vortrag über „Fünfzig Jahre deutsche Sozialdemokratie“ gehalten wird.

**Treptow-Baumshulsenweg.** Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

**Reinickendorf-Ost.** Die für heute angelegte Flugblattverbreitung findet erst am Freitag, den 13. Juni, statt.

## Berliner Nachrichten.

### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern eine Reihe wichtiger Vorlagen zu erledigen.

Den **Bebauungsplan** für den der **Bebauung** vorbehaltenen Teil des **Aufmarschgeländes** am **Viktoriapark** empfahl der Ausschuss so zur Annahme, wie die **Magistratsvorlage** beantragte. Ein Antrag der **sozialdemokratischen Fraktion**, den zu bebauenden Teil noch weiter zu beschränken und noch **Plätze für Spiel und Sport** zu schaffen, war im Ausschuss abgelehnt worden. Er wurde gestern im Plenum wiederholt und von unserem Genossen **Leid** damit begründet, daß in dieser Gegend ein Mangel an geeigneten Spiel- und Sportplätzen besteht und vielleicht bald noch fühlbarer werden kann. Die bisher unbenutzte **geliebte Gasse** des benachbarten **Tempelhofer Feldes** darf, so führte unser Redner aus, nicht uneingeschränkt zu Spielen benutzt werden — zum Beispiel haben Lehrer über Zurückweisung von Schulklassen geklagt — und vielleicht wird auch sie in nicht zu ferner Zeit ein Opfer der **Spekulation** werden. Der Antrag wurde von **Stadtrat Berndt** hauptsächlich wegen der **Kosten** bekämpft und dann von der **freisinnigen Mehrheit** abgelehnt. Der **Bebauungsplan** wurde angenommen.

Auch die **Magistratsvorlage** über die **bauliche Umgestaltung** des **Universitätsviertels** kam unverändert aus dem Ausschuss zurück. **Stadtverordneter Rommensen** als **Ausschussberichterstatter** meinte, die **Verquickung** mit dem **Kaiserjubiläum** noch einmal befallig unterstreichen zu sollen. Die **Idee** erinnert ungefähr an den **Einfall** jenes **Ehemannes**, der zum **Geburtsstag** seiner **Frau** sich selber eine **Kiste Zigarren** schenkte. **Genosse Heiman** fertigte **Herrn Rommensen** ab und erklärte im übrigen, die **sozialdemokratische Fraktion** erwarte nach den vom **Oberbürgermeister** im Ausschuss gemachten **Mitteilungen** ein **baldiges Zustandekommen** der **Untertunnelung** der „**Rinden**“ und die **endgültige Beseitigung** des **Entschädigungsanspruches** der **Universität**. Die **Magistratsvorlage** wurde angenommen.

Es folgte dann die **Beratung** des von der **sozialdemokratischen Fraktion** eingebrachten **Antrages** wegen **Verlegung** **jugendlicher Arbeiter** durch einen **Polizeibund**. **Genosse Rosenfeld** begründete ihn in **streng sachlichen Ausführungen**, zum **offensichtlichsten Verdruß** der **freisinnigen Mehrheit**. Sie antwortete mit **höhnendem Zuruf**, als er davon sprach, daß er beim **Anblick** der **Verlegungen** **entsetzt** gewesen sei. **Stadtverordneter Rommensen** empfahl einen von den **bürgerlichen Fraktionen** eingebrachten **Antrag** auf **Aussetzung** der **Beratung**. Daß er die **Nichtigkeit** der vom „**Vorwärts**“ gegebenen **Darstellung** des **Sachverhalts** anzweifelte und die **durch ärztliche Atteste** festgestellten **Verletzungen** als „**angeblich**“ bezeichnete, ist **echt Rommensenische Art**. Dem **Vorschlag**, zu **warten** bis zur **Erledigung** des **gerichtlichen Verfahrens**, das **nicht** gegen den **Schutzmann**, sondern **gegen ein paar Jugendliche** wegen **ganz harmloser Übertretungen** schwebt, stimmte auch die **sozialdemokratische Fraktion** zu.

Zu einer **Vorlage**, die auf **Steigerung** der **Leistungsfähigkeit** des **Wasserwerks Müggelsee** abzielt, sprach **Genosse Woldersky** den **Wunsch** möglichst **beschleunigung** aus.

Der **Magistratsantrag** auf **Kündigung** des **Vertrages** zwischen **Stadtgemeinde** und **Berliner Elektrizitätswerken** wurde — **debattelos** — **angenommen**. Der **Beschluß** bedeutet **zunächst** **weiter nichts** als **einen vorbereitenden Schritt** zu einer **Neuregelung** der **Elektrizitätsversorgung**.

Eine **Neuregelung** auch des **öffentlichen Uhrenwesens** steht **bevor**, doch **mußte** der **Vertrag** mit der **Gesellschaft „Normzeit“** noch auf **kurze Frist** verlängert werden.

**Genosse Leid** betonte, daß die **Abtätigung** einer **endlichen Uebernahme** auf die **Stadt** möglichst **bald** sich **verwirklichen** müsse. **Stadtrat Berndt** gab eine **beruhigende** **Antwort**.

Für **zwei neue Volksbadeanstalten** im **Osten** und im **Norden** sollen die **Grundstücke** erworben werden. **Genosse Zubeil** regte an, auch **mal** den **Stadtteil** **Gesundbrunn** zu **berücksichtigen**. Der **Zusammenhang** zwischen **Bade- und Turnplätzen** war ihm ein **Anlaß**, bei dieser **Gelegenheit** auf die **Notwendigkeit** einer **anderen Lösung** der **Turnhallenfrage** hinzuweisen, die der **Regierung** eine **weitere Drangsalierung** der **Arbeiterturnvereine** erschweren würde. Der **Magistrat** schied **schweigend** **dazu**.

**Zu der Ausbeutung des Glendes der Drehorgelspieler** wird uns noch geschrieben: Es gibt in Berlin etwa 15 bis 20 Drehorgelverleiher, die je 10 bis 30 Drehorgeln zum Verleihen auf Lager haben. Sie leben in der Mehrzahl nicht ausschließlich von dem Verleihen, sondern sind im Hauptberuf **Gastwirte** oder **Handwerker**, zum Teil auch **Angestellte** von **Drehorgelfabriken**, und **verschaffen** sich durch das **Verleihen** ziemlich **mühselos** einen **sehr erheblichen Nebenverdienst**. **Nachfrage** **armer Leute**, die sich **trotz** der **hohen Pacht** von **wöchentlich 4 M.** in ein **derartiges Abhängigkeitsverhältnis**, das eine **Schraube** ohne **Ende** ist, **geben** **wollen**, ist **immer** **vorhanden**, obwohl die **Drehorgelspieler** **Groß-Berlins** sich **einer unangenehmen Hege** seitens der **Polizeibehörden** zu **erfreuen** haben. **Seit** **langen Jahren** werden **Gewerbescheine** für **Drehorgelspieler** **fast gar nicht mehr** **ausgestellt**. Die **Polizei** will auf **diese Weise** einen **Druck** ausüben, um **durch fortgesetzte Strafmandate** das **Drehorgelspieler** **möglichst auszurotten**. Die **Polizei** hat sich aber **hier** **stärker gezeigt** als das **Bestreben** der **Polizei**. In einem **bestimmten Berliner Stadtteil** arbeiten etwa **30 Drehorgelspieler**, von denen **nur zwei** den **Gewerbeschein** haben. **Allen übrigen** ist er **verweigert** worden. Sie sind **daher** als **so genannte „wilde“** **Spieler** **ewig** auf der **Flucht** vor der **Polizei**, werden **oft genug** durch **Schulleute** von den **Höfen** **gewiesen** und **„aufgeschrieben“**. In **manchen Vororten** nimmt ihnen die **Polizei** die **Orgel** **einfach** **fort**. **Zu der Nachtumme** **kommen** **dann** **noch** **die vielen Strafmandate**. **Sonntags** ist es **am schlimmsten**, weil **dann** **erst** **von 8 Uhr nachmittags** **an** **gepielt** **werden** **darf**. Die **beste Verdienstzeit** fällt **aber** **in die** **Mittagsstunden**, und **gerade** **in dieser Zeit** **wird** **auf** **die Drehorgelspieler** **polizeilicherseits** **förmlich Jagd** **gemacht**. Der **polizeiliche Einwand**, daß **sich** **unter** **den Spielern** **viele unlautere Elemente** **finden**, die **sehr wohl** **andere Arbeit** **leisten** **könnten**, ist **unhaltbar**. **Vielleicht** **hat** **das** **vor** **langen Jahren** **mal** **eine Zeilung** **zutreffend**. **Heute** **bestehen** **die Leiermänner** **fast** **ausnahmslos** **aus** **sehr** **bedürftigen**, **häufig** **verkrüppelten** **Leuten**, **denen** **nur** **diese Arbeitsleistung**, **um** **nicht** **zu** **verhungern**, **übrig** **bleibt**. **Man** **steht** **ja** **unter** **ihnen** **als** **leuchtendes** **Beispiel** **für** **die** **Dankbarkeit** **des** **Vaterlandes** **auch** **Veteranen**, **die** **auf** **Stelzbeinen** **humpeln** **und** **mit** **Kriegsdenkmätern** **decoriert** **sind**. **Für** **die** **Proteste** **der „organisierten“** **Drehorgelspieler** **gegen** **die** **Ausbeutung** **der** **Verleiher** **haben** **sich** **die** **letzteren** **bereits** **gerächt**. **Sie** **verleihen** **jetzt** **an** **alle** **Leiermänner**, **die** **sich** **zu** **einem** **Verein** **zusammengeschlossen** **haben**, **keine** **Orgeln** **mehr**. **Besser** **konnten**, **diese** **Menschenfreunde** **sich** **selbst** **gar** **nicht** **kennzeichnen**.

Diesem **Treiben** **würde** **die** **Armenverwaltung**, **wenn** **sie** **ernstlich** **wollte**, **einen** **kräftigen** **Riegel** **vorschleiben**. **Sie** **brauchte** **nur** **eine** **Anzahl** **guter** **Drehorgeln** **anzukaufen** **und** **diese** **ohne** **weiteres** **geeigneten** **Personen** **überlassen** **oder** **dieselben** **in** **eigener** **Regie** **verleihen** **mit** **der** **Wahrgabe**, **daß** **die** **Orgel** **nach** **Abzahlung** **der** **Kaufsumme** **Eigentum** **des** **Leiermannes** **wird**. **Dann** **würden** **die** **gewerbmäßigen** **Verleiher** **in** **ihrem** **Ausbeutungssystem** **lahmgelegt**, **und** **vielen** **Bedürftigen** **ist** **geholfen**.

### Der Mörder Weissenborn als christlicher Jugendagitor.

**Friedrich Weissenborn** war **nicht** **nur** **eine** **Reihe** **der** **antifemistischen** **Bewegung**, er **trat** **auch** **zeitweise** **als** **ein** **christlicher** **Jugendzieher** **öffentlich** **hervor**. **Im** **Jahre** **1905** **veranstalteten** **die** **Christlichen**, **voran** **der** **selige** **Stöcker** **mit** **seinem** **Schwiegersohn** **Mumm**, **eine** **Wilde** **Hege** **gegen** **die** **im** **Oktober** **1904** **begründete** **freie** **Jugendorganisation** **in** **Berlin**. **Weissenborn**, **der** **seits** **einen** **feinen** **Spiritus** **für** **reichlich** **fließende** **Einnahmequellen** **besaß**, **wußte** **das** **öffentliche** **Interesse** **für** **die** **Jugendbewegung** **für** **sich** **auszunutzen**. **Unter** **der** **Marke** **„Deutschnationaler Agitationsverband“** **veranstaltete** **er** **in** **Gemeinschaft** **mit** **dem** **Antifemitenjüngling** **Franz** **Vorwicz** **Protestversammlungen** **gegen** **die** **„sozialdemokratischen Jugendverheber“**. **Die** **erste** **Versammlung**  **fand** **am** **8. Oktober** **1905** **in** **den** **„Handwerkerläden“**, **Sophienstraße**, **statt**. **Sie** **war** **besucht** **von** **20** **deutschnationalen** **Jünglingen** **und** **zirka** **500** **Mitgliedern** **der** **freien** **Jugendorganisation**. **Weissenborn** **kam** **es** **natürlich** **nicht** **auf** **eine** **sachliche** **Auseinandersetzung** **mit** **seinen** **Gegnern**, **sondern** **lediglich** **auf** **den** **finanziellen** **Erfolg** **der** **Versammlung** **an**. **Wer** **nicht** **das** **vorgeschriebene** **Eintrittsgeld** **von** **20** **M.** **bezahlen** **wollte** **oder** **konnte**, **erhielt** **keinen** **Einlaß**. **Weissenborn** **verstand** **sein** **Wesentlich** **ausgezeichnet**. **Er** **sond** **nicht** **nur** **recht** **senationelle** **Themata** **für** **seine** **albernen** **Vorträge**, er **wußte** **es** **auch** **meist** **so** **einzurichten**, **daß** **die** **Versammlungen** **keinen** **rechten** **Abbruch** **finden**, **um** **für** **eine** **neue** **Versammlung** **das** **Interesse** **wachzurufen**. **In** **den** **Versammlungen**, **die** **er** **in** **Arbeiter-gegenständen** **abhielt**, **nannte** **er** **sich** **„Arbeiter“**. **Sprach** **er** **in** **einer** **„besseren** **Gegend“**, **war** **er** **„Schriftsteller“**. **Das** **Motiv** **des** **Weissenborn** **war** **durchsichtig** **genug**, **um** **es** **halb** **als** **eine** **öffentliche** **Gefahr** **zu** **erkennen**. **In** **einer** **großen** **Versammlung** **in** **den** **„Germanialäden“** **am** **18. Dezember** **hielten** **die** **Anhänger** **der** **freien** **Jugendorganisation** **eine** **gründliche** **Abrechnung** **mit** **dem** **antifemistischen** **Banner**. **Charakteristisch** **ist**, **daß** **die** **Polizei** **in** **ungeheurer** **großer** **Zahl** **Beamte** **zu** **Fuß** **und** **zu** **Pferde** **zum** **Schutz** **Weissenborns** **und** **seiner** **Helfer** **aufgeboten** **hatte**. **Der** **Erfolg** **dieser** **Versammlung** **war**, **daß** **Weissenborn** **die** **Belämpfung** **der** **freien** **Jugendorganisation** **durch** **Veranstaltung** **von** **Versammlungen** **einstellte**. **In** **der** **Agitation** **des** **Grafen** **Bücker**  **fand** **er** **eine** **neue** **Einnahmequelle**.

**Weissenborns** **Klient**, **der** **damals** **etwa** **neunzehnjährige** **Franz** **Vorwicz**, **der** **über** **die** **Versammlungen** **des** **Weissenborn** **fulminante** **Verichte** **für** **die** **„Staatsbürger-Zeitung“** **lieferte**, **hat** **inzwischen** **das** **ehrbare** **Handwerk** **eines** **Postkartenhändlers** **ergriffen**. **In** **einer** **sozialdemokratischen** **Versammlung** **in** **der** **„Neuen** **Welt“** **hörten** **wir** **ihn** **Postkarten** **mit** **dem** **Bildnis** **des** **„Genossen** **Bebel“** **aprezieren**.

### Weim Spielen ertrunken

ist **der** **6 Jahre** **alte** **Sohn** **Fritz** **des** **Sacharbeiters** **Radloff** **aus** **der** **Sellerstraße** **15**. **Die** **aus** **den** **Eltern** **und** **acht** **Kindern** **bestehende**

**Familie** **wohnt** **dort** **im** **ersten** **Stoß** **des** **Quergebäudes**. **Der** **kleine** **Fritz** **ging** **Dienstagabend** **um** **8 Uhr** **noch** **entgegen** **dem** **Verbot** **der** **Mutter** **nach** **dem** **Hof** **hinter**, **um** **zu** **spielen**. **Von** **dort** **begab** **er** **sich** **dann** **auf** **die** **Straße** **und** **später** **wurde** **er** **noch** **an** **der** **Sellerbrücke** **am** **Nordhafen** **gelesen**. **Vergeßlich** **warteten** **die** **Eltern** **eine** **Zeit** **lang** **auf** **seine** **Rückkehr**, **dann** **suchten** **sie** **ihn** **überall**, **aber** **umsonst**. **Niemand** **konnte** **ihnen** **sagen**, **wo** **er** **geblieben** **war**. **Mittwoch** **abend**  **fand** **ein** **Schiffer** **ihn** **als** **Leiche** **im** **Nordhafen** **wieder**. **Der** **Knabe** **ist** **ohne** **Zweifel** **beim** **Spielen** **von** **der** **Böschung** **ins** **Wasser** **gefallen**.

### Sittlichkeitsexamen für Brautpaare.

**Wenn** **Brautleute** **ihre** **Eheschließung** **von** **einem** **Pastor** **segnen** **lassen** **wollen**, **können** **sie** **sich** **auf** **allerlei** **gefaßt** **machen**. **Die** **Kirche** **nimmt** **ein** **nach** **ihren** **Segnungen** **verlangendes** **Brautpaar** **nicht** **unbeforscht** **hin**, **sondern** **sucht** **zunächst** **mal** **Nähe** **darüber** **zu** **gewinnen**, **wie** **intim** **etwa** **die** **Beziehungen** **der** **beiden** **Heiratslustigen** **bereits** **geworden** **sind**. **Nach** **dem** **Ergebnis** **des** **Examens**, **das** **darüber** **angestellt** **wird**, **bestimmt** **sich** **das** **äußere** **Drum** **und** **Dran** **der** **zu** **gewährenden** **kirchlichen** **Trauung**. **Wie** **streng** **manche** **Pastoren** **darauf** **halten**, **daß** **keine** **„Unwürdige“** **den** **Jungfernkranz** **tragen** **darf**, **ist** **ja** **bekannt**.

**Einem** **Brautpaar**, **das** **in** **einer** **Berliner** **Kirchengemeinde** **wohnt** **und** **dort** **die** **kirchliche** **Trauung** **begehrt**, **wäre** **durch** **so** **ein** **Examen** **beinahe** **die** **ganze** **Sache** **verleitet** **worden**. **Um** **die** **Trauung** **zu** **bestimmen**, **ging** **die** **Braut** **in** **der** **vorgeschriebenen** **Sprechstunde** **zur** **Küsterin**. **Hier** **traf** **sie** **nicht** **den** **Küster** **an**, **sondern** **nur** **seine** **Gattin**, **die** **nach** **der** **Vestellung** **entgegennahm** **und** **die** **Personalien** **notierte**. **Als** **die** **Küsterin** **aus** **den** **Wohnungsangaben** **erfaßte**, **daß** **Braut** **und** **Brautigam** **in** **demselben** **Hause** **wohnen**, **fragte** **sie**: **„Wohnen** **Sie** **zusammen?“** **Die** **Braut** **erwiderte**: **„Nein**, **ich** **wohne** **bei** **meinen** **Eltern**, **und** **mein** **Brautigam** **hat** **in** **demselben** **Hause** **eine** **andere** **Wohnung.“** **„Wollen** **Sie** **sich** **da** **als** **Jungfrau** **aufbieten** **lassen?“** **fragte** **jetzt** **die** **Küsterin**. **Die** **Braut** **empfang** **diese** **Frage** **als** **ungehörig**. **Sie** **antwortete** **aber** **mit** **bloßem** **„ja“**, **ohne** **merken** **zu** **lassen**, **wie** **sie** **über** **dieses** **Findringen** **in** **eine** **allerpersönlichste** **Angelegenheit** **dachte**. **Erst** **ihre** **Brautigam**, **dem** **sie** **später** **darüber** **berichtete**, **hielt** **für** **nötig**, **der** **Kirche** **seine** **Meinung** **zu** **sagen**. **Er** **reichte** **eine** **Beschwerde** **an** **den** **Gemeindefürsorge** **ein** **und** **faßte** **in** **seiner** **Entrüstung** **den** **Entschluß**, **ganz** **auf** **die** **kirchliche** **Trauung** **zu** **verzichten**. **Die** **Beschwerde** **hatte** **die** **Wirkung**, **daß** **der** **Küster** **selber** **ihn** **in** **die** **Wohnung** **gelaufen** **kam** **und** **ihn** **bat**, **sich** **zu** **einer** **Rückfrage** **nach** **der** **Küsterin** **zu** **bemühen**. **Hier** **suchte** **die** **Küsterin** **den** **Brautigam** **zu** **beschwichtigen**, **der** **Küster** **aber** **legte** **ihm** **eine** **Verfügung** **vor**, **durch** **die** **er** — **wohl** **gemerkt**: **er**, **der** **Küster**, **nicht** **seine** **Frau** — **angewiesen** **sei**, **derartige** **Fragen** **an** **ein** **Brautpaar** **zu** **richten**. **Das** **Befristigte** **den** **Brautigam** **so** **weit**, **daß** **er** — **seine** **Beschwerde** **zurückzog**. **Er** **schrieb** **dem** **Gemeindefürsorge**, **durch** **Kenntnisnahme** **der** **Verfügung** **habe** **er** **sich** **überzeugt**, **daß** **jene** **an** **seine** **Frage** **gerichtete** **Frage** **der** **Vorschrift** **entspreche**. **Das** **Brautpaar** **ist** **jetzt** **nach** **wie** **vor** **sogar** **bereit**, **den** **Segen** **der**



Einam gestorben ist die 68 Jahre alte Altmutter... Henriette Romack, die in der Gabelsbergerstr. 6 seit zwei Jahren für sich allein eine kleine Stube bewohnte. Sie hatte schon länger an Atemnot gelitten.

Eine schreckliche Ueberraschung wurde Mittwochabend dem Bäckermeister Richard S. aus der Posener Straße zuteil. Als er um 6 Uhr nach Hause kam, fand er seinen Einlaß...

Beim Sammeln von Kohlenabfällen vom Tage überrascht wurde gestern auf dem Schlesischen Güterbahnhof eine Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Bahnarbeiter fanden sie auf einem Gleise tot unter einem Wagen liegend.

Ermöglichte Preise auf der Strecke Spandau bis Bahnhof Wölfe über letzter Bahnstrecke sind jetzt eingeführt worden. Der Fahrpreis für die 3. Klasse ist von 30 auf 20 Pf. herabgesetzt worden.

Die Feuerwehr auf der Affenjagd. Die Berliner Feuerwehrt, von der man scherzweise sagt, daß sie das "Mädchen für alles" sei, befindet sich gestern nachmittag im Westen Berlins auf der Affenjagd.

Die Jahresgeneralversammlung des Berliner Sellschers fand am Montag, den 2. Juni, statt. Die Verhandlungen ergaben einen erfreulichen Fortschritt dieser Arbeiterorganisation auf allen Gebieten. Der Chor hat jetzt völlig das Stadium der Isolierung überwinden.

Vorort-Nachrichten.

Kentköttn.

Eine unordentliche Buchführung scheint jetzt wieder in einigen Kirchengemeinden Kentköttns zu herrschen. Nicht nur eine erhebliche Anzahl Personen, die bereits 2-3 Jahre der Kirche den Rücken gekehrt haben, werden wieder zur Kirchensteuer veranlagt.

In der fortgesetzten Generalversammlung des Wahlvereins wurde bemängelt, daß der Vorstandbericht nicht gedruckt vorliegt. Namentlich Genosse Klöh vertrat die Auffassung, daß bei einer so vielseitigen und umfangreichen Arbeit wie sie dem Vorstand obliegt, es ohne gedruckten Bericht überaus schwer sei zu entscheiden.

Damit hänge aber zusammen, daß man den Lesenden der Genossinnen die größte Beachtung schenken müsse. Alles müsse getan werden, um auch die Frauenbewegung zu fördern. Bei der Frage der Form der Agitation wurde auch gewünscht, daß die lokale Verankerung etwas mehr gepflegt werden möge.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wiedemann, Krenzlin. Für den

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Scholz erfolgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Vorsitzende: Scholz und Felbig, Sekretär: Radtke, Schriftführer: Keller, Beisitzer:...

Spielpartien nach Treptow und dem Plänterwald veranstaltet der hiesige Wahlverein an jedem Sonntagvormittag und Mittwochnachmittag. Treffpunkt Sonntags vormittags 7 Uhr am Rathaus, Erststr., Mittwochs nachmittags 2 Uhr Widenbruchsstraße 26, Ecke Belferstraße.

Leichtsinziger Umgang mit Schusswaffen hat schon oft schmerzliche Anzeichen gezeigt. Mit um so größerem Recht beschweren sich die Anwohner und Kolonisten der Laubenkolonie "Verdenheim" über das Gebaren eines Gärtnereibesizers...

Vor den Augen der Mutter überfahren wurde gestern nachmittag gegen 4 Uhr in der Bergstraße das vierjährige Töchterchen Jemgard des Kaufmanns Richter aus der Donaustraße 24. Das Kind geriet unter einen Pferdeomnibus...

Schöneberg. Hypotheken-Verein. Der Magistrat hatte zum Mittwochabend eine Versammlung der Schöneberger Hausbesitzer nach dem Gesellschaftshaus des Besten einberufen. In der über das Projekt der Gründung des "Berlin-Schöneberger Hypotheken-Vereins" nähere Erläuterungen gegeben werden sollten.

Tempelhof. Mit dem üblichen Aufwand ist nunmehr der erste Teil des Parkgartens auf dem Tempelhofer Felde dem öffentlichen Verkehr übergeben worden. In reiklamatorische Weise war alles vorbereitet, damit die geladenen Herren die aus der Finde hervorragende "Gartenstadt" bewundern könnten.

Die evangelische Kirchengemeinde hat bereits zu dem Bau bei der Krummischen Ritterkassellischen Darlehnkassa eine Anleihe von 300 000 M. aufgenommen. An Fleischvergiftung gestorben. Die Frau des Arbeiters Ferdinand Hasenberg hatte am Mittwoch auf der Freibank ein Pfund Rindfleisch gekauft...

Sturz vom Gerüst. Beim Bau des hiesigen neuen großen Straßenbahnhofes ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unfall. Der 37-jährige Arbeiter Wilhelm H. wurde beim Anstrich der Außenwand beschliffen, als er infolge eines Schlittens vor den Augen seiner Arbeitskollegen aus einer Höhe von 12 Metern zu Boden stürzte.

Friedrichsfelde. Die zugehöytesten Patrioten. Wegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter wurde bekanntlich den sogenannten patriotischen Vereinen zu einer von ihnen veranstalteten Jahreshunderversammlung aus Gemeindemitteln eine Beihilfe gewährt.

Den von unseren Vertretern erhobenen Einwand, daß die Gemeinde ihre Arbeiter mit Hungerlöhnen abspise, die weil sie hätte Patrioten zur Verfertigung ihres Patriotismus unterstützt, erwähnt der Herr nicht. Er begnügt sich mit der Behauptung, daß die Besitzenden mehr Steuern zahlen wie die arbeitende Bevölkerung.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen. Köpenick. Heute Freitag, den 6. Juni, 6 Uhr, im Rathausaal. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuhören.

Spiel und Sport. Die sportliebende Arbeiterschaft Groß-Berlins wird am kommenden Sonntag sich in Weihenstephan zu einem Sportfest zusammenfinden. In derselben Zeit, da im Stadion im Brunnenwald bürgerliche angeblich Sport treibende Verbände ihr Rennen abhalten werden.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Wasserstand an verschiedenen Stationen zu bestimmten Zeiten.

Table with 2 columns: Station and Water Level (am/abt). Rows include Berlin, Potsdam, and other locations.

Brauerer Friedrichshain, Abmarsch pünktlich 11 1/2 Uhr. Abfahrts-Treffpunkt am Köpenicker, mittags 1 1/2 Uhr, Abfahrts-Treffpunkt.

Die Turnplätze des Turnvereins sind am Sonntag, den 8. Juni, sämtlich geschlossen.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Alle Abteilungen zum 1. Juni, Sportfest, ab 12 Uhr, Treffpunkt an den bekannten Stellen. Sammelstätt 1 1/2 Uhr, Krennauer Platz, Göttinger Straße.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Touren am Sonntag, den 8. Juni, früh 6 und 10 Uhr und mittags 12 Uhr nach Berlin (Kronow). Start: Mariannenplatz. Anfahrtsort: Gartenplatz. Gäste willkommen.

Arbeiter-Athletenbund (Kreis 4). Den Kollegen zur Kenntnis, daß der Treffpunkt zum Arbeiter-Sportfest am 8. Juni um 1 Uhr mittags sich Brauerer Friedrichshain befindet.

Die 11. Männer-Abteilung des Turnvereins „Fichte“ veranstaltet am 28. und 29. Juni eine Zweimalstagesfahrt durch den Oberbrennau. Abfahrt bis Wittenau.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Abfahrt am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Döberitz, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderversammlungen am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Potsdam, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Abfahrt am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Potsdam, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Abfahrt am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Potsdam, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Abfahrt am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Potsdam, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Abfahrt am Sonntag, den 8. Juni, 1. Abfahrt am Montag, 9. Juni, 6.00 Uhr, Potsdam, 2. Abfahrt am Dienstag, 10. Juni, 6.00 Uhr, Greifensee.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet unter Nr. 69, vorn vier Treppen - Parterre - wöchentlich von 14 bis 17 Uhr abends, Sonnabend, von 14 bis 6 Uhr abends statt.

Die Juristische Sprechstunde findet unter Nr. 69, vorn vier Treppen - Parterre - wöchentlich von 14 bis 17 Uhr abends, Sonnabend, von 14 bis 6 Uhr abends statt.

Witterungsbericht vom 5. Juni 1913.

Table with 4 columns: Station, Temperature (max/min), Wind direction, and other weather data.

Wetterprognose für Freitag, den 6. Juni 1913.

Etwas kühl, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern, mäßigen südwestlichen Winden und fortwährendem Gemitter.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 2 columns: Station and Water Level (am/abt). Rows include Berlin, Potsdam, and other locations.

\*) und bedeutet Hoch, -) Tal, -) Unterpegel.

Euchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 5. Juni 1913, nachmittags 5 Uhr. Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und widmet zunächst dem am 3. d. M. verstorbenen früheren Stadtv. Herbig einen ehrenden Nachruf, den die Versammlung lebend anhört.

Der Ausschuss für die Wahl von 9 unbeforderten Stadträten, deren Wahlzeit mit Ende dieses Jahres abläuft, ist gewählt und hat sich konstituiert; ihm gehören von der sozialdemokratischen Fraktion Bruns, Heumann, Pfannluch, Dr. Rosenfeld an.

Die Herren Simonohn und Löhring haben die Wahl zu befohlenen Stadträten angenommen.

Mit dem Bebauungsplan für das Aufmarschgelände, wie ihn der Magistrat vorgelegt hat, hat sich der eingesehene Ausschuss nach längerer Beratung einverstanden erklärt. Danach verbleibt es bei der Bebauung des südlichen Teils mit viergeschossigen Häusern; sowohl die Wünsche, die auf Zulassung fünfgeschossiger Mietkafeln gerichtet waren, als die in entgegen gesetzter Richtung auf völlige oder teilweise Freilassung des Geländes für Spiel- und Sportweide sind abgelehnt worden. Referent ist Stadtv. Staff (A. L.).

Stadtv. Leib (Soz.): Wir sind mit den Prinzipien des uns hier empfohlenen Bebauungsplanes durchaus einverstanden; wir hatten nur den Wunsch, daß in Zukunft in gleichen Fällen dieselben Prinzipien Anwendung finden, wenn es sich um Arbeiterviertel handelt. Im Laufe der Beratungen sind an uns zahlreiche Wünsche herangetreten, die darin gipfeln, daß nicht das gesamte Gelände bebaut, sondern ein Teil davon für Sportweide freigehalten wird. Das Bedürfnis dafür ist in jener Gegend ganz besonders groß. Gewiß sind zwei schöne Spielplätze in dem Plan vorgezogen, aber sie sind für Kinder bestimmt und eignen sich für sportliche Spiele nicht. Daß das vorhandene Bedürfnis sehr groß ist, lehrt ein Blick auf das Tempelhofer Feld am Sonntage. Das Tempelhofer Feld gehört aber nicht der Stadt, sondern dem Fiskus, und möglicherweise wird es später ebenso verkauft und bebaut, wie es mit der Westhälfte schon geschehen ist. Dann hätten wir überhaupt keinen Grund, um das sportliche Bedürfnis zu befriedigen, und keinerlei Gelegenheit mehr, ihn zu beschaffen. Tatsächlich sind auch schon Lehrer, die sich mit Schülern auf dem Tempelhofer Felde eingefunden haben, von dort fortgewiesen worden. Wir beantragen deshalb, nur den an der Dreibundstraße gelegenen Teil zu bebauen, den übrigen Teil des Geländes aber freizulassen, und wir empfehlen Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Stadtrat Berndt: Dieser Antrag ist bereits im Ausschuss gründlich erörtert und dort abgelehnt worden. Maßgebend für die Ablehnung war einmal die Erwägung, daß ein Teil der vielen für dieses Terrain aufgewendeten Millionen durch Bebauung eines beträchtlichen Teils wieder eingebracht werden müsse. Sportliche Spielplätze der gewünschten Art würden ferner nicht sowohl den Berliner Bürgern als den angrenzenden Tempelhofer und Neu-Tempelhofer Bewohnern Vorteile zuwenden, auf die sie doch gar kein Recht geltend machen können.

Stadtv. Liebmann (A. L.) tritt diesen Ausführungen bei. Der Bebauungsplan sehe zwei völlig genügende Spielplätze vor.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, die Vorlage nach dem Magistratsantrag angenommen.

Die Vorlage wegen Umgestaltung des Bauviertels hinter der Universität und Errichtung eines Gebäudes zum Abschluß des umgezogenen Hegelplatzes hat die Ausschussberatung bereits passiert. Einmütig hat der Ausschuss die Magistratsvorschläge genehmigt, wonach von den neuen Museumsbauten unter Ueberbrückung der Spree eine Straße in südwestlicher Richtung bis zu dem halbrunden Platz an der Dorotheenstraße geführt und an letzterem ein Rundbau zur Aufnahme des Reichsschulmuseums errichtet wird. Die vom Magistrat bezügliche Durchführung der Untertunnelung der Linden am Opernhause und bezüglich der Jurisdiktion der von der Universität gegen Berlin wegen des Kastanienwäldchens angezeigten Prozesse abgegebenen Erklärungen sind im Ausschuss von verschiedenen Seiten als ausreichend erachtet worden. Referent ist Stadtv. Kommen (Fr. Fr.). Dieser bemerkt zum Schluß, daß die Versammlung, wenn sie die Vorlage annehme, damit sich auch den Teil der Begründung zu eigen mache, der der Vorlage einen Subtilitätscharakter ausstrahlt. Allerdings sei darüber im Ausschuss überhaupt nichts gesagt, aber folglich auch dagegen keine Einwendung erhoben worden.

Stadtv. Heumann (Soz.): Ich habe mich zum Wort gemeldet, nur um mitzuteilen, daß meine Freunde den wesentlichen Inhalt der Vorlage billigen und dafür stimmen werden. Wie ich schon in der ersten Lesung erklärte, haben wir uns durch die Form, durch die die Vorlage als Jubiläumsvorlage bezeichnet wurde, nicht hindern lassen, weil die vorgesehene Anzeige an den König auf geschichtlicher Grundlage beruht. Im Ausschuss ist von dieser Frage mit keinem Wort gesprochen worden, und da der Referent nur über die Verhandlungen des Ausschusses zu berichten hat, hatte er nicht nur keinen Anlaß, sondern meiner Ansicht nach auch keine Berechtigung, aus Eigenem in dieser Beziehung etwas hinzuzufügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage war an sich noch so unferlig, daß wir bei der ersten Lesung unsere Zustimmung nicht ohne weiteres glauben zu können; sie gab uns vor allem nicht genügend Garantie für die Sicherung gewisser schon erwählter Projekte usw. Der Oberbürgermeister hat nun im Ausschuss erklärt, daß auch für den Magistrat die neuen Projekte in enger Verbindung stehen mit der Linden-Untertunnelung und mit der Beseitigung des Prozesses mit den Universitätsbehörden in einer für die Stadt günstigen Weise. Mit der Erklärung, die einschließt, daß entgegengefallenenfalls die Projekte nicht zur Ausführung kommen werden, sind wir im Ausschuss zufrieden gewesen. Wir wünschen daher den Verhandlungen mit den Behörden guten Fortgang, um insbesondere in der Gestaltung unseres städtischen Verkehrsweßens Fortschritte zu machen.

Stadtv. Jacobi (A. L.): Unsere Bedenken in bezug auf die Kosten und die schon erwähnten Vorbedingungen sind im Ausschuss zerstreut worden. Es ist festgelegt worden, daß die Untertunnelung der Linden und die Beseitigung des Unfallsprozesses integrierende Bestandteile des Projektes bilden. Unter diesen Umständen werden wir der Vorlage einmütig zustimmen.

Stadtv. Ledwith (A. L.) spricht in demselben Sinne.

Im Schlußwort wendet sich der Referent Kommen gegen die ihm von dem Kollegen Heumann erteilte Rüge; er glaubt mit der Erwähnung, daß gegen jenen Kasus der Begründung im Ausschuss kein Einwand erhoben sei, die Befugnisse des Referenten nicht überschritten zu haben.

Die Vorlage wird einstimmig gutgeheißen.

Von den Stadtv. Dr. Krons u. Gen. (Soz.) ist am 20. Mai der Antrag eingebracht worden, die Versammlung wolle beschließen:

„Die Versammlung nimmt mit Bedauern und Entrüstung davon Kenntnis, daß am 19. Mai jugendliche Arbeiter nach Verlassen des städtischen Spielplatzes in Friedrichshagen durch einen Polizeibeamten schwer verletzt worden sind, und protestiert gegen ein Verhalten der Polizei, durch welches die Besucher der städtischen Parkanlagen Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt sind.“

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Der Spielplatz im Friedrichshagen wird seit 1911 von der heranwachsenden Generation der Arbeiterschaft eifrig benutzt, dank dem Entgegenkommen der Parkdeputation. Die jungen Leute erholen sich dort von des Tages Arbeit und pflegen dann mit Gesang den Spielplatz zu verlassen.

So geschah es auch am 19. Mai. Die jungen Leute fangen das Scherfelle Lied „Der fahrende Schüler“: „Wohlauf, die Luft geht frisch und rein!“ Am Ausgang des Friedrichshagens wollten die Leute sich eben voneinander trennen, als ein Beamter der Schutzmannschaft mit einem Hund erschien. Ihm schien der Gesang nicht zu gefallen und das Auseinandergehen zu lange zu dauern; er soll kommandiert haben: „Ein bißchen schneller, sonst werde ich Euch auseinanderbringen!“ Da sprang der Hund auf einen der jungen Leute zu und biß ihn, so daß er laut aufschrie. Darauf wandte sich ein anderer an den Beamten und bat ihn höflich, ihm die Nummer mitzuteilen, um über ihn eine Bescheinigung zu erlangen. Die Antwort war: „Scheren Sie sich nach Hause!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der junge Mann folgte dieser Aufforderung; der Beamte aber packte ihn am Arm und hielt ihn fest. Sofort fiel auch der Hund diesen zweiten jungen Mann an, bis er hinfiel, und als er am Boden lag, biß der Hund immer von neuem auf den Menschen ein. Als der Hund endlich abließ, sorgte der Beamte nicht etwa für einen Arzt, sondern nahm den jungen Mann ohne auf seinen Wutverlust zu achten, auf die Polizeiwache mit. Der Transport ging durch den ganzen Friedrichshagen und eine große Anzahl von Leuten folgten diesem etwas eigentümlichen Schauspiel. Dort, wo das Denkmal Friedrichs II. steht, kam es zu einem nochmaligen Zusammenstoß; ein junger Mensch lief fort, der Polizeibeamte packte ihn und verfrachte ihn mehrere Miße. Zwei der jungen Leute sind am nächsten Tage zum Arzt gegangen; der dritte einige Tage später. In den Aktesien wird bezeugt, daß an den Füssen und Armen Wunden von 7 und 8 Zentimeter Breite (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) festgestellt wurden. Einer der Gefährten ist 14 Tage arbeitsunfähig gewesen. (Hört! hört!) Die Aktesien sind von unseren Kollegen Wehl und Bernstein ausgestellt. Ich habe zwei von den jungen Leuten unmittelbar nach dem Vorfall gesehen, und mich hat Entsetzen gepackt, wie sie aussahen. Zwei von den jungen Leuten haben Strafbefehle erhalten; es wird in der einen gesagt, daß der Betreffende ungebührlicherweise rührenden Lärm verübt habe, indem er mit hundert anderen laut singend daher gezogen sei. Der andere soll auch noch die Anlagen beschädigt haben — nämlich indem er auf der Flucht vor dem Hund die Anlagen lief. Die Strafen lauten auf 4 und 5 M. Diese Strafen zeigen doch wohl schon, daß es sich hier nicht um Mordhandeln handelt. So wichtig ein Polizeibeamte bei Ermittlung von Verbrechen sein kann, Anlässe wie diese dürfen doch nicht dahin führen, Polizeihunde zu verwenden. Der Fall steht auch nicht vereinzelt da. Bei einer Razzia im Reptower Park wurde ein Mann, der sich dort erging, ebenfalls vor einem Polizeibeamten angefallen, der ihm freilich nur Rost und Hufe zerriß; im Tiergarten hat ein Polizeibeamte einem fünfjährigen Kinde in die Wade gebissen. Die Schändlichkeiten unserer städtischen Parkanlagen hat der Oberbürgermeister erst jüngst gerühmt und die Bürgerschaft zur Benutzung aufgefordert. Solche Vorfälle aber sind eine sehr schlechte Empfehlung dafür. Im Interesse der Bürgerschaft müssen wir dazu das Wort ergreifen, und wir empfehlen Ihnen deshalb die Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Kommen: Von dem Vorfall wissen wir bisher nur aus dem „Vorwärts“. Die Darstellung läßt sich ausschließlich auf die Angaben der angeblich Verletzten; wir sind darum als Versammlung gar nicht in der Lage, ein Urteil abzugeben. Wir könnten uns nun ja ans Polizeipräsidium um Auskunft wenden, aber das ist ja gar nicht nötig, es sind Strafbefehle mit sehr leichten Strafen erlassen worden. Trotzdem haben die jungen Leute Widerspruch erhoben und, soviel ich weiß, den Kollegen Rosenfeld mit ihrer Vertretung vor dem Strafrichter betraut. Eine Versammlung wie die unfertige soll nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen. Ich beantrage daher mit den Kollegen Kämpf und Rosenfeld, die Erledigung des Antrages bis zur Beendigung des Verfahrens zu vertragen. Die Ausdrücke „mit Bedauern und Entrüstung Kenntnis zu nehmen“ und zu „protestieren“ machen die Annahme des Antrages Kronsgang unmöglich.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (zur Geschäftsordnung): Ich glaube zwar nicht, daß das Verfahren eine völlige Klärung bringen wird, weil es sich da nicht um das, was der Beamte getan hat, sondern um das, was die jungen Leute getan haben, handelt; wir sind aber gleichwohl einverstanden und werden für Vertagung stimmen.

Der Antrag auf Vertagung wird darauf angenommen.

Für die Vornahme von Versuchsversuchen auf dem Wasserwerk Müggelsee zum Zwecke der künstlichen Erzeugung von Grundwasser werden 30 500 M. verlangt.

Stadtv. Dr. Paul (A. L.) läßt sich des längeren über die Vorlage aus, bleibt aber für die Teilhabe völlig unverständlich.

Stadtrat Benzke dankt dem Redner für die Befürwortung der Vorlage, stellt aber fest, daß das Wasserwerk Müggelsee früher als 1916 fertiggestellt werden wird.

Stadtv. Wolbersh (Soz.): Ich möchte auch namens unserer Fraktion einige Ausführungen des Kollegen Dr. Paul unterbrechen. So hat er u. a. erwähnt, daß der Direktor der Wasserwerke, der ja jetzt wieder sich in der Genesung befindet, unter der Arbeitslast zusammengebrochen ist, und angeregt, ihm eine technische Kraft zur Seite zu stellen. Er hat auch mit Recht bemängelt, daß die Vorlage erst jetzt kommt, nachdem die Anregung dazu schon vor drei Jahren gegeben war. Die bewilligten die geforderte Summe, fördern aber mögliche Beschleunigung der Arbeiten. Auch die Erscheinung der neuerlichen Senkung des Grundwasserpiegels der Grunewaldsee mahnt in dieser Beziehung, jede mögliche Vorkehrung zu treffen.

Der Antrag wird bewilligt.

Die Bannen- und Brausebäder beim Volksbad Gartenstraße sollen von Grund aus umgebaut und den Einrichtungen der neueren Volksbadeanstalten entsprechend hergestellt werden. Dazu sind 45 000 M. erforderlich, die ohne Debatte bewilligt werden.

Der zwischen Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn bestehende, Ende 1910 ablaufende Vertrag über die Mißbenutzung der den städtischen Gaswerken gehörigen Kohlenbahn in der Gitschiner- und Staliner Straße soll durch einen anderen ersetzt werden; die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Der Magistrat trägt bei der Versammlung darauf an, den „Berliner Elektrizitäts-Werke“ gegenüber von der Vertragsbestimmung Gebrauch zu machen, daß zum 1. Oktober 1915 die L.E.W. mit allen Rechten, Konzessionen und Anlagen im 30 Kilometerkreis von Berlin an die Stadtgemeinde zu übergeben sind. Eine solche Erklärung, die die Eingehung neuer Vertragsverhältnisse nicht ausschließt, muß erstmalig vor dem 1. Oktober 1913 abgegeben werden, da sonst der Vertrag sich stillschweigend um drei Jahre verlängert.

Ohne Diskussion beschließt die Versammlung nach dem Magistratsantrage:

Der Vertrag mit der Normalzeit-G. m. b. H. über die Unterhaltung der Kandelaber- und Uraniasäulen-Uhren soll um ein Jahr verlängert werden, da die städtischen Projekte wegen Zentralisierung des gesamten Uherndienstes noch nicht zur Ausführung haben gebracht werden können.

Stadtv. Leib (Soz.): Wir halten den jetzigen Zustand für unhalbar. In einer Reihe von neuen Stadtteilen sind bisher alle Witten und Wünsche der Einwohner um Aufstellung von Uhren nicht erfüllt worden. Die Verwaltung hat daraus selbst erkennen müssen, in welcher mißlichen Lage sie sich befindet und wie eine baldige Aenderung des bisherigen Verfahrens und eine Neuordnung dringend ermahnt ist. Die Stadt sollte eigene Zeitungsbelegen und die Angelerndheit ganz in die eigene Hand nehmen. Die Kosten dafür dürften kaum höher sein als der Betrag, den wir auch

jetzt aufzubringen haben. Gegen die Vorlage erheben wir keine Bedenken, hoffen aber mit Bestimmtheit, daß der Vertrag nicht noch einmal erneuert werden wird.

Stadtrat Berndt: Wir sind mit dem Redner darüber einig, daß die gegenwärtige Regelung durchaus nicht vollkommen erscheint. Seit längerer Zeit schweben eingehende und gründliche Erwägungen im Magistrat, wie durch Zentralisierung des Uherndienstes etwas Vollkommenes geschaffen werden kann. Durch die Schwierigkeit und Weitläufigkeit der Arbeiten ist unsere Absicht, Ihnen schon jetzt ein fertiges Projekt vorzulegen, vereitelt worden; wir glauben aber versprechen zu können, innerhalb eines Jahres Ihnen eine definitive Vorlage zu machen.

Die Verlängerung des Vertrages wird genehmigt. Die Grundstücke Petersburger Platz 4 und Schönhäuser Allee 70 sollen zur Errichtung von Volksbadeanstalten ohne Schwimmhallen für 286 000 bezw. 260 000 M. angekauft werden.

Der Magistrat hat den Wunsch geäußert, daß die Versammlung über die Vorlage „mit Beschleunigung und in geheimer Sitzung“ beraten möchte; Vorsteher Cassel bemerkt dazu, daß die Vorlage so spät an das Bureau der Versammlung gelangt sei, daß er letzteren Wünsche nicht mehr habe entsprechen können.

Stadtv. Liebherr (Fr. Fr.) beantragt, namentlich mit Rücksicht auf die außergewöhnlich hohen Forderungen der Besitzer, Ausschussberatung.

Stadtv. Bittel (Soz.): Wir widersprechen der Ausschussberatung nicht, bitten aber, daß nun endlich einmal auch der dicht bevölkerte Gesundbrunnen mit einer solchen Anstalt bedacht wird; die Badeanstalt in der Oberberger Straße kann nicht auch noch den Gesundbrunnen versorgen. Magistrat und Versammlung sollten ferner beim Bau von neuen Anstalten auf den betreffenden Terrains, wenn diese sich dazu eignen, zugleich den Bau von freien Turnhallen in Aussicht nehmen. Die Frage der freien Turnhallen wird immer schwieriger; über die Turnhallen, die an Schulen angeschlossen sind, hat ja der Magistrat kein volles Verfügungsrecht mehr, sondern muß sich dem Provinzialschulkollegium fügen. Dem Jungdeutschlandbund werden die städtischen Schulturnhallen zur Verfügung gestellt; der Turnverein „Richte“ dagegen verliert seine bisherige Unterkunft mehr und mehr. Gegen freie Turnhallen könnte das Provinzialschulkollegium keine Einwendungen erheben; Berlin sollte also dazu übergehen. Schon mit drei bis vier solcher Turnhallen, die jebermann ohne Rücksicht auf das politische oder religiöse Bekenntnis zugänglich sind, würden wir zufrieden sein.

Auch Stadtv. Bittel (Fr. Fr.) hält die geforderten Preise für enorm hoch und beschleunigt Ausschussberatung.

Es wird demgemäß beschlossen und der Ausschuss sofort vom Vorstande ernannt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Jugendbewegung.

Aus der christlich-nationalen Jugendbewegung.

Nach einer in dem christlich-sozialen „Volk“ veröffentlichten Zusammenstellung des Berliner Stadtmissionsinspektors Pastors Jigenstein, bestehen zurzeit in Deutschland 2425 evangelische Junglingsvereine bezw. Vereine christlicher junger Männer mit 14 000 Mitgliedern. Allein 3000 Jugendpfleger sind aus diesen Kreisen hervorgegangen. Die Zahl der Mitglieder der genannten Vereine in den fünf Weltteilen beträgt rund eine Million; der Wert ihrer Häuser wird auf 347 (1) Millionen Mark beziffert. Die Mitgliederzahl der 5000 evangelischen Jungfrauenvereine beträgt rund 250 000.

Im Jahre 1912 wurden in Deutschland ferner 200 Bibelkreise mit rund 6000 Mitgliedern gezählt. Der kirchlich liberale „Bund deutscher Jugendvereine“ begründet von Pastor Clemens Schulz in Hamburg, zählte 1912 7428 Mitglieder.

Bei diesen Zahlen darf freilich nicht vergessen werden, daß in den evangelischen Jugendvereinen mindestens zwei Drittel der Mitglieder unter 18 Jahren und zum Teil weit über das Junglingsalter hinaus sind. Auf die kirchlich liberalen Jugendvereine trifft das allerdings nicht zu.

Zimmerhin verdienen diese großen Organisationen unsere Beachtung, zumal auch die übrige bürgerliche Jugendbewegung noch im Wachen ist. Die katholische Jugendbewegung beziffert ihre Gesamtmitgliederzahl auf etwa 300 000, der deutschen Turnerschaft gehören 185 000 Jünglinge an, der Pfadfinderbund behauptet 50 000 Mitglieder zu haben, die bayerischen Wehrkreise zählen mindestens 10 000 Mitglieder, und diese Aufzählung ist noch nicht einmal vollständig.

Die sozialistische „Arbeiter-Jugend“ hat jetzt rund 90 000 Mitglieder. Ein Erfolg nur vierjähriger Arbeit, der angesichts des Kriesenkampfes gegen die freie Jugendbewegung etwas bedeutet. Immerhin ist noch die weit überwiegende Mehrheit der schulentlassenen Jugend unter bürgerlichem Einfluß, und die oben gegebenen Zahlen reden zu jedem von uns eine eindringliche Sprache.

Bürgerliche Jugendpflege.

In Altschke bei Dresden, einer kleinen Gemeinde, richtete im Dezember vorigen Jahres der bestehende Jugendpflegeausschuss an den Gemeinderat ein Gesuch um 300 M. für seine Zwecke. Dieses Gesuch wurde mit Hilfe der Vertreter der Landwirtschaft abgelehnt mit der Aeußerung, daß die Pfadfinder schon genug Flurschaden anrichteten. Dann wurde der Jugendausschuss in einen Verein zur Pflege der Jugend umgewandelt und ein General a. Z. an dessen Spitze gestellt. Dieser Verein richtete nun ein Gesuch an den Gemeinderat, ihm 1000 M. zur Errichtung eines Jugendheims zu bewilligen. Diese Summe wurde glatt bewilligt, aber mit der von unseren Genossen nachträglich geforderten Bedingung, daß das Jugendheim allen Einwohnern zur Verfügung stehen soll. Nun richtete der General-Vorsitzende ein Schreiben an den Gemeinderat, in dem er mitteilte, daß der Jugendpflegeverein auf die 1000 M. verzichten müsse, wenn das Heim nicht bloß für vaterländischgefinnte Jugendliche bestimmt werde. Die bürgerlichen Vertreter im Gemeinderat schwenkten dann auch sofort bis auf zwei wie die Rekruten vor dem Herrn General ein und stellten die 1000 M. bedingungslos zur Verfügung. Bemerkenswert ist noch, daß der Gemeinderat kurz vorher eine Einlage des Gemeindegeldes wegen Bewilligung eines Beitrages zur Schaffung eines Wälderholungsheimes für tuberkulöse bedrohte Kinder wegen Mangels an Mitteln ablehnte. Der Herr General scheint keinen Anstoß daran zu nehmen, daß sein Jugendheim von den Steuergroßen derjenigen bezahlt wird, die er von dessen Benutzung ausgeschlossen wissen will. Auch eine Moral!

Marktbreite von Berlin am 4. Juni 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,46 bis 20,50, mittel 20,38—20,42, geringe 20,30—20,34. Roggen, gute Sorte 00,00—16,50, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (als Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20—16,70, mittel 15,50—16,10, geringe 15,10—15,50. Hafer, gute Sorte 17,00—19,50, mittel 16,50—17,50 (bei Wägen und ab Bahn). Mais (mitz), gute Sorte 15,20—15,50. Reis (runder), gute Sorte 00,00—00,00. Nudeln 0,00—4,50. Get. alt 6,40—7,70, neu 0,00. Marktallenspreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Spirelbohnen, weiße 30,00—60,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Hirsenbbl., von der Sorte 1,60—2,40. Weizenbbl., Weizenbbl. 1,30—1,50. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stck Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Nudeln 1,40—2,40. Kalb 1,40—3,20. Sauer 1,40—3,00. Schote 1,00—2,50. Borste 1,00—2,40. Schlei 1,60—3,50. Fleis 0,80—1,60. 60 Stck Weis 3,00—60,00.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
 Petersburger Viertel. (Bez. 361.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Einzelgänger  
**Max Schumann**  
 Sellenstraße 6  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 214/10  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zastische Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechler  
**Otto Schumann**  
 Remeler Straße 48a, im Alter von 33 Jahren gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Philipp Kachelrieß**  
 Kradstraße 12, im Alter von 38 Jahren gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Am 2. Juni starb unser Mitglied, der Maurer  
**Hermann Fritz**  
 (Begr. Norden I).  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle der Getzmann-Gemeinde in Nordend aus statt.  
 Am 2. Juni starb unser Mitglied, der Einzelgänger  
**Max Schumann**  
 (Begr. Osten II).  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des jüdischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
 Am Sonnabend, den 31. Mai, verstarb unser Genosse, der Tischhändler  
**Ludwig Konietzko**  
 (Cubenader Straße 4).  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
 Straßauer Viertel, Bezirk 290.  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter  
**Paul Stolz**  
 Straßauer Platz 18/19,  
 verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung hat am Donnerstag auf dem Gemeinde-Friedhofe in Niederlehme stattgefunden.  
 214/9  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschichtsdichter  
**Bartholomäus Grabkowski**  
 am 3. Juni im Alter von 49 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Michael-Kirchhofes, Neudamm, Mariendorfer Weg, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumgartenweg.**  
 Bezirk III.  
 Am Dienstag, den 3. Juni ca., verstarb unser Genosse, der Säurebinder  
**Ernst Niehe**  
 Baumgartenstr. 76.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Gemeinde-Friedhofes in der Kiehlstraße (Bahnhofs-Baumgartenweg) aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter**  
 V. a. G. Hamburg.  
 Filiale Baumgartenweg.  
 Am 3. Juni verstarb unser langjähriger Mitglied  
**Ernst Niehe.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Treptower Gemeinde-Friedhofes, Kiehlstraße, aus statt.  
 119/8  
**Die Ortsverwaltung.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Mariendorf.**  
 Am 3. Juni verstarb unsere Genossin, Frau  
**Gertrud Krüger**  
 Blumenweg 12.  
 Ehre ihrem Andenken!  
 Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle in der Friedenstraße aus statt.  
**Der Vorstand.**

Am 3. Juni verstarb meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter  
**Klara Dünch**  
 geb. Fiedler, an Herzschlag.  
 Dies geligen Hebetraut an Franz Dünch nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Lichterberger Friedhofes in Marzahn aus statt. 698

**Zentralverb. d. Böttcher, Weinküller und Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
 Filiale Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Franz Kluck**  
 im Alter von 42 Jahren, am 4. Juni gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Getzmann-Kirchhofes in Niederlehmen-Kordend aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Verband der Buch- und Stein-druckerei - Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
 Ortsverwaltung Berlin.  
 Am 2. d. Mts. verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied  
**Hermann Zeidler**  
 im Alter von 34 Jahren.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. Juni, nachm. 4 Uhr, auf dem Luisen-Kirchhof, Westend, Bürlendbrunner Weg, statt.  
 27/20  
**Die Ortsverwaltung.**

Unser langjähriger, treuer Mitarbeiter, Herr stud. phil.  
**Fritz Dreher**  
 ist am Sonnabend, den 1. Juni, gestorben. 191/4  
 Wir denken in ihm einen lieben, anfruchtlichen Menschen und regen Helfer am Werke der freiwilligen Volkshilfsarbeit.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Der Vorstand und Ausschuss der Akad. Unterrichtskurse für Arbeiter (E. V.) Berlin.  
 R. K.: E. Gerloff.

Am 4. d. Mts. entfiel nach kurzen, aber schweren Leiden meine liebe Frau, unsere unvergeßliche, treue Mutter  
**Marie Weiß**  
 geb. Reif  
 im 26. Lebensjahre.  
 Um stille Teilnahme bitten  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
**Paul Weiß** nebst Kindern,  
 Dunderstr. 77.  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Weihensee, Möldstraße, aus statt. 348

**Achtung! Maler! Warnung!**  
**Kollegen, reist nicht nach Hamburg!**  
 Der Kampf ist noch nicht beendet. Es sind noch 1200 Kugelpatrone vorhanden. Zudem weigern sich die Unternehmer, die Schiedsprüche durchzuführen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:  
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.  
**Sonnabend, den 7. Juni, abends 8 Uhr:**  
**Versammlung**  
 aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiterinnen und deren Einrichter  
 im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Straße 11-12.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Kol. Petersdorf. 2. Diskussion. 3. Branchenanforderungen.  
**Sonntag, den 8. Juni 1913, vormittags 10 Uhr:**  
**Branchen-Versammlung**  
 der in den Eisenkonstruktions-Werkstätten und der Fahrstuhl-Branche beschäftigten Arbeiter  
 in den „Andreas-Hecksälen“, Andreasstraße 21 (großer Saal).  
 Tagesordnung: 119/7  
 1. Vortrag d. Gen. Redakt. P. Müller. 2. Diskussion. 3. Branchenanforderungen.  
 In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Bauhandwerker-Krankenkasse**  
 für Berlin und Umgegend.  
 (Ungelöschene Hülfskaffe Nr. 118.)  
**Sonntag, den 8. Juni, vormittags 10 Uhr:**  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 bei Wilke, Sebastianstraße 39.  
 Tagesordnung:  
 1. Beschlußfassung über den 4. Nachtrag zu den bestehenden Satzungen  
 2. Wahl der Hülfskassierer.  
 3. Innere Kassenangelegenheiten.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
**Der Vorstand.**

**Theater.**  
 Freitag, den 6. Juni 1913.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Prater.** Das Dummelindchen.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Coperhaus.** Die Hugenotten.  
**Königl. Schauspielhaus.** Die Journalisten.  
 Anfang 8 Uhr.  
**Irania.** Der Bierwächter See und der St. Gotthard.  
**Veffing.** Alt-Wien.  
**Deutsches.** Hamlet.  
**Kammerspiele.** Kaiserliche Hoheit.  
**Neues Cpern (Kroll).** Carmen.  
**Berliner.** Himmelsberg.  
**Königsgräzer Straße.** Das Buch einer Frau.  
**Schiller O. Kroll.** Freimild.  
**Schiller-Charlottenb.** Der lachende Chemann.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Der Dieb.  
**Kleines.** Professor Bernhardt.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Mikado.  
**Komödienhaus.** Hochherrschaffliche Wohnungen.  
**Metropol.** Die Kino-Königin.  
**Thalia.** Puppen.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Sittlicher Sängerk.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Krone und Fessel.**  
 Sonnt. D. Traum e. Leben.  
**Achtung! Es geht los!**  
 Große Besse. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Voigt-Theater**  
 Badstraße 38.  
 Freitag, den 6. Juni 1913:  
**Auf nach Amerika!**  
 Genl. Gef.-Burleske i. 5 Akt. v. Jappert.  
**Vollständig neue Spezialitäten.**  
 Raffendünung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
 Heute Freitag, 6. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Volks-Sinfonie-Konzert**  
 des **Blüthner-Orchesters**  
 Dirigent: **Guido v. Fuchs.**  
 Sol.: Konzertmst. N. Lambson, Viol.  
 Aus dem Progr.: Mendelssohn:  
 Italienische Sinfonie.  
 Kart. à 30 Pf. bei A. Wertheim, Leipziger Straße; P. Horseh, Engelauer 15; allen Verkaufsstellen d. Neuen freien Volksbühne; den Konsumgeschäften d. Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend; Verb. für Theatervergünstig., Linkstr. 42; Orchesterbureau, Lützowstr. 76a. Abendkasse

**Schiller-Theater O. Theater.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Moral.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Das Konzert.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Moral.**

**Schiller-Theater Charlotten-burg.**  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Zum ersten Male:  
**Freiwill.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Geographie und Liebe.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Wilhelm Tell.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Freiwill.**

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr: **Filmzauber.**  
 Theater in der Königsgräzer Straße  
 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**  
**Theater am Kollendorplatz**  
 Klubabend 8 1/2 Uhr:  
**Der Mann mit der grünen Maske.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: **Der Dieb.**

**Kroll-Oper.**  
 8 Uhr:  
**Carmen.**  
 Gastspiel Dr. Waldemar Staegemann.  
 Sonnabend: Tristan und Isolde.  
 Sonntag: Bajazzo und Cavalleria rusticana.  
 Montag: Der Bohémien von Lortzmann.  
**Montis Operetten-Theater**  
 (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.  
 Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spietmann.  
 8 Uhr: **Der lachende Chemann.**

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Krone und Fessel.**  
 Sonnt. D. Traum e. Leben.  
**Achtung! Es geht los!**  
 Große Besse. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Voigt-Theater**  
 Badstraße 38.  
 Freitag, den 6. Juni 1913:  
**Auf nach Amerika!**  
 Genl. Gef.-Burleske i. 5 Akt. v. Jappert.  
**Vollständig neue Spezialitäten.**  
 Raffendünung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
 Heute Freitag, 6. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Volks-Sinfonie-Konzert**  
 des **Blüthner-Orchesters**  
 Dirigent: **Guido v. Fuchs.**  
 Sol.: Konzertmst. N. Lambson, Viol.  
 Aus dem Progr.: Mendelssohn:  
 Italienische Sinfonie.  
 Kart. à 30 Pf. bei A. Wertheim, Leipziger Straße; P. Horseh, Engelauer 15; allen Verkaufsstellen d. Neuen freien Volksbühne; den Konsumgeschäften d. Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend; Verb. für Theatervergünstig., Linkstr. 42; Orchesterbureau, Lützowstr. 76a. Abendkasse

**Metropol-Theater.**  
 abends 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**  
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Dronowski.  
 Musik von Jean Gilbert.  
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schütz.

**Neue Welt**  
 A. Scholz, Hasenheide 106-114  
 Täglich  
**Großes Konzert und Varieté-Vorstellung.**  
 Dienstags  
 Mittwochs  
 Donnerstags:  
**Große Tanz-Reunion.**

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr: **Filmzauber.**  
 Theater in der Königsgräzer Straße  
 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**  
**Theater am Kollendorplatz**  
 Klubabend 8 1/2 Uhr:  
**Der Mann mit der grünen Maske.**  
**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: **Der Dieb.**

**ZOO**  
**LOGISCHER GARTEN**  
 Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum**  
**Die 3 Schwestern Liliput**  
 die kleinste Schwest. der Welt.  
 Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer**  
**Andrea Johnson**  
 bei seinem Training.  
**Aga, die schwebende Jungfrau!**  
 Alles lebend!  
 Alles ohne Extra-Entree!

**Volksgarten-Theater.**  
 Badstr. 3. Bellermannstr. 20/25.  
**Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Heute sowie täglich:  
**In lauschiger Nacht.**  
 Originalposse in 2 Akt. v. H. Gebrüder.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger.**  
**„Stucke's Pfingstfahrt“**  
 Berliner Burleske von Meysel.  
 Anfang 8 Uhr.

**Admiralspalast - Eis-Arena**  
 Angenehm kühler Aufenthalt.  
 Allabendlich  
 das gr. erfolgreiche Eisballett  
**Fiert in St. Moritz.**  
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
 halbe Kassenpreise.  
**Restaurant I. Ranges.**  
 Wein- und Bier-Abteilung.

**Berliner Uk-Trio**  
 Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

**Vera Gold**  
 QUALITÄTS 3'S CIGARETTE  
 Josetti

Morgen, Sonnabend: **Große Dampfer-Mondschein-Promenaden-Fahrt**  
 mit Musik und festlich illuminiertem Dampfer nach:  
**Wolterdorfer Schlenze b. Schmitz (Restaurant Bellevue)**  
 Darsitz: Großer Sommerabendball. - Abfahrt abends 9 1/2 Uhr von der Schillingbrücke. - Ein und zurück 50 Pfennig. 11106

Von der Oberbaumbrücke, Goldsteinstraße  
 Sonnabend, den 7. Juni:  
**Dampfer-Mondscheinfahrt nach Schmöckwitz.**  
 Dort Voll. Abfahrt abends 9 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf. 10442  
**Reederei Kiek, Goldsteinstr. 48, Bernspr. Hptl. 6197.**